

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

„Vaterlandslose Gesellen“?

Wenn alljährlich das dreitägige Volksfest der portugiesischen KP-Zeitung „Avante!“ mit einer gewaltigen Kundgebung ausklingt, dann werden zum Abschluß die Parteihymne, die Internationale und die Nationalhymne angestimmt. Die Genossen wollen mit dem Dreiklang Partei – Weltbewegung – Nation unterstreichen, daß sie in Sachen ihres Landes ein Wort mitzureden haben. In der finsternen Zeit der faschistischen Diktatur (1926–1974) legte allein die illegale PCP Álvaro Cunhals für die portugiesische Nation Ehre ein. So nahm es nicht wunder, daß der langjährige Generalsekretär, als er im Juni 2005 starb, ein Staatsbegräbnis erhielt. Nicht nur 250 000 Landesbürger, sondern auch der Präsident der Republik, die Minister und Abgeordneten folgten seinem Sarg. Bei einer Fernsehfrage nach dem „bedeutendsten Portugiesen aller Zeiten“ setzten 19 Prozent der Millionen Teilnehmer Genossen Cunhal auf Platz 1.

In Frankreich erklingt die Marseillaise – die Hymne der „Grande Nation“ – bei den alljährlichen Festen der Humanité. Auch die PCF, die 1945 als „Partei der Füsilierten“ geehrt wurde, weil Zehntausende Kommunisten in der Résistance unter Nazikugeln gefallen waren, wurzelt in ihrer einst ruhmvollen Geschichte.

Unzählige Genossen der griechischen KKE haben ihr Blut in der antifaschistischen Befreiungsarmee ELAS und später in der Demokratischen Armee vergossen. Ihr heroischer Einsatz gegen die Feinde der Nation bleibt unvergessen.

Revolutionärer Patriotismus und proletarischer Internationalismus bilden zwei Seiten einer Medaille. Marxisten sind keine „vaterlandslosen Gesellen“, sondern stehen überall in der Welt zu ihren Völkern und Nationen. Sie hüten sich zugleich davor, auf den nationalen Taumel reaktionärer Machthaber oder gar der Faschisten hereinzufallen.

Marx und Engels haben den Befreiungsbewegungen unterdrückter Nationen immer ihre Solidarität bezeugt. Lenin nannte die von ihm ins Leben gerufene weltweite Allianz entschlossener Kämpfer mit Fug und Recht Kommunistische Internationale.

Von fundamentaler Bedeutung ist die Erkenntnis der marxistischen Klassiker, daß in Ausbeutergesellschaften eigentlich immer zwei Nationen in einer existieren: die herrschende, welche ihre Kultur und Ideologie der Mehrheit aufzwingt, und die beherrschte, die im Schoß der alten Ordnung heranwächst und sich erst nach dem Sieg der Revolution zu konstituieren vermag.

Nach der konterrevolutionären Zerschlagung der DDR ist der Prozeß der Heraus-

bildung einer sozialistischen Nation im Osten jäh abgebrochen worden. In ganz Deutschland gibt die Großbourgeoisie wieder den Takt an. Doch bisweilen ist von einer „besonderen Wesensart der Ostdeutschen“ die Rede. Handelt es sich dabei etwa um Ansätze eines eigenständigen Nationalcharakters, der sich bereits zu entwickeln begann? Tatsächlich hatten die Menschen in der DDR mit denen in der Alt-BRD objektiv fast nur noch Sprache und kulturelles Erbe gemeinsam. Subjektiv verhielt es sich häufig anders. Bechers und Eislers Friedenshymne, der aufgrund kurzfristiger Erwägungen später der Text abhanden kam, visierte ein einiges antiimperialistisches Deutschland an. Lange Zeit wurde von der DDR die Tür dafür offengehalten. Der Westen war es, der sie zuschlug.

Heute will man auch den Ostdeutschen die einst von den Nazis mißbrauchte Hymne aufzwingen. Man verlangt, daß sie alle in der kapitalistischen Gesellschaft der BRD politisch „ankommen“. Vergebliche Liebesmüh! Das durch Hoffmann von Fallersleben geschriebene Deutschlandlied mit der schönen Melodie Joseph Haydns ist leider restlos diskreditiert. Nicht ohne Grund hat man die ersten beiden Strophen der ab 1933 geschändeten und nur noch zusammen mit dem faschistischen Horst-Wessel-Lied gesungenen Weimarer Hymne amputiert, kennen doch die Völker ganz Europas die Botschaft dieses großdeutschen Schlachtgesangs.

Entschieden widersetzen wir uns der Preisgabe nationaler Identität. Deshalb kämpfen wir gegen die Auflösung der europäischen Nationen in einem vor allem vom deutschen Imperialismus angeführten Brüsseler Brei. Wir lehnen den nationalen Nihilismus der sogenannten Antideutschen ebenso ab wie das kosmopolitische Geschwätz von einer angeblich notwendigen Absage an Nationen. Dabei bleibt für uns die nationale Frage immer eine Klassenfrage.

Thomas Müntzer und die 48er Helden, die Matrosen von Marstall und Schloß, Goethe und Schiller, Lessing und Heine, die Koryphäen der klassischen deutschen Philosophie, vor allem aber Marx und Engels sind unsere Leitbilder.

Indem wir chauvinistischer Überhebung und würdeloser Unterwerfung gleichermaßen den Kampf ansagen, bekennen wir uns zum Credo Bertolt Brechts: „Und nicht über und nicht unter andern Völkern wolln wir sein, von der See bis zu den Alpen, von der Oder bis zum Rhein.“

Klaus Steiniger



INHALT

Wes' Geistes Kind so manche sind	S. 2
Berliner DKP solidarisch mit Christel Wegner	S. 2
Ein Rotfuchs für Thälmann	S. 3
Was wird aus Bautzens „Teddy“?	S. 3
Umfragen als Rohrkrepierer	S. 4
Die Geschichte in ihren Zusammenhängen bewerten	S. 5
Gedanken eines Lesers auf Rügen	S. 6
Linkspartei und Antikommunismus	S. 7
K.-o.-Prinzip als Maxime	S. 8
Meilenweiter Vorsprung der DDR auf verfassungsrechtlichem Gebiet	S. 9
Das Dresdner Inferno und dessen aktuelle Bedeutung	S. 10
Fünf Gedichte	S. 11
Wie der Deutschlandsender 1958 seine Solidaritätskonzerte begann	S. 12
Zwischenruf	S. 12
Verschwindet die Arbeiterklasse?	S. 13
Der Philosoph und der „RotFuchs“	S. 13
60 Jahre DBD: Etikettenschwindel	S. 14
Aus der Geschichte der LPG „Vereinte Kraft“ Lohsdorf (1)	S. 15
Wie verhielt es sich mit der NVA ab Ende 1989?	S. 16
■ Wie Alt-Bundespräsident von Weizsäckers Mahnung in den Wind geschlagen wird	RF-Extra I-IV
Vor 40 Jahren: Die Tet-Offensive der vietnamesischen Befreiungsarmee	S. 17
Ortegas neues erstes Jahr	S. 18
Fidel Castros Adieu ist kein Abschied	S. 19
Das „unabhängige“ Kosovo	S. 19
Der Wahrheit die Ehre geben	S. 20
USA-Präsidentschaftskandidaten: Bush setzt auf McCain	S. 21
Der IWF: Ein Würgeeißen aus Gold	S. 22
Klaus Barbies Metamorphose	S. 23
Die Lebensbeichte des Bundeswehr- generals Komossa	S. 24
Eine verleumderische Wanderausstellung	S. 25
Große Chroniken über kleine Leute	S. 26
Geheimnisse meines Korrekturprogramms	S. 26
Eberhard Hilschers sprachliche Virtuosität	S. 27
Warum Heinrich Zille nicht nach dem Geschmack reicher Leute ist	S. 28
Leserbriefe	S. 29
Anzeigen / Impressum	S. 32

Das niedersächsische Wahlergebnis darf nicht mit Füßen getreten werden

Wes' Geistes Kind so manche sind

Unser Leser Dr. Werner Klisch, Wernigerode, richtete an das Kontaktbüro der Bundestagsfraktion der „Linken“ folgende Zeilen:

Sehr geehrte Damen und Herren, ich solidarisiere mich ausdrücklich mit der Abgeordneten im niedersächsischen Landtag Christel Wegner (DKP). Ich achte ihre Aufrichtigkeit, offen zu ihrer politischen Haltung zu stehen und auf das Erfordernis einer Vergesellschaftung der großen Produktionsmittel hinzuweisen.

Daß nach einer revolutionären Veränderung der Eigentumsverhältnisse auch ein staatliches Organ existieren muß, das diese gesellschaftliche Umwandlung gegenüber feindlichen Kräften absichert, ist doch wohl logisch und ergibt sich aus der realen Entwicklung eines solchen Prozesses.

Als widerwärtig und devot empfinde ich die Reaktion von Teilen der „Linken“, z. B. der Herren Gysi und Ramelow, denen nichts Dümmeres in den Sinn kommt, als diese mutige Frau öffentlich zu diskreditieren. Und das vor dem Hintergrund, daß von maßgebenden Kräften der BRD die Überwachung der Bürger mit heutigen modernen Mitteln immer mehr perfektioniert wird. Dagegen hätten sich diese Leute lieber wenden sollen!

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Werner Klisch

Die Antwort des Mitarbeiters der Fraktion „Die Linke“, Axel Goldmann, lautete:

Hallo, Herr Klisch! Ihre Meinung wurde zur Kenntnis genommen – aber auch nicht mehr. Ein riesiges Verbrechen und die bewußte Tötung von Bürgern des eigenen Staates mit dem undemokratischen und gesetzlosen Verhalten heutiger Politik aufzuwiegen, wird es mit uns ganz gewiß nicht geben. Das eine ist genauso zu verurteilen wie das andere. Und das tun wir – und zwar entschieden und konsequent. Eine andere Position hat diese meine Partei seit 1990 nie gehabt und wird sie (hoffentlich) auch nie haben.

Dennoch mit besten Grüßen

Der Ostdeutsche Axel Goldmann

Dr. Werner Klisch erwiderte auf den Bescheid des Mitarbeiters der Fraktion folgendes:

Sehr geehrter Herr Goldmann, vielen Dank für Ihre Antwortzeilen. Ich habe beim Lesen den Eindruck, daß Sie überhaupt nicht verstanden haben, was ich für das Wesentliche an der ganzen Polemik halte: daß sich Parteiführer der „Linken“ anmaßen, ein westdeutsches DKP-Mitglied, dem von Bürgern das Vertrauen in der Landtagswahl ausgesprochen wurde, dafür öffentlich zu kritisieren, daß es sich für eine Vergesellschaftung von großen Produktionsmitteln und den prinzipiellen staatlichen Schutz dieser Entwicklung vor politischen Feinden ausgesprochen

hat. Die Interpretation, die Frau wolle „die Stasi“ wiederhaben, ist doch von der bürgerlichen Journaille bewußt inszeniert worden!

Ich habe bis zur Annexion meines Landes in der DDR gelebt und erfahren, welche Entwicklungsmöglichkeiten ich als Kind von „einfachen“ Kriegsflüchtlingen unter den Bedingungen einer Vergesellschaftung der großen Produktionsmittel und des Schutzes dieser Errungenschaften gegen äußere und innere Feinde hatte. Übrigens hat auch Herr Gysi diese günstigen Möglichkeiten gehabt!

Leider mußte ich erleben, daß sich die PDS von ihren ursprünglichen Gesellschaftsvorstellungen immer mehr abwandte (insbesondere unter dem Diktat der sozialdemokratisch orientierten Parteiführung) und in ständig ausgeprägter Weise eine Partei der Anpassung an den Kapitalismus

wurde. Auch im Widerspruch zu einer solchen Entwicklung trat ich 1981 in die SED ein. Leider waren die revisionistischen Kräfte in Deutschland stärker. Für mich persönlich hat dieser Prozeß sehr viel Enttäuschung über die Rückgratlosigkeit vieler Menschen und eine Konfiszierung der von mir in all den Jahren in der Partei und der Gewerkschaft eingezahlten Mitgliedsbeiträge gebracht.

Ich hoffe nur, daß in Deutschland wieder mehr Menschen die Gefährlichkeit und den undemokratischen Charakter des kapitalistischen Systems erkennen und entsprechende politische Schlüsse für sich ziehen. Ich gehe davon aus, daß viele Mitglieder der „Linken“ die Verhältnisse ebenfalls klar analysieren und ihre „Führer“ nach deren Taten bewerten.

Es grüßt Sie der (ostdeutsche)

Kleinunternehmer **Dr. Werner Klisch**

DKP Berlin solidarisch mit Christel Wegner

Wir erleben derzeit eine Medienkampagne gegen die DKP, wie es sie seit Jahren nicht mehr gegeben hat. Die Tatsache, daß eine Genossin, Christel Wegner, in den Landtag von Niedersachsen eingezogen ist, treibt den Herrschenden dieses Landes offensichtlich den Angstschweiß auf die Stirn. Wir sind empört über eine Kampagne, die mit aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten, Verleumdungen und Unterstellungen versucht, unsere Partei in eine undemokratische Ecke zu stellen. Die DKP steht heute Seite an Seite mit allen, die sich gegen die zunehmende Überwachung, gegen den Abbau der demokratischen Rechte und gegen die Militarisierung nach innen und außen zur Wehr setzen. Im Sinne Max Reimanns verteidigen wir den demokratischen Gehalt des Grundgesetzes gegen diejenigen, die es einst unterschrieben haben und es heute zu schützen vorgeben.

Die Redaktion des Fernsehmagazins „Panorama“ hat dem Journalismus in Deutschland ein Armutzeugnis ausgestellt. Die Aussagen der Landtagsabgeordneten Christel Wegner, beim Aufbau einer anderen Gesellschaft brauche man ein Organ zur Verteidigung der neuen Ordnung, wurden in der Pressemitteilung

zur Sendung und dann im Chor von fast allen deutschen Medien als Forderung nach einer Neugründung der „Stasi“ interpretiert. Wir stellen fest, daß Christel Wegner lediglich eine Lehre ausgesprochen hat, die die Arbeiterbewegung hierzulande und weltweit immer wieder ziehen mußte, ob in Deutschland, in Chile (Putsch 1973), Venezuela (Putsch 2002) und anderswo: Wenn es nicht gelingt, die Errungenschaften des Fortschritts zu verteidigen, wird dieser durch die Reaktion gewaltsam zerschlagen.

Wir bedauern, daß es offenbar einigen Vertreterinnen und Vertretern der Partei „Die Linke“ an der ausreichenden Standhaftigkeit mangelt, solcher antikommunistischen Propaganda entgegenzutreten. Stattdessen distanzieren sie sich willfährig von einer Genossin, die sich aktiv für den Erfolg der Kandidatur der Partei „Die Linke“ eingesetzt hat. Man distanziert sich von einer Partei, deren Unterstützung bei Wahlkämpfen immer gerne in Anspruch genommen wurde.

Wir solidarisieren uns entschieden mit unserer Genossin Christel Wegner und rufen dazu auf: Wählt weitere Kommunisten in die Parlamente!

Rainer Perschewski,

Landesvorsitzender der DKP Berlin

Wera Richter, Stellvertretende

Landesvorsitzende der DKP Berlin

Werner Großmann in Freital!

Am **12. April** um **10 Uhr** spricht der Generaloberst a. D. und letzte Chef der HVA auf einer Veranstaltung der Regionalgruppe Dresden im Kulturhaus Freital, Lutherstraße 2, über das Thema:

Die Aktivitäten der Geheimdienste zur Destabilisierung der DDR

Achtung neue Redaktionsadresse

Ab **15. April** ist die Post an den „RotFuchs“ folgendermaßen zu adressieren:

**Dr. Klaus Steiniger
Redaktion „RotFuchs“
Rheinsteinststraße 10
10318 Berlin**

Telefon, Fax, E-Mail und Vertriebsadresse bleiben unverändert.

Der Kommandeur einer Abteilung Rotarmisten rief eines Tages die Soldaten zu sich. Sie hatten Besuch. Deutsche Kommunisten, unter ihnen Ernst Thälmann, waren die Gäste. Und wie es so ist, wenn gute Freunde sich treffen, die Soldaten dachten sich eine Überraschung aus. Sie baten Ernst Thälmann, Ehren-Rotarmist zu werden. Die Rotarmisten begannen zu überlegen. Sollten sie ihm eine Kommandeursuniform oder die eines einfachen Soldaten geben?

Ernst Thälmann erriet ihre Gedanken: „Wer nicht Rotarmist war, kann kein Kommandeur sein.“

Nachdem die Gäste sich wieder verabschiedet hatten, erhielt Schulbin, der Soldatenschuster, den Auftrag, für Ernst Thälmann Stiefel anzufertigen. Heimlich hatten sie seine Schuhgröße erkundet.

Ein Paar einfache Stiefel zu schustern, das fiel Schulbin nicht schwer. Er wollte aber Stiefelchen machen, die Ernst Thälmann immer an den Besuch erinnern sollten. Mit seidigem, weichem Fell wollte Schul-

Ein Rotfuchs für Thälmann

bin die Stiefel füttern. Das Leder reichte aus. Doch das Fell fehlte. Der Soldatenschuster überlegte lange. Woher er das Fell nehmen sollte, fiel ihm nicht ein.

„Was ist, Schulbin? Ist deine Schusternadel verlorengegangen?“ fragte Pjotr. „Mir fehlt Fell für Thälmanns Stiefel.“

Pjotr wußte Rat. Er ging mit Schulbin zu dem Rotarmisten Philipp. Der hatte aus seinem Heimatdorf im Fernen Osten das Fell eines Rotfuchses mitgebracht. Philipp rollte das Fell immer unter seinen Kopf, bevor er einschlief. „Gib mir deinen Rotfuchs“, bat Schulbin. Verächtlich schaute Philipp ihn an. „Wie sollte ich, der hat mich doch die ganze Revolution über begleitet. Ich geb' ihn nicht her.“ „Filipp, versteh doch, der Rotfuchs ist für Thälmann. Mit ihm füttere ich seine Rotarmistenstiefel.“ „Wenn es so ist! Warum sagst du das nicht gleich?“

Filipp holte das Fell und zeigte Schulbin, wie es am besten zuzuschneiden sei. Um die Stiefel zu begutachten, erschien ein Rotarmist nach dem anderen bei Schulbin. Sie rochen am neuen Leder der Schäfte, streichelten das Fell, prüften die Festigkeit der Sohlen. Dann kam der Tag, an dem Ernst Thälmann wieder Gast der Rotarmisten war und Ehrensoldat wurde. Sie fragten ihn, wo er lieber sei, in der Sowjetunion oder in Deutschland.

Ernst Thälmann antwortete ihnen, daß er gern in der Sowjetunion bleiben möchte. Doch zu Hause warteten die Arbeiter und seine Kampfgefährten auf ihn. Mit Schulbins Stiefeln werde er in die Stapfen der Rotarmisten treten und noch besser gegen die Ausbeuter kämpfen können.

Aus: Frühlingsgruß. Geschichten über Ernst Thälmann. Zusammengestellt von Rudi Chowanetz. Verlag Junge Welt, Berlin 1973

Über die Entsorgung des Antifa-Symbols in der Stadt des „Gelben Elends“ Was wird aus Bautzens „Teddy“?

Die zwei Meter sechzig hohe bronzene Thälmann-Statue, die am 11. Oktober 1960 in den Bautzener Schiller-Anlagen aufgestellt wurde und dann ab Mitte der 70er Jahre vor dem Deutsch-Sorbischen Volkstheater ihren Platz hatte, ist ein Frühwerk des bekannten Dresdener Bildhauers Wieland Förster. Damals erklärte der Künstler zu seiner Skulptur: „Die Faust habe ich ganz bewußt so ausgeprägt gemacht, das sage ich ganz offen. Das ganze Wesen Thälmanns liegt in dem erhobenen Arm mit der Faust.“ Die Idee Försters hatte die Jury 23 anderen Entwürfen vorgezogen.

Dabei war der Schöpfer des Monuments durchaus kein unbeschriebenes Blatt: Bis zu seiner Begnadigung 1950 hatte der wegen illegalen Waffenbesitzes zu 10 Jahren Freiheitsentzug Verurteilte im sowjetischen Speziallager Bautzen zubringen müssen. Obwohl ihm die DDR nach seiner Freilassung viele Vergünstigungen einräumte, gehörte Förster offenbar nicht zu ihren Verehrern. Dennoch würdigte man sein Talent. 1974 wurde er auf Vorschlag Konrad Wolfs Mitglied der Akademie der Künste. Mit der Einwilligung des Bildhauers, der unterdessen seine antikommunistische Gesinnung nicht mehr verhehlen muß, wurde das imposante Denkmal nach dem Sieg der Konterrevolution im April 1991 ohne Vorliegen eines Stadtratsbeschlusses geschleift. Eine illegal handelnde Bautzener „Leitungskonferenz“ gab die entsprechende Weisung. Heute befindet sich das Standbild in einer Halle an der Wallstraße der Lausitz-Stadt.

Inzwischen ist ein politischer Streit um Försters Thälmann entbrannt. Der langjährige KPD-Vorsitzende war am Vortag

seiner Verlegung nach Buchenwald und der Erschießung am 18. August 1944 zuletzt in der als „Gelbes Elend“ bekannt gewordenen Bautzener Haftanstalt eingekerkert – ein besonderer Grund, den antifaschistischen Helden durch die Wiederaufstellung der Skulptur an repräsentativer Stelle zu ehren. Während ihm die Vertreter der anderen Parteien bestenfalls einen Platz im Museum zubilligen, das Werk aber eher im Depot sehen möchten, fordert der Kreisvorsitzende der „Linken“ Jürgen Mehner: „Thälmann muß wieder auf einem öffentlichen Platz aufgestellt werden. Er hat für die Arbeiterklasse gekämpft und ist im KZ dafür ermordet worden.“

„Ernst Thälmann ist für seine Ideologie aufrecht in den Tod gegangen. Welcher von den heutigen Politikern wäre wohl dazu bereit, wenn es wieder hart auf hart käme? Ich schätze mal: Kaum einer. Flugs würden sie ihr Mäntelchen nach dem Wind hängen“, schrieb Dorothea Raabe aus Bautzen in einem von der „Sächsischen Zeitung“ veröffentlichten Leserbrief. Oberbürgermeister Schramm (CDU), der zugleich Präsident des Deutschen Städtetages ist, war stolz darauf, daß auf seinen Vorschlag hin die ersten sieben „Stolpersteine“ für deportierte und mehrheitlich umgebrachte jüdische Bürger Bautzens verlegt worden sind. Warum aber läßt der Kommunalpolitiker die Thälmann-Statue weiter in der Versenkung schmoren? Warum beteiligt er sich an der Verleugnung und Verhöhnung dieses herausragenden Antifaschisten?

„Die Thälmann-Ehrung und die Erinnerung an seine Haftzeit sind doch nicht nur eine Bautzener Angelegenheit“, schrieb

Helge Tietze von der Leitung der dortigen Regionalgruppe an den „RotFuchs“. Und die VVN-Kreisvorsitzende Angelika Jannack meinte: „Thälmann sollte als Symbolfigur, aber auch als Kunstwerk wieder einen angemessenen Platz erhalten ... Es ist mir unverständlich, daß der Künstler, der die Statue schuf, sich heute von ihr distanziert. Er dürfte stolz sein, daß man ihn damals für die Arbeit ausgewählt hat.“

Inzwischen wurde auch der Vorschlag unterbreitet, die Plastik vor dem Bautzener Gefängnis aufzustellen, wo noch heute eine Gedenktafel an Thälmanns Haftzeit in der Anstalt erinnert.

**R. F.,
gestützt auf Informationen von
Helge Tietze, Bautzen**



Der Bautzener Thälmann

Wie sich der „Forschungsverbund SED-Staat“ ein neues Selbsttor schoß Umfragen als Rohrkrepierer

Es ist inzwischen zur Mode geraten, mehrmals im Jahr Schüler über die „deutsche Teilung“ zu befragen. Gegen Jahresende 2007 wurde erneut eine „Studie“ des sogenannten Forschungsverbunds SED-Staat an der Freien Universität Berlin vorgelegt. Dafür befragte man 2350 Gymnasial- und Gesamtschüler der Klassenstufen 9–11 im Ost- und Westteil der Stadt. Ähnlich verfuhr man in Brandenburg.

Auch diesmal brachten die Antworten nicht das von den Autoren erhoffte Resultat. 46 % der Befragten waren der Ansicht, die Berliner Mauer sei 1961 von der Sowjetunion errichtet worden. Nur 13,6 % hätten die DDR „richtig“ als deren Erbauer bezeichnet, meinte der „Forschungsverbund“.

Natürlich lag die Schließung der Grenze zwischen beiden deutschen Staaten keineswegs nur in der Regie der DDR. Renommiertere Politikwissenschaftler, Historiker und Soziologen zahlreicher deutscher Universitäten und Hochschulen, darunter der FU Berlin, charakterisierten sie schon längst in seriösen Forschungsarbeiten als eine abgestimmte Maßnahme der Warschauer Vertragsstaaten, als Trennlinie zweier entgegengesetzter Gesellschaftssysteme und auch von allen Westalliierten respektiertes Fundament völkerrechtlicher Beziehungen. Selbst Panzer der US-Armee hielten damals am Checkpoint Charlie an. Die in Siegerpose betriebene Neuschreibung der DDR-Geschichte verliert also an Wirkung.

Helle Empörung rief die von den Antikommunisten des „Forschungsverbunds“ präsentierte Studie bei professionellen DDR-Hassern wie Hubertus Knabe, Marianne Birthler und Freya Klier hervor. Da habe doch tatsächlich ein großer Teil der befragten Schüler im Osten allen Ernstes gemeint, das DDR-System sei im Vergleich mit dem der BRD das bessere gewesen. Als Ursachen für diese angebliche „Ver-

klärung“ der Verhältnisse werden ein von den Eltern „weichgezeichnetes DDR-Bild“ und der „schädliche Einfluß“ etlicher noch immer im Dienst befindlicher SED-Lehrer genannt.

Verkannt wird von jenen, welche mit Schaum vor dem Mund auf die Studie reagieren, daß Studenten, Auszubildende, Schüler sowie durch Arbeits- und Chancenlosigkeit frustrierte ostdeutsche Jugendliche inzwischen eigene Erfahrungen mit der BRD-Wirklichkeit und ihrem Gesellschaftssystem gemacht haben.

Auch Angehörigen der neuen Generation bleibt die Tatsache nicht verborgen, daß das ständig glorifizierte Grundgesetz weder eine Verfassung noch – wie das bei der sozialistischen Verfassung der DDR der Fall war – jemals dem Volke zur Bestätigung vorgelegt worden ist.

Für Jugendliche gelten von ihnen selbst aufgespürte Tatsachen und nicht durch die Medien hypnotisch vermittelte Standpunkte als wegweisend. Sie erfahren so, daß Unternehmerverbände und eine ganze Armee von Lobbyisten den bürgerlichen Parlamentarismus der BRD inzwischen massiv ausgehöhlt haben. Dabei empfindet kaum jemand die DDR als „Insel der Glückseligen“, wo alle Probleme bereits gelöst waren. Ihre Schwachstellen und Defizite, die zur Niederlage des Sozialismus beigetragen haben, werden gerade von jenen gründlich analysiert, die für die Zukunft gesellschaftliche Alternativen in Erwägung ziehen. Dabei erfährt die Lebensleistung von DDR-Bürgern, die sich dem Profitstreben einer Minderheit von Kapitaleigentümern, Managern und Politikern entgegengestellt haben, Achtung und Anerkennung. Vielen Heranwachsenden hat sich inzwischen eingepreßt, daß Arbeitslosigkeit, Hunger, Lehrstellenmangel und Bildungsnotstand für die Jugend der DDR Fremdworte waren.

Von den Autoren der Studie des „Forschungsverbunds“ wird die Tatsache mit Mißbehagen registriert, daß viele Befragte die „DDR-Diktatur“ keineswegs – wie vorgegeben – als „Unrechtsstaat“ auffassen. Auch dabei spielen aktuelle eigene Erfahrungen der Jugendlichen durchaus eine Rolle. Sie erleben wie die meisten Bundesbürger, welche für die Beendigung des Kriegseinsatzes in Afghanistan eintreten, daß trotz des negativen Votums von 80 % der Bevölkerung die Einsatzmandate durch eine Mehrheit des Bundestages verlängert und sogar noch ausgeweitet werden. Das weckt Zweifel an der „eigenen Demokratie“ und am Gerede von der „SED-Diktatur“.

Nicht selten erfolgt die Rechtsbeugung von ganz „oben“. So hatte die Bundesanwaltschaft im Vorfeld des G8-Gipfels 2007 Anweisung erteilt, in linke Büros und Wohnprojekte Hamburgs einzubrechen, widerrechtlich Computer zu beschlag-

nahmen und sogar Geruchsproben zu nehmen.

Auf dem Weg zum Überwachungsstaat werden im Grundgesetz verankerte Bürgerrechte immer mehr eingeschränkt oder ganz aufgegeben.

Auch heute bestehen in der BRD Mauern und Barrieren in Gestalt der unüberbrückbaren Klüfte zwischen Arm und Reich. Die Maxime des Grundgesetzes, nach der Eigentum verpflichtet, ist Schall und Rauch. Parasitären Auswüchsen bei Kapitalerträgen und phantastische Managerdotierungen stehen Hungerlöhne für Billigjobber gegenüber. In den meisten EU-Ländern gibt es gesetzliche Mindestlöhne. Hierzulande aber dürfen die Unternehmerverbände und ihnen hörige Medien die Mär verbreiten, Mindestlöhne seien Arbeitsplatzkiller. Durch Minilöhne, Zeitarbeit, befristete Arbeitsverträge und Praktikantenausbeutung wird die Tarifstruktur massiv unterlaufen. Sogenannte Kombilöhne werden im Unternehmerinteresse aus Steuergeldern aufgestockt. Sozialen Sprengstoff ersten Ranges liefert die gerade von Jugendlichen hart attackierte „föderalistische Bildungspolitik“. Armut ist längst zu einem Käfig geworden, der auf Lebenszeit Entwicklungschancen verbaut und vom Grundgesetz proklamierte Werte ad absurdum führt.

In einem jedoch ist den Verfassern und Interpreten der jüngsten Studie des ominösen „Forschungsverbunds“ zuzustimmen. Sie nehmen zur Kenntnis, daß die Nachfrage der Schüler zum Thema DDR offensichtlich größer ist als das derzeitige Angebot. So liegen der Birthler-Behörde allein aus Hessen 80 Aufforderungen zu DDR-Projekten vor. Natürlich ist dieses von bundesdeutschen Geheimdiensten gesteuerte Unternehmen damit völlig überfordert, besteht doch sein Auftrag nicht in der Information, sondern allein in der Desinformation über die DDR und deren Geschichte. Für Vorhaben, die objektiver Wertung bedürfen, hat sich Birthlers Firma nicht gerade qualifiziert.

Wirkliche DDR-Projekte und das Studium von Originalquellen könnten Studenten und Schüler dazu befähigen, sich ein reales Bild der Verhältnisse zu verschaffen. DEFA-Filme und DDR-Schulbücher sind dafür eine wahre Fundgrube. Sie vermögen zur Überwindung von Klischees beizutragen. Vor allem müssen antifaschistische Zeitzeugen helfen, die Lücke zu schließen.

Selbst die großbürgerliche „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ bemerkte am 28. Dezember 2007: „Manchem wird erst jetzt bewußt, wie sehr die Konkurrenz des Kommunismus, solange sie bestand, auch den Kapitalismus gebändigt hat.“ Eine „Konkurrenz“, deren standhaft gebliebene Verfechter auch in Zukunft ein Wort mitreden dürften. **Prof. Dr. Harry Milke**

„RotFuchs“-Chefredakteur **Dr. Klaus Steiniger** ist am **19. April um 10 Uhr** auf einer Veranstaltung der **Regionalgruppe Schwerin** im Schleswig-Holstein-Haus, Puschkinstraße 12, zu Gast.

Er spricht über

Portugals April-Revolution und Cunhals Partei heute

Es werden zwei bewegende
Kurzfilme zum Thema gezeigt.

Der Sozialismus war mein Leben. Ihm habe ich von Jugend an mit Herz und Verstand gedient. Dabei gab es auch Fehler, eigene und geduldete.

Für einen Sozialismus frei von Ausbeutung, in dem der Mensch das Maß aller Dinge ist, soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Freiheit herrschen, Antikriegspolitik betrieben wird, Solidarität mit allen Völkern gilt und mit der Umwelt vernünftig verfahren wird, trete ich auch heute und in Zukunft ein.

Die bürgerlichen Politiker und Ideologen nutzen die Frage, was zur Niederlage des Sozialismus geführt hat, um den Menschen einzureden, zum Kapitalismus gebe es keine vernünftige Alternative. Deshalb wird mit der Keule des „Stalinismus“, einer Form des Antikommunismus, alles niedergeschlagen, was auch nur an Sozialismus erinnert.

„Die Linke“, deren Kommunistischer Plattform ich angehöre, hat mit diesem Thema gewisse Probleme.

Es ist indes unsere Pflicht, die sozialistische Vergangenheit differenziert und in ihren Zusammenhängen zu bewerten, alles Positive zu bewahren und die richtigen Schlußfolgerungen für Gegenwart und Zukunft zu ziehen.

Eine Pauschalverurteilung des Sozialismus lehne ich ab. Sie steht auch im Widerspruch zu den Gründungsdokumenten der PDS vom Dezember 1989. Damals wurden die Errungenschaften der DDR und die weltgeschichtliche Rolle der Oktoberrevolution noch betont.

Hätte der Sozialismus nur in einem Land eine Niederlage erlitten, dann könnte ein subjektives Versagen der Führung die entscheidende Ursache gewesen sein. Da jedoch die sozialistische Staatengemeinschaft Europas mit der Kernmacht Sowjetunion nicht mehr existiert, ergibt sich die Frage nach den objektiven und subjektiven Ursachen. Andererseits muß man sehen, daß z. B. das völlig alleingelassene sozialistische Kuba schwersten Belastungen zu trotzen verstand und unbeirrt seinen Weg verfolgt.

Die soziale Sicherheit und Geborgenheit in der DDR, wesentliche Errungenschaften des Sozialismus, wurden gegen Ende der 80er Jahre von der Mehrheit der Bürger nicht mehr als solche wahrgenommen, sondern für selbstverständlich gehalten. Die Bedürfnisse hatten sich weiterentwickelt. Das war ein objektiver Prozeß, der zunehmend im Widerspruch zu den realen Möglichkeiten des Staates und seiner Wirtschaft stand. Engpässe in der Warenbereitstellung, besonders bei hochwertigen Konsumgütern (z. B. PKW, Heimelektronik u. a.), bei Süßfrüchten und besonders bei Ersatzteilen und Baumaterialien trugen zu Verärgerungen bei. Die Effektivität der Produktion blieb in nicht wenigen Betrieben zurück.

Unser vom Ansatz her begrüßenswertes sozialpolitisches Programm war ökonomisch nicht umgesetzt. Wir planten Ergebnisse künftiger „Masseninitiativen“ gleich mit ein. Die Leipziger Seminare Günter Mittag mit den Generaldirektoren und den Parteiorganisations des ZK

Die Geschichte in ihren Zusammenhängen bewerten Weder Schmähung noch Glorifizierung

der SED zum Planentwurf glichen Befehlsempfänger. Es fehlten die finanziellen und materiellen Mittel zur Sanierung der Innenstädte und zur Erneuerung der Infrastruktur. Die einfache Reproduktion war in vielen Kleinbetrieben nicht mehr gewährleistet, und für eine Modernisierung der Betriebe mangelte es an Mitteln. Die Einordnung kleiner VEBs in die Kombinate und die übereilte Umwandlung halbstaatlicher Unternehmen in Volkseigentum trugen zu Engpässen bei der Versorgung der Bevölkerung bei. Der Export von Waren, die wir selbst benötigten, in das Nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet (NSW) – aus Valutanot um jeden Preis – führte zu ökonomischen Schäden, weil unsere Produkte oft regelrecht verschleudert wurden.

Aus notwendigen und übertriebenen Sicherheitserwägungen gab es Einschränkungen bei den individuellen Freiheitsrechten. Die Bürger wurden vom Staat, meist in guter Absicht, unnötigerweise bevormundet und gegängelt. Alles war für sie geregelt.

Beschlüsse der Partei wirkten im gesellschaftlichen Leben immer öfter als Weisungen der Zentrale.

Der Wunsch nach Reisefreiheit in kapitalistische Länder konnte nicht erfüllt werden. Die Abwerbung von Fachkräften und unlösbare Finanzfragen spielten dabei keine untergeordnete Rolle. Die richtige politische Linie bestand darin, dem Feind keine Munition zu liefern. In deren Verfolgung wurde jedoch die Meinungs- und Pressefreiheit zu sehr eingeeengt. Die überzeugene Positivberichterstattung der Medien stand im Widerspruch zum häufig Erlebten. Vertrauensverluste und Zweifel waren die Folge.

Der unerläßliche demokratische Zentralismus verwandelte sich mit der Zeit in einen bürokratischen Zentralismus, wobei besonders in der Wirtschaft administrative Leitungsmethoden dominierten.

Die Wechselbeziehungen zwischen Plan und Markt wurden unterschätzt. Der Widerspruch zwischen Angebot und Nachfrage spitzte sich immer mehr zu.

Die DDR-Bürger wurden ungenügend als Miteigentümer in die gesellschaftlichen Prozesse einbezogen. Sie fühlten sich oft nicht als Teilhaber am Volkseigentum, sondern empfanden dieses als Staatseigentum.

In den Bereichen Kultur und Kunst, Literatur, Film und Fernsehen galt die Weisung: Was dem Sozialismus schadet, wird verboten. Doch was schadete dem Sozialismus? Bei der Beantwortung dieser Frage spielte der subjektive Geschmack nicht

selten eine Rolle. So kam es zu einer Kluft zwischen der Partei und nicht wenigen Kultur- und Geistes-schaffenden. Sie fühlten sich im Schaffensprozeß eingeeengt und bevormundet.

Das Massenbewußtsein hielt nicht mehr mit der angestrebten gesellschaftlichen Entwicklung Schritt. Der negative Einfluß der westlichen Medien zeigte Wirkung.

Die Strategie des USA-Imperialismus und seiner Verbündeten bestand von Anfang an darin, den Sozialismus zu vernichten. Daraus machte man kein Geheimnis. Doch wir waren nicht mehr auf neue Zuspitzungen des Kampfes vorbereitet. Die BRD unternahm alles, um die DDR politisch und ökonomisch unter Druck zu setzen und zu destabilisieren. Sie schuf eine antisozialistische Opposition, die vom Westen gesteuert und finanziert wurde. Sie gab heuchlerisch vor, einen „besseren Sozialismus“ zu wollen. Der gegnerischen Kampagne mußte eine Abfuhr erteilt werden. Doch mit kritischen Weggefährten, darunter Antifaschisten und Kommunisten, hätten wir anders umgehen sollen.

Die richtige Erkenntnis, daß die Massen politisch geführt und das Vertrauensverhältnis zwischen ihnen und der Partei bei jedem Schritt gesichert werden müssen, ist von uns immer mehr vernachlässigt worden. Die Zuspitzung der Lage wurde nicht rechtzeitig erkannt. So blieben die erforderlichen Schlußfolgerungen aus. 1953 und 1961 waren wir noch nicht dazu imstande, die angespannte Situation mit sowjetischer Hilfe zu meistern, die Partei und große Teile der Bevölkerung zu mobilisieren. Der 1953 eingeschlagene „neue Kurs“, die Rücknahme und Korrektur fehlerhafter Entscheidungen wirkten vertrauensstärkend. Aus späteren Ereignissen, die in einer Destabilisierung anderer sozialistischer Staaten resultierten, aber wurden für den Sozialismus im eigenen Land nicht die notwendigen Schlußfolgerungen gezogen. Gegen Ende der 80er Jahre trat ein Zustand politischer Lähmung ein, weil die Parteiführung den Ernst der Situation weder gründlich erfaßt noch rechtzeitig benannt hatte.

Der europäische Sozialismus unterlag vor allem aufgrund von Defiziten in der praktischen Verwirklichung der richtigen Theorie und nicht zuletzt infolge einer Unterschätzung der Potenzen und der Gefährlichkeit des Imperialismus. Der Zusammenbruch der Sowjetunion unter Gorbatschow besiegelte auch unser Schicksal.

Werner Wendisch

Unser Autor war 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Cottbus-Land.

In den Zuschriften zu der dem „RotFuchs“ beigelegten Rede Prof. Dieckmanns aus Anlaß des 90. Jahrestages der Oktoberrevolution gab es viel Lob. Ich möchte mich dem anschließen und die streckenweise ausgezeichnete, überzeugende Argumentation hervorheben. Jedoch vermisse ich eine Bewertung der Rolle der Arbeiterklasse im Zusammenhang mit den Ereignissen der Jahre 1989 und 1990. Das fiel mir auch in anderen Beiträgen auf, die sich mit unserer Niederlage beschäftigen. Man muß die Frage stellen: Wie kam es, daß große Teile der Arbeiterklasse der DDR ihren Staat letztendlich dem Gegner widerstandslos auslieferten und sogar kapitalistische Verhältnisse zurückhaben wollten? Götz Dieckmann geht mit keinem

hilfe, die der Osten auch durch den Fleiß und den Einsatzwillen der Bevölkerung nicht ausgleichen konnte“, erklärte Egon Krenz. Hinzu kam die unterschiedliche Arbeitsproduktivität. Sie war bei uns durchschnittlich 40 % niedriger als in der BRD.

Im Grunde genommen wurde der Zweite Weltkrieg nach 1945 als gnadenloser Wirtschaftskrieg weitergeführt. Dessen vorläufiges Ergebnis ist bekannt. Wieder einmal verändert die deutsche Großbourgeoisie mit Hilfe des Kapitals und der Regierungen imperialistischer Hauptländer die europäische Landkarte.

Das alles in Rechnung stellend bleiben trotzdem Fragen, auf die wir Antworten finden müssen. Wie konnte

Natürlich bestand eine ökonomische und politische Abhängigkeit der DDR von der UdSSR. Das Verhalten der sowjetischen Führung gegenüber den Interessen deutscher Genossen war, wie inzwischen bekannt, bereits in den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts nicht zuletzt auch durch gewisse Großmachterwägungen bestimmt. Die KPdSU mischte sich wiederholt in Belange der KPD und später der SED ein. Auch in einer Zeit, als offiziell von Partnerschaft gesprochen wurde, war das der Fall. Walter Ulbricht hat – ob aus Erfahrung oder anderen Gründen – auf verschiedene Weise versucht, sich gegen bestimmte „Vorgaben“ Moskaus zu wehren. Es waren dann leider Genossen im Politbüro der SED, die – aus eigenem Machtstreben oder vermeintlicher Sorge um das sozialistische System – im Bunde mit Breshnew die Ablösung Ulbrichts betrieben. Natürlich kann man sagen, daß dieser, der sowjetisches Führungsdenken wie kein anderer kannte, seine „Vorkehrungen“ hätte treffen sollen. Doch er war nicht Tito, der sich von der Sowjetunion trennte.

All diese Einschränkungen ändern nichts an der durch Götz Dieckmann unterstrichenen Tatsache: „Der Rote Oktober war – und ist – der Leitstern des revolutionären Proletariats und seiner Verbündeten.“

Erich Honeckers Dilemma bestand sicherlich nicht zuletzt darin, daß er zwar sah, was in Moskau lief, aber durch eine über Jahrzehnte geübte Nibelungentreue daran gehindert wurde, ernsthaft etwas gegen den revisionistischen Kurs der sowjetischen Führung zu unternehmen. Die Niederlage eröffnet uns dann neue Möglichkeiten, wenn wir die notwendigen Schlüsse aus ihr ziehen, um es „morgen“ besser zu machen.

Ehe es aber soweit ist, müssen bestimmte Auffassungen gründlich hinterfragt werden. So auch Götz Dieckmanns These, die Kapitalisten hätten die Sowjetunion totgerüstet, sie ökonomisch, sozial und politisch destabilisiert, weil sich Moskau dazu genötigt gesehen habe, einen ständig wachsenden Teil des Nationaleinkommens für Rüstungszwecke aufzuwenden, um eine annähernde militärstrategische Parität aufrechtzuerhalten. Hier muß die Frage gestattet sein, ob dieser Wettlauf angesichts des vorhandenen militärischen Potentials überhaupt notwendig gewesen ist. Die Vernichtungsmöglichkeiten beider Seiten, so wurde immer wieder betont, reichten zehnmals aus, um alles Leben auf der Erde auszurotten. Das heißt, das vorhandene Abschreckungspotential war so enorm, daß keine Seite von einem Überleben ausgehen konnte. Warum mußte dann auch auf unserer Seite das Zehnfache des zur Vernichtung des Gegners Notwendigen angehäuft werden?

Ich bin dankbar, daß ich 40 Jahre Frieden in Europa erleben konnte. Zu den Ergebnissen des Untergangs der DDR, der UdSSR und der anderen europäischen sozialistischen Staaten gehört die Tatsache, daß Deutschland heute wieder Krieg führt. Die europäischen sozialistischen Staaten aber sind ohne einen Schuß untergegangen.

Henning Hagen

Die Dieckmann-Rede hat mich zu vielen Überlegungen angeregt Gedanken eines Lesers auf Rügen

Wort darauf ein, daß die Arbeiterklasse als führende Kraft nicht mehr mitspielte und durch ihr Verhalten zur Niederlage des Sozialismus beitrug. Wir sollten darüber sprechen, wie es geschehen konnte, daß nach 40 Jahren DDR der überwiegende der Arbeiter den eigenen Staat nicht mehr haben wollte.

Ich denke, wenn wir ehrlich über die Ursachen des Sieges der Gegner der DDR sprechen wollen, dürfen wir vor dieser Wahrheit nicht die Augen verschließen. Es muß mit der Diskussion über das Verhalten der Arbeiterklasse begonnen werden. Dieses ist nicht ausschließlich damit zu erklären, daß die SED in der entscheidenden Phase de facto keine handlungsfähige Führung mehr besaß. Wenn wir darüber sprechen, daß es an der Partei so manches zu kritisieren gab, dann gilt auch hier die Wahrheit: Jeder Genosse war ein Teil der Partei und trug damit Verantwortung.

Es muß sowohl objektive als auch subjektive Ursachen dafür gegeben haben, daß sich die Arbeiterklasse so und nicht anders verhalten hat. Zu den objektiven Gründen, über die ich hier sprechen will, gehört ohne Zweifel die Ausgangssituation der DDR. So ist in Rechnung zu stellen, daß SBZ und DDR bis 1953 Reparationsleistungen im Wert von 15 Milliarden US-Dollar ablieferten. Das war das Fünfundzwanzigfache dessen, was Westdeutschland gezahlt hat. Über 2000 Betriebe wurden auf dem Gebiet der späteren DDR demontiert. Das waren 50 % der industriellen Kapazität der Vorkriegszeit. Auf 11800 km der Eisenbahnhauptstrecken wurden Gleise demontiert. Das war die Konsequenz aus einem verbrecherischen Krieg.

„Als die Nachkriegsgeneration der DDR unter Null anfang, erhielt Westdeutschland mit dem Marshallplan eine Start-

es beispielsweise passieren, daß 40 Jahre lang die Kennziffer „Industrielle Warenproduktion“ (IWP) einen höheren Stellenwert einnahm als die Kennziffer „Arbeitsproduktivität“?

An Marx erinnernd weist Götz Dieckmann darauf hin, daß Revolutionen den Konflikten von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen entspringen, wenn diese auf einer gewissen Stufe ihrer Zuspitzung zur gewaltsamen Lösung drängen. Daraus folgt die Frage, ob nicht der Umkehrschluß ebenso richtig ist, daß auch Konterrevolutionen dem Konflikt von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen entspringen können. Voluntaristisches Herangehen an ökonomische Prozesse barg nicht nur für einzelne volkswirtschaftliche Bereiche eine Gefahr, sondern für das ganze System. Es gelang uns nicht, die Kennziffer „Gewinn“ adäquat zur kapitalistischen Kennziffer „Profit“ auszugestalten.

Ich halte es für zu kurz gegriffen, die Niederlage allein damit erklären zu wollen, daß in Moskau die falschen Männer das Sagen hatten und die kleine DDR nichts dagegen unternehmen konnte. Gleichermaßen betrachte ich Theorien als fragwürdig, die besagen, Opportunisten und Revisionisten hätten auch bei uns durch ihr Wirken die Niederlage hervorgerufen. Sie haben daran sicher mitgewirkt, mehr aber auch nicht. Die „Verschwörungstheoretiker“ vertreten auch die Ansicht, selbst im Politbüro habe mindestens ein Maulwurf gesessen. Auch wenn das so gewesen sein sollte, ist zu bemerken: Bei einem intakten System hätte der Betreffende keine Chance gehabt. Derartige Komplott-Theorien führen nur zu neuen „Dolchstoßlegenden“, die schon immer kurze Beine gehabt haben.

Wohin die Abkehr von Marx, Engels und Lenin führt Linkspartei und Antikommunismus

Mit der Gründung der PDS wurden Übergangslos auch jene Genossen aus der SED integriert, welche sonst vielleicht in die DKP eingetreten wären. Aus heutiger Sicht, da die PDS nicht mehr existiert, drängt sich die Frage auf, ob durch sie 1989 nicht sozialistisches Potential aufgefangen wurde, um eventuelle Entwicklungen nach links vorsorglich zu neutralisieren. Aus einer Partei mit ursprünglich marxistisch-leninistischem Anspruch wurde die SED/PDS zu einer völlig andersgearteten Partei umgewandelt, die sich mehr und mehr den Grundsätzen der Sozialdemokratie zuwandte. Der wissenschaftliche Sozialismus wurde aufgegeben. An dessen Stelle trat der von der SPD bereits besetzte Bernsteinsche Begriff „demokratischer Sozialismus“ – was auch immer das heißen soll.

Der Inhalt des Denkens der meisten Genossen in verantwortlichen Positionen und des überwiegenden Teils der Gremien der heutigen Partei „Die Linke“ besteht in der Wahrnehmung des „Tagesgeschäfts“, wie das der Umgang mit dem kommunalen Eigentum leider auch bei uns in Zwickau bestätigt. Nicht selten werden Genossen zu entsprechenden Entscheidungen genötigt. Es wird nicht mehr diskutiert, sondern man setzt Weisungen von der Parteispitze über den Landesvorstand bis nach unten durch. Die Weichen werden hinter dem Rücken der Mitglieder gestellt, da eine wirkliche Kommunikation innerhalb der Partei nicht mehr stattfindet und als unnötig erachtet wird. Handlungsanleitungen zur Diskussion sind bereits präpariert, das heißt, Forderungen nach innerparteilicher Demokratie und tatsächlicher Einbeziehung der Basis werden kaum noch berücksichtigt. Die innere Einheit scheint nicht angestrebt zu werden. Es entsteht der Verdacht, daß die Partei mehr oder minder aus Flügeln und Gremien besteht, die sich gegenseitig bekriegen, statt solidarisch mit allen linken Kräften und in voller Entschlossenheit für die Beseitigung der Macht des Kapitals zu kämpfen, von der die Armut in der Gesellschaft ausgeht.

Die Basis dient mehrheitlich einer Clique von Opportunisten und Karrieristen, die sie lediglich als Stimmenlieferanten betrachtet, welche ihrem undemokratischen Vorgehen ein Alibi verschaffen. An dieser Stelle sei gar nicht auf die Preisgabe sämtlicher Errungenschaften der Arbeiterbewegung eingegangen, auf die im Laufe des Umwandlungsprozesses von der PDS zur „Linken“ bewußt verzichtet worden ist. Scheinbar legen etliche Genossen, wenn dieses Wort hier überhaupt anwendbar ist, auf die Lehren von Marx, Engels und Lenin als theoretisches Fundament der Parteilinie überhaupt keinen Wert mehr.

Aus dieser Haltung heraus hat sich bei vielen „Linken“ eine Art politische Depression herausgebildet. Die früher

übliche gegenseitige Aufmunterung und die Freude darüber, gemeinsam etwas zur Veränderung der gesellschaftlichen Zustände beitragen zu können, sind fast verlorengegangen. Dies kommt darin zum Ausdruck, daß viele Mitglieder weder wissen, was sie tun sollen, noch wie sie es bewerkstelligen können. Weit verbreitet sind Lethargie und Lähmung, bedingt durch den gesamtparteilichen Stil, der sich in formellem Herangehen an Politik erschöpft. Auf die Dauer kann man so niemanden und schon gar nicht junge, neu eingetretene Genossen dazu bewegen, sich im sozialistischen Sinne sachlich-inhaltlich einzubringen.

Typisch ist es, anderen Linken in den Rücken zu fallen, wie der Fall Christel Wegner beweist. Man verbiegt sich bis zur Unkenntlichkeit und beugt sich ununterbrochen angeblichen Sachzwängen. Man nähert sich der „Reformpolitik“ an und kokettiert mit vermeintlichen Vorzügen des Kapitalismus. Statt diesen an der Wurzel zu packen, betätigt man sich als sozialer Feuerlöscher.

In Talkshows, bei Pressekonferenzen oder auf Konventen wird die Maske des sozialen Biedermannes getragen, der man gerne sein möchte, aber nicht sein kann. Das reicht von der Clownerie eines Gregor Gysi bis zur Dummheit einer Petra Pau. Wenn Politiker der „Linken“ von den bürgerlichen Medien eingeladen werden, zeigen sie sich in der Regel so artig und angepaßt, daß es peinlich ist. Gäben sie den Vertretern der Kapitalisten tatsächlich Feuer, würden sie wohl kaum zu Tische gebeten!

Im Unterschied zu dem hier Geschilderten gibt es an der Basis der Partei eine beträchtliche Zahl von Genossen, die einst ihren redlichen Beitrag zur Stärkung der DDR geleistet haben und deren Erfahrungshorizont einmalig ist. Sie bleiben aber in der Linkspartei weitgehend ungefragt und ziehen sich deshalb immer stärker ins Private zurück. Da nützt es auch nichts, ein paar junge Leute in Leitungspositionen zu wählen, denen meist nicht nur die entsprechende Qualifikation, sondern häufig auch die erforderlichen Grundüberzeugungen fehlen. Nicht wenige basteln lediglich an der eigenen Karriere. Man sollte sich stets vor Augen führen, daß es auch in Oppositionsparteien genügend Karrieristen gibt. Von der Führung werden jene gefördert, welche längst in der BRD angekommen sind und jede Form des Sozialismus ablehnen. Sie üben selten Kritik und reden anderen so lange nach dem Munde, bis ihr

Aufstieg gesichert ist. All das lähmt den Enthusiasmus ehrlich motivierter Neumitglieder. Hinzu kommt, daß Andersdenkende häufig diffamiert werden. Es ist immer üblicher, den Kampf gegen das System mit dem Gerangel untereinander zu vertauschen.

„Die Linke“ ist – geht man von den Auffassungen der Mehrheit des Führungspersonals aus – inzwischen offen oder verdeckt antikommunistisch und auf kleinbürgerlich-reformistische und trendbewußte Positionen übergegangen. Eine Partei mit sozialistischem Anspruch kann aber nur auf marxistischer Grundlage bestehen. Solange der Marxismus durch die Spitze der „Linken“ bekämpft und ausgegrenzt wird, geht von ihr kein Impuls zur Überwindung des Kapitalismus aus. Reformen in ihm, das Sich-Einrichten und Sich-Wohlfühlen in diesem menschenverachtenden System werden auf Dauer alle hoffnungsvollen Ansätze vernichten. Damit wäre das Scheitern vorprogrammiert. Das aber haben weder die ehrlichen Mitglieder noch die treue Wählerschaft der „Linken“ verdient. Eine wirklich sozialistische Kraft als Alternative zur bestehenden Ordnung muß sich Schritt für Schritt formieren. Das erfordert die gesellschaftliche Praxis. Immer dringlicher wird es, daß derzeit organisierte oder nichtorganisierte Kommunisten und Sozialisten in Deutschland zueinanderfinden.

Sandra Ludwig
Unsere Autorin (33) war Mitglied des Kreisvorstandes Zwickau-Chemnitzer Land der Partei „Die Linke“.



Zeichnung: Heinrich Ruynat

Wie gnadenloser Konkurrenzkampf als Wettbewerb ausgegeben wird

K.-o.-Prinzip als Maxime

Für die Verfechter heute gängiger Theorien funktioniert die Wirtschaft um so besser, je weniger der Staat sich einmischet und je mehr „Wettbewerb“ stattfindet. Eine These, die jetzt durch die Debatte über gesetzliche Mindestlöhne erneut auf den Prüfstand geraten ist.

Vom Sport, dem Urbegriff des Wettbewerbs, wissen wir, daß es zwingend verbindlicher Regeln bedarf, wenn ein Wettstreit fair verlaufen und tatsächlich Chancengleichheit herrschen soll. Konsequenz: Wer sich auf unlautere oder betrügerische Weise Vorteile verschafft, wie das z. B. beim Doping der Fall ist, muß mit Disqualifizierung und anderen Sanktionen rechnen.

Beim „Wettbewerb“ im kapitalistischen Wirtschaftsleben sucht man vergeblich nach einem vergleichbaren Kodex. Vielmehr scheint es, daß fast jedes Mittel der Vorteilsnahme erlaubt ist, es sei denn, es handelt sich um Verstöße gegen die eigenen Regeln und Gesetze. Aber selbst die werden oft genug, selbst strafrechtlich, eher inkonsequent und lax behandelt, wie man es ständig bei Betrügereien auf den Finanz- und Kreditmärkten erlebt.

Auch der Wettbewerb bei den Postdienstleistungen spielt sich weitgehend ungeregelt ab. Das ist insofern bedeutsam, als die Beförderung von Briefen und anderen Sendungen einem menschlichen Grundbedürfnis dient: der Kommunikation. Nicht zuletzt deshalb wurde diese Dienstleistung bereits vor Jahrhunderten einem Staatsunternehmen übertragen. Und zweifellos ist dieses seiner Verantwortung, alles in allem, auch zuverlässig gerecht geworden. Und zwar in dem Sinne, daß es eine flächendeckende, bis in den letzten Winkel des Landes reichende Versorgung der Bürger mit allen Arten postalischer Leistungen gewährleistet hat.

Dieses bewährte Prinzip hat die Bundesregierung aufgekündigt. Das Staatsmonopol wurde abgeschafft, das gewinnträchtige Unternehmen Deutsche Post weitgehend privatisiert und der Markt für neue Anbieter geöffnet. Das geschah mit der Begründung, im Interesse der Wirtschaftlichkeit und der Kunden müsse auch im Postgeschäft mehr Wettbewerb stattfinden.

Inzwischen tummeln sich in Deutschland sage und schreibe rund 750 neue Postdienstleister auf dem Markt. Ein volkswirtschaftlich unsinniger Vielfachaufwand, der die Frage provoziert, was der wahre Grund für diese „Neuerung“ ist?

Die Erklärung liegt auf der Hand: Bei einem Jahresumsatz von mehr als fünf Milliarden Euro läßt sich mit Postdiensten enorm viel Geld verdienen. Die Profitraten sind außerordentlich hoch. Wäre dieser Reibach nicht in Sicht, würde sich auch keine Heerschar von Unternehmern auf das Geschäft einlassen.

Nun ist die Zustellung von Briefen, Paketen und anderen Sendungen, insbesondere wenn sie auch den kleinsten Ort erreichen sollen, mit erheblichem Aufwand verbunden. Ganze Fahrzeugflotten müssen finanziert und unterhalten, ein Netz von Annahmestellen geschaffen und Bearbeitungszentren eingerichtet werden. Vor allem aber wird viel Personal für die Zustellung gebraucht. Die Deutsche Post hat z. B. mehr als 120000 Mitarbeiter, besitzt allein 12000 Filialen und muß täglich 108000 Briefkästen leeren. Stellt sich die Frage, wie die neuen Anbieter angesichts solcher Investitionen und Kosten hohen Gewinn erwirtschaften wollen.

Einerseits, indem sich viele von ihnen in erster Linie in lukrativen, weil dicht besiedelten Zustellgebieten etablieren und das unattraktive flache Land weitgehend dem Konkurrenten Deutsche Post überlassen, der nach wie vor verpflichtet ist, auch diese Kunden zu versorgen.

Andererseits – und das war die entscheidende Profitquelle –, indem man im Unterschied zur Deutschen Post Dumpinglöhne zahlte, die zum Teil unter fünf Euro in der Stunde lagen. Einkommen also, von denen angesichts der hohen Lebenshaltungskosten in der BRD niemand menschenwürdig existieren kann. Es sei denn, der Staat sattelt aus Steuermitteln drauf, was eine durch nichts gerechtfertigte Alimentierung bzw. Subventionierung der Profiteure wäre.

Man kassiert also, indem man sich zum Nachteil der Konkurrenten wie der Mitarbeiter und zu Lasten des Staates wie der Allgemeinheit einen ungerechtfertigten Vorteil verschafft. Die Einführung von Mindestlöhnen für Zusteller wurde vorerst gerichtlich blockiert.

Bei echtem Wettbewerb, wie im Sport, würde dies sofort zu einer Disqualifizierung derer führen, die sich solcher Mittel bedienen. Nur auf den Märkten wird dafür niemand zur Verantwortung gezogen. Da gilt so etwas obendrein noch als „clever“ und „innovativ“. Mit fairem Wettbewerb hat das aber nichts zu tun.

Hinzu kommt, daß kaum eine der zuletzt in Deutschland erfolgten Privatisierungen nennenswerte Wettbewerbswirkungen

erzielt und schon gar nicht Vorteile für die Kunden gebracht hat. In der Energiewirtschaft haben vier Großkonzerne den Markt unter sich aufgeteilt und den Stromkunden vorher nie gekannte Preissteigerungen aufgehalst. In der privatisierten Wohnungswirtschaft sind fast überall die Mieten gestiegen. Und in der Telefonbranche, wo wenigstens kundenfreundlichere Berechnungen eingeführt wurden, ist ein Tarifsdschungel entstanden, der nur unter großem Zeitaufwand zu durchforsten ist, ständig die Gefahr teurer Fehleinwählungen heraufbeschwört und von Abzockern in übler Weise mißbraucht wird.

Außerdem muß auch über als Wettbewerb getarnte Konkurrenzkämpfe geredet werden, wie sie sich mit existenzbedrohenden Folgen zwischen kleinen Gewerbetreibenden, Händlern, Drogisten, Bäckern, Fleischern oder Tante-Emma-Läden und den großen Discountern abspielen.

Zwar kann der Kleine am Markt oft den besseren Service, mitunter auch die bessere Qualität bieten, aber er vermag nicht gegen das wesentliche Vorteilselement anzukommen: die Dumpingpreise des großen Konkurrenten, die „Geiz ist geil“-Reklame und die entsprechende Geschäftstätigkeit.

Keine Statistik gibt Auskunft darüber, wie viele der Schwächeren dadurch in den Ruin getrieben wurden und werden. Aber es sind in den Jahrzehnten des Bestehens der Bundesrepublik mit Sicherheit Zehntausende, vielleicht sogar Hunderttausende gewesen.

Was sich hier abspielt, ist, um zum Sport zurückzukehren, einem Boxkampf zwischen einem Feder- und einem Schwergewichtler vergleichbar, bei dem das K.o. des Leichtgewichtigeren von vorneherein feststünde. Kein Wunder, daß die schwergewichtigen Albrecht-Brüder als Aldi-Eigner, nicht zuletzt wegen ihres gravierenden Wettbewerbsvorteils, mit einem Vermögen von mehr als dreißig Milliarden Euro die Liste der reichsten Deutschen anführen.

Die Losung „Der Markt wird es schon richten“ fand und findet in alledem eine makabre Deutung. Viele „Wettbewerbs Teilnehmer“ wurden und werden auf dem Markt tatsächlich „gerichtet“, nämlich hingerichtet, auch und besonders, weil es keine Regeln gibt, die sie davor bewahren könnten. Das enttarnt die Privatisierung als das, was sie in Wahrheit ist: ein Stimulans für Profitjägerei.

So ist es eine bewußte Irreführung, wenn Politiker und Medien dem, was als erbarmungsloser Konkurrenzkampf um Maximalprofit stattfindet, den Positivbegriff „Wettbewerb“ zuerkennen. Ebensogut könnte man einen Stierkampf als Tiererschutz-Event bezeichnen.

Eberhard Fensch

Unser hochverdienter Genosse und Autor

Prof. Dr. Hans Lutter

begeht am **29. April** seinen **80. Geburtstag**.

Als langjähriger Rektor der Pädagogischen Hochschule Güstrow, Mitinitiator des Christlich-Marxistischen Dialogs und stellv. Vorsitzender des Freidenkerverbandes hat er hohes Ansehen erworben.

Herzlichen Glückwunsch, lieber Hans!

Meilenweiter Vorsprung der DDR auf verfassungsrechtlichem Gebiet

Grundgesetz ohne Legitimation durch das Volk

Vor genau 40 Jahren entstanden im deutschen Verfassungsrecht Tatsachen, die ihre Aktualität und Zukunftsträchtigkeit nicht eingebüßt haben. Am 6. April 1968 entschieden die Bürger der DDR in geheimer Abstimmung über die sozialistische Verfassung. 94,49 % Prozent aller votierenden gaben ihr Ja. In den Monaten zuvor hatten 11 Millionen Frauen und Männer in Gewerkschaftsversammlungen und anderen Zusammenkünften über den Entwurf des Textes debattiert. 12 454 Änderungsvorschläge gingen ein, 118 von ihnen wurden in 55 Artikeln des Entwurfes berücksichtigt. Am 8. April 1968 trat die neue Verfassung in Kraft.

„Totalitarismusforscher“ setzen das „Dritte Reich“ und den sozialistischen deutschen Staat in der Regel gleich. Wie wäre es, wenn sie einmal die Verfassungsgeschichte der beiden deutschen Staaten zum Gegenstand ihrer Untersuchungen machten?

Da ergäbe sich z. B., daß der Bundestag am 30. Mai 1968, nur wenige Wochen nach Inkrafttreten der DDR-Verfassung, unter dem Eindruck der Studentenunruhen die BRD-Notstandsgesetzgebung beschloß.

Der Vergleich müßte allerdings schon ab 1948 angestellt werden. Damals fanden sowohl in der sowjetischen Zone als auch in den Westzonen intensive Diskussionen über eine Verfassung statt. In der SBZ hatte der SED-Parteivorstand schon am 19. September d. J. die „Grundrechte des deutschen Volkes“ verabschiedet, die dann in die Verfassungsdiskussion mündeten. Die Erörterung und Annahme der Länderverfassungen erbrachten wichtige zusätzliche Erfahrungen.

Nachdem der 3. Deutsche Volkskongreß – es ging um Einheit und gerechten Frieden – getagt hatte, konstituierte sich der Verfassungsausschuß des von ihm gewählten Deutschen Volksrates. Sein Vorsitzender war Otto Grotewohl.

Das Gremium hörte am 25. Mai 1948 einen Vortrag seines Sekretärs Peter Alfons Steiniger zu dem Thema: „Die Erarbeitung des Entwurfs einer demokratischen Verfassung ist eine Pflicht des deutschen Volkes“. Es ging um einen Entwurf für ganz Deutschland, der die Fehler und Schwächen der Weimarer Verfassung vermeiden sollte. Der Text mußte auch geeignet sein, von allen vier Besatzungsmächten akzeptiert zu werden.

Die um Adenauer versammelten Politiker in der amerikanischen, britischen und französischen Zone verfolgten zu dieser Zeit bereits den Kurs der „Westbindung“ und Spaltung Deutschlands. Im Juli 1948 beschlossen die Ministerpräsidenten der Westzonen, die die letzte gesamtdeutsche Konferenz aller deutschen Länderchefs in München hatten platzen lassen, die Ausarbeitung eines als Provisorium gedachten Grundgesetzes. Die westlichen

Militärgouverneure waren einverstanden. Die Expertenberatung fand vom 10. bis 23. August 1948 auf der Herreninsel im Chiemsee statt. Ein Parlamentarischer Rat, der aus 65 Abgeordneten aller Parteien bestand (auch zwei Mitglieder der KPD gehörten dazu), gestaltete das Grundgesetz aus. Am 23. Mai 1949 wurde es gegen die Stimmen der kommunistischen Beteiligten angenommen.

Der Entwurf war weder hinreichend in der Öffentlichkeit erörtert worden, noch hat ihn das Volk je legitimiert. Die westlichen Besatzungsmächte oktroyierten das Grundgesetz und behielten sich gleichzeitig alle Fragen, die „Deutschland als Ganzes“ betrafen, vor. Das blieb bis 1990 so. Die BRD hatte also in der Anfangsphase ein ausdrücklich als solches bezeichnetes Provisorium, die DDR aber besaß eine Verfassung, die für ganz Deutschland geschneidert war.

1968 entstand dann die von den Bürgern durch ihr Votum bestätigte Verfassung, welche die Souveränität der DDR unterstrich.

Die politische Entwicklung in den Jahren 1989/90 – von den Siegern als „friedliche Revolution“ bezeichnet, von den Verlierern als Konterrevolution empfunden – stellte auch das Verhalten der Politiker beider deutscher Staaten in der Verfassungsfrage auf den Prüfstand.

Was die Abgeordneten der im März 1990 bei massiver BRD-Einmischung gewählten letzten Volkskammer betraf, so war die von ihnen veranlaßte Preisgabe der Souveränität der DDR Hochverrat. Genauso, wie das heute für Angriffe auf die Souveränität der BRD gilt.

Die bundesdeutschen Politiker mißachteten den Artikel 146 GG. In ihm heißt es: „Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“ Dieses Verfassungsversprechen blieb bis auf den heutigen Tag unerfüllt.

Warum ist das so? Wer hat Angst vor einer legitimierten Verfassung? Warum stellen auch Linke diese Fragen nicht?

Mit der Verweigerung einer neuen Verfassung verrieten gerade jene das Grundgesetz, welche es ständig im Munde führen, wenn sie politische Gegner diffamieren wollen.

Zur Ehre des verstorbenen einstigen „Bürgerrechtlers“ Wolfgang Ullmann sei daran erinnert, daß es in den Jahren 1990/91 Versuche gegeben hat, eine gesamtdeutsche Verfassung vorzulegen und zu erörtern. Ullmann war daran maßgeblich beteiligt. Der Vergleich des Entwurfs von 1991, den ein Kuratorium erarbeitet hatte, mit dem Grundgesetz, ist recht lehrreich. Genauso verantwortungslos wie mit der Verfassungsfrage ging die Kohl-Regierung mit der „endgültigen Regelung“ der internationalen Stellung Deutschlands um. Jahrzehntelang war in Bonn verkündet worden, diese Problematik werde im Friedensvertrag bewältigt. Mit dem dann plötzlich vorgelegten „2 + 4-Vertrag“ zauberte Kohl jedoch eine Instanz aus dem Hut, die am Völkerrecht vorbeigehend die DDR liquidierte.

Noch lächerlicher waren die Tricks, mit denen die „Wiedervereinigung“ innenpolitisch „verrechtlicht“ wurde. Erinnert sich noch jemand an die Volkskammertagung vom 23. August 1990, in der der „Beitritt“ der DDR zur Bundesrepublik per 3. Oktober beschlossen wurde?

In den letzten Jahren beobachteten wir einen bizarren Widerspruch. Die BRD-Regierungen, die dem eigenen Volk als dem Souverän eine gesamtdeutsche demokratische Verfassung bis zur Stunde verweigern, zogen alle Register, um eine obskure EU-Verfassung durchzusetzen, die deutschen imperialistischen Gelüsten entspricht. „Einheitliche Außen- und Sicherheitspolitik“ (wie sie Berlin wünscht) heißt die Zauberformel, Einsatz der Bundeswehr weltweit ist ihr Mittel.

Nachdem die EU-Verfassung am Widerstand der Völker Frankreichs und der Niederlande gescheitert war, setzte die Merkel-Regierung im Dezember 2007 den Lissabonner „EU-Reformvertrag“ durch, der im Grunde eine modifizierte Neuaufgabe des abgeschmetterten Projekts darstellt.

Auf dem Umweg über „europäische“ Institutionen sollen deutsche Abgeordnete genötigt werden, Kriegseinsätzen der Bundeswehr überall in der Welt zuzustimmen. Der Europa-Abgeordnete der Linken Tobias Pflüger urteilte: „Mit dem Reformvertrag wird ein militärisches Kerneuropa durch das Instrument der ‚ständigen strukturierten Zusammenarbeit‘ ermöglicht. Dieses schafft einen Primärrechtsrahmen für die verstärkte Entsendung mobiler Kampftruppen.“

Die Aufgaben für Linke liegen auf der Hand: Am Nein zum EU-Vertrag ist unbedingt festzuhalten, seine Umsetzung ist mit allen verfügbaren Kräften zu verhindern. In der Diskussion um eine neue Verfassung der BRD muß der Wille zum Frieden und zur Abrüstung als Staatsdoktrin durchgesetzt werden.

Prof. Dr. Horst Schneider

Fax-Havarie

In den letzten beiden Monaten hat es bei uns eine nichtentdeckte Fax-Havarie gegeben, wodurch uns offensichtlich etliche Schreiben verloren gingen. Das defekte Gerät ist inzwischen ausgetauscht worden. **Die Redaktion**

Das Dresdner Inferno und dessen aktuelle Bedeutung

Bilder eines Elfjährigen

Sind Sie Französin?“ fragte der Augenarzt, der meine Mutter untersuchte, nachdem ich mit ihr seine Praxis in Freital erreicht hatte. Dabei war ich sehr darauf bedacht gewesen, daß keine der Bomben berührt wurde: „Großer Schritt! ... Halt, ein bißchen rechts“ So hatte ich sie am Arm geführt. Denn wir waren unsicher und vermuteten in jedem der „wie dicht gesät“ liegenden kantigen Stäbe einen Blindgänger. Schutt, Trümmer und Körper hatten das Vorwärtskommen behindert.

Wir verstanden die Frage des Arztes nicht. Ihn mußte wohl die rauchdunkle Haut meiner Mutter und ihre Unfähigkeit, zu antworten, irritiert haben. Sie war überfordert: „Oh, Dieter, wie heißen wir?“ gab sie schließlich eine seiner Fragen an mich weiter. Wir hatten ja nichts bei uns, was uns hätte ausweisen können.

Mutter hatte, anstatt die Habe zu retten, nach dem ersten Bombardement zusammen mit anderen Erwachsenen, meist Frauen, vergeblich versucht, die Brände im Dachboden zu löschen, während ich meine Fische vom Schutt auf dem Teppich sammelte. Das Aquarium war wie alles Glas geborsten. Die Briefmarkensammlung, Künstlerölfarben und einige „meiner Wichtigkeiten“ konnte ich wieder einräumen. Dann machte die zweite Angriffswelle allem sinnlosen Bemühen ein Ende. Aber Mutter konnte mit den brennenden Augen kaum noch etwas sehen. Das erneute Bombardement trieb uns in den Keller zurück, auch einen fremden Soldaten, der zu unserem Glück auf sanfte Art und Weise das Kommando übernahm. Er befahl, im Keller zu bleiben, wenn jemand sich nach draußen retten wollte. Als der infernalische Lärm der Einschläge und niederstürzenden Trümmer alle erstarren ließ, beruhigte er uns „Zivilisten“ mit den Worten, das sei „sehr weit weg“. Das Pfeifen und Bersten kommentierte er mit lauter Stimme: „Keine Angst, das fliegt nur vorüber!“ Mit dem Blick zur Kellerdecke, die im schwachen Licht der Kerze zu schwanken schien, dachte ich: Hält sie oder stürzt sie jetzt ein? Ich erinnere mich genau, daß jegliche Angst gewichen war und einer fatalen Apathie Platz gemacht hatte.

Dann ein alles überbietender Donnereschlag, der uns erstarren ließ: Unsere Haustür, so schwer sie war, wurde mit dem Gemäuer nach innen geschleudert. Ohrenbetäubender Lärm drang ungehindert herein. Jetzt drückten sich die Schutzsuchenden noch mehr in die Ecken. Aber gerade da kam das Kommando zum Verlassen der schützenden Wände! Beißender Qualm drückte herein. Ich erinnere mich an das Wort: „Phosphorkanister“! Was es wirklich war, kann ich nicht sagen. Der Soldat befahl: „Alles naß machen! Die Kleinen am besten in die Wanne tauchen! Nasse Tücher vor den Mund! Rette sich, wer kann!“

Wir stolperten über die herabgestürzten Trümmer, über die schräg liegende Haustür und stemmten uns gegen den beißenden Rauch, kamen wie durch ein Wunder vor oder hinter herabfallenden Brocken und brennenden Balken ins Freie und waren fast augenblicklich wie ausgedörrt. Der Angriff hatte uns im Schlaf überrascht. Erst mit den Einschlägen hörten wir die Sirenen. In dieser Zeitnot hatte ich nur den Trainingsanzug über die Schlafsachen gezogen und darüber den Lodenmantel. An den Füßen trug ich noch die Hausschuhe. Und diese naß gemachte Kleidung war im Nu trocken und ständig in Gefahr, vom Funkenflug in Brand gesetzt zu werden.

Meine Mutter und ich strebten zur nahen Falkenbrücke, einer Eisenbahnüberführung dicht beim Hauptbahnhof, so gut und schnell es Krater und Schutt erlaubten. Dort war Luft! Allerdings heiß auch und in unvorstellbar stürmischer horizontaler Bewegung alles mit sich reißend, was nicht genügend widerstehen konnte. Die Menschen suchten Schutz und Halt am stählernen Brückenbogen und im Nachdrängen in der Menge, deren Angst- und Hilfeschreie durch das Toben des Feuersturmes kaum vernehmbar wurden. Vom Durst geplagt, von dem herabregnenden Feuer beim Ausdrücken der glimmenden Brandlöcher ständig in abwehrender Bewegung gehalten, warteten wir. Worauf? Auf Wunder? Auf Hilfe, nach der Verletzte schriehen!?

Wir warteten auf das Licht eines neuen Tages, das dieses prasselnde, berstende Lodern überstrahlen und einen Ausweg zeigen sollte: Alle Häuser im Blickfeld brannten Etage für Etage von oben nach unten nieder.

Ausdruckslos, wie entseelt wies meine Mutter auf unser Haus, Zwickauer Str. 2: Mein Klavier! Wir konnten deutlich erkennen, wie die inzwischen das Hochparterre erreichende Feuersbrunst die Decke zur darunter liegenden Backstube meines Vaters zermürbte. Und nun stürzte wie

ein anklagendes Wesen die glühende Harfe, der nicht brennbare Rest des Klaviers, hinunter in die Unbrauchbarkeit der Schutt- und Trümmerberge. Ich würde uns gern die Wiederbelebung der schlimmsten Begegnungen ersparen, die wir vom Tagesanbruch an auf unserem Weg aus dieser Hölle noch zu ertragen hatten. Doch gerade sie sind es, die uns Überlebende jeden Krieg verabscheuen lassen: Kein Krieg mehr! Nirgendwo!

Ich meine die Verstümmelten, die Zerrissenen, die uns im anbrechenden Tageslicht wie stumme Schreie aufhielten, weil wir sie nicht umgehen konnten, sondern manchen großen Schritt über sie tun mußten. Sie begleiteten unsere behinderte Flucht aus dem Inferno. Ich sehe sie deutlich vor mir, die versengten, blutigen Leiber, ihre offenen Mäuler und Augen, die unnatürlich verdrehten Gliedmaßen, die gespaltenen Köpfe, deren Leiber geöffnet waren wie im Schlachthaus! Jedoch die schlimmsten Schritte meines damals elfjährigen Lebens waren diejenigen, die uns weitertrieben, vorwärts und vorbei an den Jammernden, an den Schwerverwundeten, an den Sterbenden, an denen, die unter anderen Umständen hätten gerettet werden können. Wir konnten nicht sie, wir mußten uns retten! Heraus aus dem Kessel! Wer hatte sich wohl aus der engen Feldschlößchenstraße in Sicherheit bringen können? Wo waren meine Freunde? Nicht einem einzigen Klassenkameraden bin ich wieder begegnet. Meine Kindheit war faktisch zu Ende.

Und mein Vater, der Bäcker- und Konditormeister Alfred Schlicke, der vielleicht hätte retten und helfen können, dessen Existenz gerade in Rauch und Schutt vernichtet war, lag im Dreck im Osten. Er konnte nicht mal sich selbst helfen. Seine letzten Zeilen mit der Bitte um klärende Post von daheim wurden im April 1945 zwischen Frankfurt an der Oder und Berlin geschrieben, vielleicht in Halbe oder Seelow. Dort wurde noch gründlicher geschlachtet. „Nie wieder Krieg!“ Alle waren sich darin einig. Danach über vierzig Jahre Frieden! Welch eine Errungenschaft! Und die Botschaft und Mahnung: DRESDEN! Dresden und Coventry. Warschau und Lidice. Seelow und Halbe. Und Buchenwald, und Berlin. Und Hiroshima! Und, und, und. Vietnam! Irak! Und nun: „Wir“ am Hindukusch!

Wozu! Wofür? Für wen! Wem nützt es? Sollen doch die Nutznießer oder deren Söhne gehen! Dorthin, wo es aussieht wie damals auf der Zwickauer Straße! Und noch etwas: Wo sind sie jetzt, die großen „Friedenskämpfer“? Wo sind die Leute, die zu DDR-Zeiten skandierten: „Schwerter zu Pflugscharen“, „Frieden schaffen ohne Waffen“. Wieso sind sie jetzt stumm? Wofür waren sie damals wirklich? Man möchte schreien ...

Fred Schlicke, Dresden

Am **19. April um 10 Uhr** spricht **Fred Spiegel**, Leiter des **DDR-Museums Tutow**, Kreis Demmin, im Sozio-Kulturellen Zentrum Arche N, Reitbahnweg 38, auf einer Veranstaltung der **Regionalgruppe Neubrandenburg** über das Thema

**Die DDR – unser
eingeschlälertes
Vaterland**

Cooler Frühling

Manchmal könnt' ich fast verzweifeln,
weil der Frühling wieder blüht,
all die Fäulnis dieses Landes
in den Sümpfen neu aufglüht.

Fassen, Prassen, Geiz und Action,
pralle Brüste sind das Maß,
abhängen, durch die Gegend treiben,
Lebenssinn allein der Spaß.

Hartziger Hunger breitet aus sich,
braune Blüten sind zu seh'n,
Phrasen, Lügen ohne Ende,
weg von hier, fort möcht ich geh'n.

Suchen will ich, andres finden,
Kräfte sammeln und den Mut,
zu zerschlagen dieses Elend,
Neues schaffen aus der Wut.

Malte Kerber

Am Tag nach dem Sieg meiner Feinde

am Tag nach dem Sieg
was fange ich an mit
meiner Niederlage
Der Himmel steht fest und
die Bäume trinken den
Regen und Erde umgibt
ihre Wurzeln Blut pumpt
der Muskel hinter den Rippen
durch Adern unverletzt
woher der entsetzliche
Schmerz Wer bin ich daß
ich gegen ein Wissen in
diesem Blut nicht aufgeben
will Durch Jahrtausende
schreit es zum Himmel
sickert in Felder färbt
Flüsse und Tränen
Der Himmel ist blau
und unendlich Die Schreie
sind in ihm verhallt
Ich kniete Ich stand
Ich stürzte Ich hob mich
auf Hände und Füße
Ich kroch zum blutigen
Wasser Ich kroch aus dem
Feuer Der Wind war heiß
Die Sonne war eisig
Der Himmel war schwarz
Ich lege mich in die Asche
spüre kochende Lava unter
Schulterblättern tief
die Erde atmet
am Tag nach dem Sieg
meiner Feinde

Christa Müller

Manifeste Tatsachen

Noch immer geht in rauher Zeit
ein Geist umher in diesen Landen,
verfolgt durch die, die sich am Leid
bereichert und geinigt fanden.

Er schwingt und klirrt die blutig Ketten
der Vielen unsichtbar geleit,
umschwebt des Nachts die seid'nen Betten
und singt dem Täter wehes Leid.

Erschütternd klingt der schwache Ton,
den Armut, Tod und Unrecht führen,
als Leitmotiv, der Knechtschaft Lohn,
den Viele einzig nicht verlieren.

Im Chor ertönt das traurig Lied,
als lang verblaßtes einig Schrei'n.
Der Wille, sich von jedem Glied
der rostig Ketten zu befrei'n.

Sie kennen keine Freiheit mehr.
Es ist die Freiheit nicht den Mengen.
Vereinigt setzt sie sich zur Wehr
und will die Ketten von sich sprengen.

Des Kampfes Elend wird nicht enden,
wenn ein Gerechter niederliegt.
Es wird sich erst zum Frieden wenden,
wenn Rechtes mit Gerechten siegt.

Enrico Pfau

Statt eines Leserbriefes schicke ich Euch ein paar Strophen. Sie entstanden spontan nach einem Klassentreffen, bei dem die Meinungen heftig aufeinanderprallten.

Die ehrenwerte Be-Er-De

Bin im Zukunftsland gewesen,
soll nix getaugt ham, muß ich lesen.
Dafür frier ich – frei
in der kalten BRDei.

Unser Land geschluckt, verdrückt,
du wehrst dich noch, bist du verrückt?
Rückwärts schauen ist passé,
hoch leb die Geldsack-BRDe.

Der Euro ist nun doppelt teuer,
begeistert zahlt der Rentner Steuer.
Hurra, juchei,
wir sind jetzt BRDei.

Es klagt bedrückt der Arbeitslose,
sein Bauch knurrt in geflickter Hose.
Die Art von Freiheit wollt er nicht
als neuer BRD-erich.

Muslima, streng der Pfaffe spricht,
dein Kopftuch, nee, das wolln wir nicht.
Wir möchten Christliches nur sehn
in BRD, du uns verstehn?

Der obdachlose Bettler greint.
Im U-Bahn-Schacht ein Kiffer weint.
Ganz kuschlig geht die Nacht vorbei
in der sozialen BRDei.

Hiphipp, hurra, hurrö, hurrö,
für Deutsche ist die BRDö,
krakeelt der kahle Nazi laut,
du nicht von hier, du wirst verhaut.

Der dicke Kanzler hat gelogen,
uns frech um unser Land betrogen.
Wir sind die Schnäppchenkolonei
der ehrenwerten BRDei.

Edda Winkel

Der Kommunist

Mein Kind, ich will sagen,
nimm dich in acht,
und lasse das Fragen,
du wirst bewacht,
gelenkt und erzogen
von der neuen Zeit
bewertet, gewogen,
zur Leistung befreit,
von solchen, die wissen,
daß nur überlebt,
wer eifrig beflissen
und produktiv strebt,
wer zielstrebig giert
und in jeder Phase
Gewinn maximiert
und Gold auf der Nase,
wer gut konkurriert,
mit den Ellenbogen
nach vorne marschiert,
der ist gut erzogen.
Doch wehe dir, Kind,
du kletterst auf Bäumen
und spielst mit dem Wind
und spielst mit den Träumen,
hörst nicht auf zu fragen,
weil dir nicht genügt,
was alle dir sagen,
als ob jemand lügt.

Dann kommt aus der Tiefe,
daß er dich frißt,
als ob man ihn rief,
der Kommunist.

Helmut Barthel

(Quelle: Elektronische Zeitschrift „Schattenblick“ im MA-Verlag)



Finanzkapitalismus

(Aus der gleichnamigen ver.di-Broschüre)



Wie der Deutschlandsender 1958 seine Solidaritätskonzerte begann Dem Frieden die Freiheit

Man tut oft so, als hätte es das nicht gegeben, wie man ja überhaupt so tut, als hätte es uns nicht gegeben. **Joachim Herz**
(Opernregisseur, 1999)

Kurt Goldstein, dessen Walter Ruge im KRF auf so bewegende Weise gedacht hat, war einer der Pioniere unseres Rundfunks, seit er sich zum Leben in der DDR entschlossen hatte. Seinem Vermächtnis fühlen sich noch heute Hunderte einstige Rundfunkleute verpflichtet.

Als ich 1965 erstmals den Turmbau des Blocks A an der Berliner Nalepastraße betrat, erwarteten mich in der Chefredaktion des Deutschlandsenders zum Start des Volontariats, dem sich später ein Journalistik-Studium in Leipzig anschloß, zwei markante Persönlichkeiten. Ihre Namen waren mir schon vertraut, ehe ich ihnen gegenüber saß. Es waren der damalige Chefredakteur Georg Grasnick, der gerade nach willkürlicher Festnahme als Mann des Senders aus westdeutscher Haft entlassen worden war, und Kurt Julius Goldstein, stellvertretender Chefredakteur, vormals Kämpfer der Internationalen Brigaden in Spanien, Überlebender von Auschwitz und Buchenwald. Er – ein jüdischer Deutscher und ein deutscher Kommunist – war eine lebende Legende und eine Seele von Mensch. Bis zum Tode wurde er nicht müde, seine aus eigenem Erleben geborene Mahnung immer wieder auszusprechen: „Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!“

Beide Leiter blickten mich, den noch nicht mal 20jährigen, geradezu heiter an. Sie lockerten dadurch meine Anspannung und Erregung. Sie erinnerten mich in Ton und Gestus lebhaft an die kollektive Begrüßung, die meinen einstigen Klassenkameraden und mir in der erweiterten Puschkin-Oberschule Hennigsdorf bei Berlin am Beginn des 9. Schuljahres gegolten hatte. Fräulein Neumann trug nämlich auch dieses heiter-ironische Lächeln in den Augen, als sie ihre erste Deutsch-Stunde bei uns mit den Worten einleitete: „Welcher Jahrgang seid ihr? 46/47? – Aha, Nachkriegsproduktion!“



Aus der ver.di-Broschüre „Genug gesparrt“

Kurt Goldstein und seine Genossen im Deutschlandsender freuten sich augenscheinlich, endlich jemanden in ihrem Arbeitsbereich zu haben, der weder durch Hunger, Fliegeralarm und Artilleriebeschuß für sein ganzes Leben gezeichnet noch aus den geistigen Ruinen überwundener Zeiten aufzuerstehen verpflichtet war. Bald lief die erste Sendung, an der ich mitwirken durfte. Ein Korrespondentenbericht aus Niedersachsen kam über den Ticker. Er besagte, daß der Bruder eines ehemaligen KPD-Landtagsabgeordneten seine Stimme gegen dessen willkürliche Inhaftierung erhoben habe. Das Papier schilderte das vergebliche Bemühen, offene Ohren für die Unrechtmäßigkeit der Verhaftung und die Haltlosigkeit der Vorwürfe zu finden. Justizverwaltungen und politische Instanzen stellten sich taub, obwohl es sich hier um einen gravierenden Fall politischer Strafverfolgung handelte. An mir war es nun, dafür sorgen zu helfen, daß dieser Rechtsbruch nicht verschwiegen, sondern auch zwischen Kieler Förde und Bodensee zur Sprache gebracht wurde. Für zwei Minuten und dreißig Sekunden war ich der solidarische Lautsprecher von Ludwig Baumgarte, der wegen seines Engagements in der Deutschen Friedensunion eingesperrt worden war.

Che Guevara nannte einst die internationale Solidarität „die Zärtlichkeit der Völker“. Doch wer löste bei ihnen diese aus? In dem Teil Deutschlands, in dem ich mir meinen Berufswunsch erfüllen konnte, tat es der Deutschlandsender. Auf seinen weitreichenden Frequenzen in allen Weltenbereichen verbreitete er gut 30 Jahre lang die Botschaft der Solidarität. Der Fall Baumgarte illustrierte lediglich als ein Beispiel die Schärfe der Auseinandersetzung um das Verbot der KPD.

Das Bundesverfassungsgericht hatte mit seinem im August 1956 ergangenen Urteil eine juristische Handhabe dafür geschaffen, Leute, denen auch nur der Ruch „kommunistischer Umtriebe“ anhaftete, strafrechtlich zu verfolgen und mit oftmals hohen Freiheitsstrafen zu belegen. Eine der aus Bonner Sicht verwerflichsten

Taten war damals der Widerstand gegen die Remilitarisierung der Bundesrepublik Deutschland, die Aufstellung der Bundeswehr und die Anbindung an die Pariser Verträge. Gekämpft wurde auch gegen die Einbeziehung der BRD in die NATO. Doch trotz Strafandrohung ließen sich Kommunisten und andere Friedenskämpfer nicht einschüchtern. Sie wurden gejagt, verhaftet und hinter Gitter gebracht.

Unser Sender nahm die westdeutsche Klassenjustiz ins

Visier, verteidigte die Unrechtsopfer und prangerte schuldbeladene Juristen des „Dritten Reiches“ an, die in den Gerichten der BRD den Ton angaben. Ausgewiesene Antifaschisten und engagierte Kriegsgegner waren jetzt ihre Opfer.

Die Leitung des Deutschlandsenders suchte nach Möglichkeiten, akustische Brücken zu den politischen Häftlingen in westdeutschen Gefängnissen zu schlagen. Vor allem nutzte man die Vorweihnachtszeit, in der man die Gefühle der Menschen am stärksten ansprechen konnte. Kurt Goldstein und seine Mitstreiter hatten die Idee, die Übermittlung solidarischer Grüße mit der Erfüllung von Musikwünschen zu verbinden. So erlebten im Adventsmonat des Jahres 1958 die bald legendären Rundfunksolidaritätskonzerte ihre Premiere. Ihr Motto waren die ersten Takte des Klavierkonzerts Nr. 1 b-Moll von Peter Tschaikowski. Der in der DDR durch aufsehenerregende Fernsehdokumentationen zusammen mit Walter Heynowski bekanntgewordene Gerhard Scheumann war es, der diesem Radiokind den Namen gab: „Dem Frieden die Freiheit“. Es handelte sich um das Grundmotiv der gesamten DDR-Politik, das auch von Kurt Goldstein als dem Intendanten des nachfolgenden Senders „Stimme der DDR“ vorgelebt wurde. Bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand 1974 blieb er auf diesem Posten.

Torsten Preußing

ZWISCHENRUF

Bei der Debatte über zu hohe Manager-Gehälter wird meistens vergessen, daß sie ja nicht nur hart schufeten, sondern auch allerhand Qualen aushalten müssen. Zum Beispiel: 57 Prozent von ihnen quält „mehrmals jährlich ihr schlechtes Gewissen, weil ihr Handeln mit einstigen Wertvorstellungen unvereinbar ist“. Das will allen Ernstes die internationale Personalberatung LAB Lachner Aden Beyer & Company in Kooperation mit der „Wirtschaftswoche“ mittels einer Umfrage herausgefunden haben. 47 Prozent der Manager beobachten demnach „in ihrem beruflichen Umfeld regelmäßig moralisch verwerfliches Handeln“. Und „bei 72 Prozent der Leistungsträger haben sich nach eigenen Angaben die moralisch-ethischen Maßstäbe im Laufe ihres Berufslebens verschoben“. Das ist ja nun ganz furchtbar, das haben wir doch gar nicht gewußt: Die hohen Gehälter sind also quasi eine Entschädigung dafür, daß es den Managern auf Arbeit so beschissen geht. So muß man das sehen.

henrik müller

Aus ver.di-News

Auf einer „Rotfuchs“-Veranstaltung warf jüngst ein Genosse die Frage auf: Schon vor Jahrzehnten sei er beim Studium des „Kommunistischen Manifests“ darüber gestolpert, daß es da gleich eingangs heiße, der Kampf der Klassen habe jedes Mal mit einer revolutionären Umgestaltung der ganzen Gesellschaft geendet oder mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen. Sei es da denkbar, daß wir gegenwärtig den Untergang der Arbeiterklasse erlebten, vielleicht sogar bei weiterer Existenz der Klasse der Kapitalisten?

Das ist eine zentrale Frage unserer Zeit. Wir erleben ja seit Jahren, wie gerade in entwickelten kapitalistischen Ländern die Industriearbeiterschaft, die wir stets als den Kern der Arbeiterklasse begriffen haben, zahlenmäßig schrumpft. Das muß man nicht im einzelnen beweisen; wöchentlich erreichen uns Meldungen über Betriebsschließungen oder Verlagerungen arbeitsintensiver Fertigungen in Billiglohnländer. Da ist es nur ein schwacher Trost, daß solche Verlagerung von Arbeitsplätzen zwar zunächst die internationale Arbeiterklasse nicht dezimiert – die Betroffenen, die Arbeiterbewegung und die Gewerkschaften hierzulande stellt es allemal vor schwere Probleme.

Wir haben seit der Zerschlagung der DDR besonders schmerzlich erfahren, was es bedeutet, wenn Großbetriebe geschleift und damit objektive Grundlagen von Solidarität, Bewußtheit und Organisiertheit der Arbeiter getroffen werden. Die Schritte der Konterrevolution waren folgerichtig: Entwaffnung der Arbeiterklasse, Leugnung des Klassencharakters der Partei, Liquidierung der Betriebsparteiorganisationen, Bereitlegen der Instrumente für den „legalen“ Raub des Volkseigentums, die Vernichtung der kollektiven Lebensleistung zweier Generationen durch das bundesdeutsche Kapital. Es ging ja in der „Treuhandanstalt“ durchaus nicht nur um Beseitigung von Konkurrenten auf heiß umkämpften Märkten, sondern darum, der deutschen Arbeiterklasse auch politisch und ideologisch – möglichst für immer – das Rückgrat zu brechen.

Auch heute wächst nicht nur die absolute Zahl der Arbeiter in der Welt, auch ihr prozentualer Anteil nimmt nach wie vor zu, wie die Statistiken der Internationalen Arbeitsagentur ausweisen. Unübersehbar ist jedoch: Im Gefolge der raschen Veränderung der organischen Zusammensetzung des Kapitals – der Verringerung des Anteils, den die Kapitalisten für lebendige Arbeit ausgeben müssen, um Güter auf den Markt zu bringen – wie auch mit der „digitalen Revolution“ und der zunehmenden Vereinzelung am Arbeitsplatz, vollziehen sich einschneidende Veränderungen in der gesamten Arbeitswelt. Die „relative Übervölkerung“ hat nie gekannte Dimensionen angenommen. Es gilt, aus diesen Tatsachen alle erforderlichen Schlüsse zu ziehen und Wege zu finden, die zwingend nötige Gegenmacht zum Kapital – Organisiertheit und Bewußtheit – wiederherzustellen.

Verschwindet die Arbeiterklasse?

Die Besorgnis des eingangs zitierten Genossen ist durchaus berechtigt. Wenn es nicht gelingt, weltweit das Kapital in die Schranken zu weisen, ist angesichts einer Erdbevölkerung von gegenwärtig 6,7 Milliarden Menschen und der Gefahr einer ökologischen Katastrophe nicht auszuschließen, daß die Weichen in Richtung Untergang gestellt werden. Es gibt kein Kapital ohne Proletarier, wie es keine Sklavenhalter ohne Sklaven gegeben hat. Allerdings würde das heute auf den gemeinsamen Untergang der ganzen Menschheit hinauslaufen und nicht nur auf den der antagonistischen Klassen, wie beim Ende West-Roms. Wir haben nicht unbegrenzt Zeit für neue Anläufe zum Sozialismus!

Der Marxismus ist die Weltanschauung der Arbeiterklasse. Er ist Bewußtwerden und theoretische Verdichtung ihrer realen Klassensituation. Er ist Anleitung zur revolutionären Aktion im Bündnis mit allen Ausgebeuteten und Unterdrückten. Wer das negiert, der landet beim Gegner. Er hockt schließlich auf seinen Knien, devot auf ein warmes Plätzchen hoffend, gezeichnet von den Kainsmalen voraus-eilenden Gehorsams.

Wie verhält es sich also mit dem „Verschwinden der Arbeiterklasse“? Wer mit diesem Gedanken spielt, muß natürlich die Frage beantworten, wohin sie „verschwindet“ oder sich „auflöst“. Er muß

uns davon überzeugen, daß Lenins Klassendefinition aus der „Großen Initiative“ nicht mehr gilt, und beweisen, daß die im „geschichtlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion“ des entfesselten Kapitalismus ausgegliederten „Überflüssigen“ in ihrer Masse keine Proletarier mehr sind, obwohl sie über nichts anderes verfügen als über ihre Arbeitskraft, welche immer schwerer „zum Markte getragen“ werden kann. Das wird nicht gelingen. Wir können schwerlich jemanden daran hindern, sich Träumen über ein nichtrevolutionäres „Hineinwachsen“ in den Sozialismus hinzugeben. Aber als Marxisten beharrlich verhängnisvolle Irrtümer aufklären, das können und das müssen wir.

Vor uns liegt eine Wegstrecke harter Kämpfe zur Umwälzung des Bestehenden. Sie ist länger, als wir einst meinten. Die Arbeiterklasse, wie alle Klassen und Schichten der Gesellschaft, wird erst im Kommunismus – nicht früher und nicht später – „aufgehoben“ sein. Das wissen wir seit dem „Manifest“, dessen Erscheinen sich gerade zum hundertsechzigsten Male jährte. Dort ist zudem verzeichnet, die Basis der Macht der Bourgeoisie zerbröckele in dem Maße, wie sie unfähig wird, „ihrem Sklaven die Existenz selbst innerhalb seiner Sklaverei zu sichern, ... wo sie ihn ernähren muß, statt von ihm ernährt zu werden.“ Prof. Dr. Götz Dieckmann

Der große Philosoph und der „Rotfuchs“

An die Redaktion des 'Rotfuchs'
Rotfuchs-Förderverein
Dr. Klaus Steiniger c/o F. Brethold
Telenorweg 37
D-12519 Berlin

Herrn Klaus, lieber Kalf, liebe Rotfüchse,

beim 18. Parteitag der DKP habe ich mitgeteilt, dass ich aus Alters- und Gesundheitsgründen meine umfangreiche aktive Parteiarbeit mit Hunderten von Veranstaltungen und Sitzungen in der letzten Jähren nicht fortsetzen kann, wohl aber politisch und wissenschaftlich weiterarbeiten werde.

Eines der wichtigsten Gegene für die Entwicklung und Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus auf der Grundlage von Marx, Engels und Lenin und für die aktuelle politische Orientierung ist der ROTFUCHS. Ich habe schon in der Vergangenheit in einer Reihe von Vorträgen und dem Rotfuchs-Förderverein gesprochen, gelegentlich in ROTFUCHS geschrieben oder für ihn gedruckt worden.

Die Verlagerung meines Arbeitsschwerpunkts gibt mir nur sehr selten Raum, und ich würde mich jetzt gern den Kreis der ständigen Autoren anschließen.

Mit herzlichen Grüßen und Wünschen

Prof. Dr. Dr. h. c.
Hans Heinz Holz
GFB 6377/S. Appenzel

Am 29. April 2008 wäre die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) 60 Jahre alt geworden. Sie bestand nur 42 Jahre und vier Monate. Am 1. September 1990 strichen sie erbärmliche Wendehälse von der politischen Landkarte der DDR. Man trieb sie unter die Rockschoße der West-CDU. Dieser Verrat an 125000 Mitgliedern wurde vor allem von Leuten vollzogen, die acht Monate zuvor auf einem Außerordentlichen Parteitag beschlossen hatten: „Die DBD wird sich nie mehr einer anderen Partei unterordnen oder in eine Rolle drängen lassen, die lediglich Mitverantwortung und Mitarbeit zuläßt.“ So schnell werden in einer Konterrevolution Parteitagsbeschlüsse und Versprechungen ohne Mitgliederbefragung von nach

demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft.“

Und auch das ist zu erwähnen: Nach dem Sieg der Sowjetunion und der anderen Staaten der Antihitlerkoalition über den Nazifaschismus kam die SED wegen fehlender Kader auf dem Lande zunächst nur schwer voran. Zur Zeit der Kommunalwahlen 1946 hatte sie lediglich in 1177 der 12227 Gemeinden der Sowjetischen Besatzungszone Grundorganisationen, die noch dazu, wie Franz Dahlem betonte, „die schwächsten Glieder in der Kette“ darstellten. Dementsprechend schlecht fielen auch die Wahlergebnisse für die SED aus. In vielen Dörfern dominierten CDU und die LDPD, die damals weitgehend unter bürgerlich-konservativem Einfluß stan-

wesentlich erleichtert, Urlaub war für unsere Bauern kein Fremdwort mehr. Nahezu alle bäuerlichen Mitglieder der DBD konnten eine fachliche Qualifikation erwerben. Konsumverkaufsstellen, Kindergärten, Kinosäle, Gastwirtschaften, Friseure, Ärzte und Gemeindegewerkschaften gehörten jetzt wie die Kirche zum Dorf. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß die DBD – Seite an Seite mit der SED und den anderen Blockparteien – in den 42 Jahren ihres Bestehens eine erfolgreiche Arbeit geleistet hat. Auch durch ihr Mittun verwandelte sich die DDR in einen modernen Industriestaat mit hochentwickelter Landwirtschaft, der seine Bevölkerung mit Nahrungsgütern aus eigener Produktion selbst versorgen und sogar noch erhebliche Lebensmittelmengen exportieren konnte. Ob die einstigen Westberliner wohl noch wissen, daß sehr vieles, was bei ihnen auf den Tisch kam, in sozialistischen Landwirtschaftsbetrieben der DDR produziert wurde? Ob sich Herr Junghanns, einst Leiter der Abteilung Parteiorgane des DBD-Parteivorstandes und angehende Student der SED-Bezirksparteischule, heute CDU-Landesvorsitzender und Wirtschaftsminister in Brandenburg, noch daran erinnert, daß die DBD in den drei Bezirken Potsdam, Frankfurt/O. und Cottbus jeweils mehr Mitglieder hatte als seine jetzige Partei im ganzen Land Brandenburg? Schlamm-schlachten wie er und andere Überläufer sie heute führen, waren der DBD fremd. Der stromlinienförmige Aufsteiger Junghanns hat die DBD, die ihm das politische Abc beibrachte, zur Zeit der „Wende“ aus karrieristischen Gründen hintergelassen. Doch noch sind nicht alle Messen gesungen. So wie die Erinnerung an die Helden des Großen Deutschen Bauernkrieges die Jahrhunderte überdauerte, wird man auch die Taten der ersten demokratischen Bauernpartei in der deutschen Geschichte nicht vergessen. Jene sind auf dem Holzweg, welche da glauben, der Kapitalismus werde für immer existieren. Als die aufständischen Bauern 1525 das Schlachtfeld räumen mußten, sangen sie: „Geschlagen ziehen wir nach Haus“, die Enkel fechten's besser aus.“ Es bleibt kommenden Generationen vorbehalten, unser Werk erneut aufzugreifen und die sozialistische Revolution in Stadt und Land zum Sieg zu führen.

Ernst-Otto Christalle

Die von der CDU vereinnahmte DBD war ein Stützfeiler der DDR Kohls Etikettenschwindel

oben geschwemmten rechten Kräften gebrochen.

Ein kurzer Rückblick: Am 29. April 1948 nahmen im „Niederländischen Hof“ Schwerins 126 Bauern und Bauernfunktionäre aus 17 Kreisen Mecklenburg-Vorpommerns ein Werk in Angriff, das bis dato einmalig in der deutschen Bauerngeschichte war. Auch Beobachter aus Brandenburg und Sachsen sowie in- und ausländische Journalisten hatten sich eingefunden. Der Gründung der DBD war folgendes vorausgegangen: Durch ihre Teilnahme an der demokratischen Bodenreform hatte sich bei den Bauern der Wunsch nach stärkerer politischer Verantwortung beim Aufbau des neuen Lebens verstärkt. Marx und Engels zogen aus dem deutschen Bauernkrieg wie aus den Revolutionen von 1789 und 1848, Lenin aus 1905 und 1917/18 die Schlußfolgerung, daß das Proletariat im Kampf gegen die Bourgeoisie nur siegreich sein kann, wenn es Verbündete, nämlich die Bauern, an seiner Seite weiß. In den Vorbemerkungen zu seinem Werk „Der deutsche Bauernkrieg“ schrieb Friedrich Engels, daß sich die Bourgeoisie immer „Bundesgenossen“ sucht, die „sämtlich reaktionärer Natur“ sind. Man müsse sich „vor allem diese Bande vom Hals halten“. Engels folgerte, daß die Bauern „nur von der Arbeiterklasse Erlösung zu erwarten haben“. Andererseits würden „die Industriearbeiter der Städte“ in den Bauern „ihre zahlreichsten und natürlichsten Bundesgenossen finden“. In „Zwei Taktiken“ stellte Lenin fest: „Zweifelloos können wir, wenn wir aus der von Marx beleuchteten Erfahrung Deutschlands die Lehren ziehen, zu keiner anderen Losung für den entscheidenden Sieg der Revolution gelangen als zu der Losung: revolutionär-

den. Das erhöhte die Notwendigkeit, eine neue politische Kraft ins Leben zu rufen, um den Einfluß der Reaktion zurückzudrängen.

Mit Zustimmung der Sowjetischen Militäradministration beschloß der Parteivorstand der SED Anfang 1948, mit dem Aufbau einer Bauernpartei zu beginnen, die dann am 29. April d. J. gegründet wurde. Auf Wilhelm Piecks Vorschlag stellte sich der bekannte Antifaschist, langjährige Landtagsabgeordnete der KPD, ehemalige KZ-Häftling und Hauptorganisator der demokratischen Bodenreform in Mecklenburg-Vorpommern, Ernst Goldenbaum, zur Wahl als Vorsitzender. Er blieb es bis 1982. Als wichtigste Ziele der Arbeit wurden drei Leitgedanken formuliert: das Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern ständig festigen zu helfen, die Freundschaft zur Sowjetunion zu verfechten und für die ständige Höherentwicklung der Landwirtschaft zu wirken.

Die DBD leistete anerkannte Beiträge zur Vertiefung der Bodenreform, zur Festigung der 1949 gegründeten DDR, zur Sicherung des Friedens und zur sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft. Wenn der 1989/90 wieder zum Zuge gekommene politische Gegner weiter von „Zwangskollektivierung“ phantasiert, dann spricht er wie der Blinde von der Farbe. Den Bauern wurde Zeit gelassen – acht Jahre zwischen 1952 und 1960 –, um sich von den Vorzügen neuer Produktionsverhältnisse auf dem Lande zu überzeugen. Obwohl viele zögerten und sich nicht selten sogar gegen den Beitritt zur LPG sträubten, wurden im Laufe der Zeit fast alle Bauern zu deren überzeugten Parteigängern. Wissenschaft, Bildung und Kultur hielten Einzug in den Dörfern, die Arbeit der Landbevölkerung wurde

Am **29. April** um **18 Uhr** spricht **Dr. Hans Reichelt**, in der DDR Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats und Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft, auf einer Veranstaltung der **Regionalgruppe Bitterfeld-Wolfen** in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität in Bitterfeld, An der Sorge 2. Sein Thema:

**Diagnose
einer
Bilanz**

Am 21. Dezember 1952 gründeten fünf Awerktätige Einzelbauern und ein Arbeiter die Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft Typ 1 Lohsdorf.

Das Ackerland wurde in die LPG eingebracht, während das Grünland, das Vieh sowie der Wald weiter individuell bewirtschaftet wurden. Die Gründer wählten Gustav Müller zum Vorsitzenden und mich zum Stellvertreter.

Einige Wochen darauf wurde die LPG unter dem Namen „Vereinte Kraft“ beim Rat des Kreises Sebnitz registriert. Ihrem Entstehen waren intensive Beratungen mit Vertretern der Leitungsorgane des Kreises vorausgegangen. Angeregt durch das Studium der Presse, in der laufend über die Bildung von LPGs seit der II. Parteikonferenz der SED im Sommer 1952 berichtet wurde, wollten wir mithelfen, durch größere Produktionseinheiten die Erträge schneller zu steigern und uns selber durch effektiveren Maschineneinsatz die Arbeit zu erleichtern.

Unsere LPG war die vierte im Kreis Sebnitz. Der sozialistische Staat unterstützte uns von Anfang an. Agronomen der Maschinenausleihstation (MAS) halfen unentgeltlich bei der Zusammenlegung der Flächen. Der Technikeinsatz erfolgte zu günstigen Tarifen. Bei der Belieferung mit Düngemitteln genossen wir Vorrang. Von Beginn an gewährte man uns auch steuerliche Vergünstigungen. Diese staatliche Hilfe war dringend erforderlich, denn die Felder der Gründer lagen weit auseinander. Als Zugvieh besaßen wir anfangs außer einem Maultier nur die für Kleinbetriebe typischen Zugkühe.

Wenn auch die wirtschaftliche Situation der drei Höfe gut war – sie galten als schuldenfrei und brachten eine für damalige Bedingungen hohe Produktion –, so erwies sich doch die Anbauberatung durch die Agronomen als sehr wertvoll, denn auf größeren Flächen zu wirtschaften mußten wir erst lernen. Es ist überhaupt hervorhebenswert, wie selbstlos sich in den ersten Jahren viele Helfer einsetzten, um dem Sozialismus auf dem Lande Bahn zu brechen: Genosse Rudi Köhler, Leiter des Referats LPG beim Rat des Kreises, war beinamputiert. Er fuhr per Fahrrad mit Anbaumotor bei Wind und Wetter, nicht selten auch bei Nacht, zu den Versammlungen in die Dörfer. Die damaligen Politmitarbeiter bei der Maschinen- und Traktorenstation (MTS) Polenz kamen zu Fuß auf unsere Felder. Willkommen war uns jeder derartige Besuch, weil in der Zeit scharfer Klassenauseinandersetzungen auch nur moralischer Beistand besonderen Wert besaß.

Die erste Vollversammlung beschäftigte sich mit der Frühjahrsbestellung, der Bereitstellung von Saatgut und Düngemitteln, der Futterbeschaffung und „Verschiedenem“. Dazu wurde u. a. bekanntgegeben, daß im Hohnsteiner Rathaus drei Bezugsmarken für männliche Arbeitsanzüge abgeholt werden könnten.

Zur zweiten Vollversammlung standen bereits die Übernahme eines weiteren landwirtschaftlichen Betriebes sowie die

Aufnahme von drei neuen Mitgliedern zur Debatte.

Der Putschversuch vom 17. Juni 1953 warf seine Schatten auch bis nach Lohsdorf. Im Gasthaus „Zum Schwarzbachtal“ fand abends eine öffentliche Bauernversammlung statt. Dort wurden von einem Beauftragten des Kreises die bereits vor dem 17. Juni vom Politbüro und vom Ministerrat gefaßten neuen Beschlüsse erläutert. Die Stimmung vieler Bauern war jedoch vom RIAS so angeheizt worden, daß es zu keinem ordnungsgemäßen Versammlungsablauf kam. Gustav Müller und ich hatten einen sehr schweren Stand. Arthur Mathe sagte in jenen Tagen zu mir: „Der Baum ist schon ausgesucht, an dem du hängen

Kartoffelanbau, Jarowisation von Getreidesaatgut waren in aller Munde. Es gab nichts, was wir nicht versucht hätten.

Oft machte man mit diesen neuen Methoden aus der Not eine Tugend. Das Granulieren von Superphosphat mit Hilfe von Sägespänen, Wasser und Holzrechen auf der Scheunentenne durchgeführt, sollte den kostbaren Dünger für die Pflanzen länger verfügbar machen. Anleitung dazu holten wir uns aus den monatlich erscheinenden Zeitschriften „Das Mitschurinfeld“ und „Presse der Sowjetunion“. Nicht alles gelang. Manches war zu aufwendig oder hatte auf Dauer keinen Bestand. Aber wir waren Lernende, wollten uns Wissen aneignen. Viele Anregungen erhielten wir

Aus der Geschichte der LPG „Vereinte Kraft“ Lohsdorf (1) Aller Anfang ist schwer

wirst!“ Der Metzger Max Schurz aus Ulbersdorf rief mir bei der Fleischbestellung zu: „Was macht die LPG? Jetzt geht sie pleite! Jetzt geht sie krachen!“

Die Partei ließ uns aber nicht im Stich. Bald suchte uns ein Beauftragter des Bezirks bei der Heuernte auf. Er sprach uns Mut zu.

Das alles, vor allem auch das konsequente Reagieren der Sowjetarmee in Berlin und anderswo, bestärkte uns bei der nicht immer leichten Auseinandersetzung mit Einwohnern, die der feindlichen Propaganda erlegen waren.

Doch nicht allein diese Vorgänge machten den aufkeimenden sozialistischen Produktionsverhältnissen zu schaffen. Unerfahrenheit beim Organisieren der Produktion auf neue Art, auch Egoismus, kleinbürgerliche Empfindlichkeit oder Arroganz im Umgang miteinander waren zu überwinden. Wir mußten sowohl das Kritisieren lernen als auch die Fähigkeit erwerben, Kritik einzustecken.

„Kritik und Selbstkritik sind die Triebkraft der Entwicklung.“ Diesen Leitsatz hatten wir im Parteilehrjahr fast auswendig gelernt. Aber theoretische Formulierungen ließen sich nun mal viel leichter einprägen als im praktischen Leben umsetzen.

Sowjetische Filme wie „Drei Kommunisten“ oder Romane wie „Neuland unterm Pflug“ stützten uns moralisch und sporneten uns an. Unser Vorsitzender Gustav Müller erzählte morgens begeistert von seiner nächtlichen Lektüre des Werkes von Scholochow.

Ja, es war eine Zeit des Aufbruchs, nicht nur bei der Umwälzung der Produktionsverhältnisse. Auch fachlich probierten wir fast täglich neue Methoden. Noch war zwar nicht die Zeit der Rinderoffenställe angebrochen, aber Mistvererdung, Futtermilch, Nestpflanzverfahren im

von den Agronomen der MAS, später der MTS.

Mit welchen primitiven Mitteln mußten wir uns in der ersten Zeit behelfen! Der Stallmist wurde mit der Gabel geladen und ausgebreitet. Zugtiere waren Ochsen, Kühe, auch Maultier und Zuchtbulle bildeten ein Gespann. Nicht alles ging glücklich vonstatten. Im Mai 1953 fuhren wir z. B. mit zwei Gespannen Jauche aufs Feld. Das Maultier des einen Gespanns trat auf eine morsche Holzbohle der Jauchengrube, wurde ängstlich. Die übrigen Bohlen brachen durch und das Tier stand unversehens bis über die Kruppe mitsamt Geschirr in der eiskalten Jauche!

Was tun? Die Sebnitzer Feuerwehr! Die haben sicher entsprechende Technik! Aber nach dem schweren Gewitter der vorangegangenen Nacht waren sämtliche Anschlüsse im Ort gestört. Also auf nach Ulbersdorf zum Telefonieren. Die braven Feuerwehrmänner kamen auch. Aber von Technik konnte keine Rede sein – wie denn auch, so kurz nach dem verlorenen Krieg. Mit Kreuzhacke und Schaufel schachteten sie an einer Stirnseite der Grube eine Schräge. Nach drei bis vier Stunden war das arme Tier, das am ganzen Leibe zitterte, befreit. Der Tierarzt Dr. Fischer meinte: „Ein Pferd hätte das ohne gesundheitliche Schäden niemals durchgestanden.“ Im nächsten Jahr wurden die meisten Feldarbeiten schon mit Maschinen der MAS bewältigt. Von Beginn an trat die SED als führende Kraft in der Genossenschaft auf. Wir waren anfangs drei Genossen. Alfred Rußig wurde zum Parteigruppenorganisator gewählt. Er war vor 1933 in der KPD-nahen „Roten Hilfe“ organisiert. Gustav Müller kam aus der SPD. Ich selbst wurde 1952 Kandidat der SED. (wird fortgesetzt)

Werner Döring

Wie verhielt es sich mit der NVA ab Ende 1989? Überläufer?

Der „RotFuchs“ brachte in Nr. 120 den Brief unseres auf Kreta lebenden Lesers Heinz Ehrenfeld, der früher in der SEW aktiv war. Ein von ihm kritizierter Offizier der NVA, Dieter Meusel, der im RF einen Leserbrief veröffentlicht hatte, erhält im folgenden das Wort zu einer Erwiderung.

Heinz Ehrenfeld ist der Kragen geplatzt. Schlimm? Ich denke nicht. Ein Mehr an Sachkenntnis hätte das mit Sicherheit verhindert.

Vorwürfe wie „Opportunismus“, „Wechsel von der NVA zur Bundeswehr ... keinerlei Skrupel verursacht“, „zu Kreuze gekrochen“ und „sich um die Bundeswehr reißen“ entsprechen aus meiner Sicht so nicht dem Sachverhalt.

Die gesellschaftlichen Umwälzungen und politischen Veränderungen nach dem Fall der Berliner Mauer hinterließen in allen Bereichen tiefe Spuren. Durch die Handlungsunfähigkeit der Partei- und Staatsführung und abhanden gekommene Feindbilder entstanden erhebliche Motivationsverluste, besonders bei den über 40 000 Berufssoldaten der Armee.

Militärische Hierarchien wurden verunsichert, der politisch-moralische Zustand zeigte Zerfallserscheinungen. Mißachtung der Dienstvorschriften und Entfernung von der Truppe gehörten nun zum Alltag. Den Berufssoldaten fehlten zunehmend die Orientierungspunkte.

Um deren Stimmungs- und Meinungsbild zu verbessern, unternahm der neuernannte Minister Theodor Hoffmann einige Versuche. So war das Ministerium für Nationale Verteidigung bestrebt, durch die Einleitung populärer Maßnahmen Anfang Januar 1990 – Verringerung der Grundwehrdienstzeit, Entlassung aller Reservisten und Verzicht auf Neueinberufungen – die Lage zu stabilisieren.

Der zentrale runde Tisch erklärte am 26. Februar 1990, er trete „... für die soziale Sicherstellung ...“ der Armeeinghörigen ein und erwarte, daß die Nationale Volksarmee mit den Berufssoldaten Dienstverträge abschließen, in denen auch Festlegungen zur langfristigen Vorbereitung auf eine zivile Tätigkeit enthalten seien. Noch Ende Februar 1990 avisierte das Ministerium eine NVA-Personalstärke für das Jahr 1995 von 110 000 Soldaten. Der dabei vorgesehene Anteil an Berufssoldaten und Längerdienenden hätte nur geringe Personaleinschränkungen zur Folge gehabt, welche weitestgehend auf dem Wege des altersbedingten Ausscheidens regelbar gewesen wären.

Festgeschrieben wurden diese Absichten mit dem Ministerbefehl 25/90 vom 2. März 1990. Entlassungen aus dem aktiven Dienst sollten grundsätzlich nicht gegen den Willen der Berufssoldaten erfolgen. Ihnen wurde damit eine befristete Arbeitsperspektive eröffnet.

Kein Gesetz hat diese Weisungen jedoch abgesichert. Die Regierung de Maizière, die den Treueid abverlangte, erklärte kurz vor der Liquidierung der DDR, es sei keine Zeit gewesen, das angeblich ausgearbeitete Konversionsgesetz zu verabschieden.

Der nach den Wahlen vom 18. März 1990 zum Ministerpräsidenten auserkorene CDU-Politiker Lothar de Maizière hat in seiner Regierungserklärung am 19. April zur NVA festgestellt: „... Es wird auch nach der Vereinigung auf DDR-Territorium eine zweite deutsche Armee geben ...“ Sein Minister „für Abrüstung und Verteidigung“ Rainer Eppelmann ergänzte: „Ich will in der mir anvertrauten Armee dafür sorgen, daß alle diejenigen, die auf Grund der Abrüstungsverhandlungen in Wien oder der Vereinigung des deutschen Volkes entlassen werden müssen, nicht einfach auf die Straße gesetzt werden.“ Er hat indes zu keiner Zeit den Berufssoldaten oder Zivilbeschäftigten etwas von „... einer Übernahme ... in die Bundeswehr ...“ versprochen. Einige Generale seien hier ausgenommen. Warum dies so war? Weil bei der überwiegenden Mehrheit der NVA-Angehörigen gar kein entsprechender Wunsch bestand.

Eppelmann erklärte auf der Kommandeurstagung im Mai 1990, auf DDR-Territorium sollten keine NATO-Truppen stationiert werden.

Die neuen Machthaber wollten offensichtlich vermeiden, durch vorschnelle Schritte die erhoffte und dringend benötigte Zustimmung Moskaus zu verspielen. Nicht unwesentlich war dabei die Anwesenheit von über 363 000 sowjetischen Armeeinghörigen. Zu diesem Zeitpunkt wußte niemand, wann sie das Land verlassen würden. Es dauerte noch über vier Jahre.

Wie wir heute wissen, hatte das politische Manöver der Regierung de Maizière Erfolg.

Als Gorbatschow bei seinen Treffen mit Kohl am 16. und 17. Juli im Kaukasus die DDR wie eine heiße Kartoffel fallen ließ, verschwammen die letzten Reste des Feindbildes bei den Angehörigen der NVA.

Bundesverteidigungsminister Stoltenberg hatte bereits im März 1990 unmißverständlich erklärt: „... Wir wollen keine NVA-Offiziere, ... wir haben keinen Bedarf...“

Bei Umfragen unter der DDR-Bevölkerung wurde der rapide Verfall des Interesses an der Zukunft der Armee deutlich. Ihre Wichtigkeit erhielt 1 % von 100. Die Menschen in der Noch-DDR hatten jetzt ganz andere Sorgen. Ungeachtet der ständig schlechter werdenden Bedingungen auf

dem Arbeitsmarkt haben in der ersten Hälfte des Jahres 1990 Tausende Berufssoldaten die NVA verlassen.

Mit dem „Beitritt der DDR“ nach Artikel 23 des Grundgesetzes wurden deren Bürger im Oktober 1990, ob Soldat oder Arbeiter, Staatsangehörige der BRD. Sie waren so im Kapitalismus bzw. in der Bundeswehr gelandet.

Nun wurde auf Teufel komm raus aufgelöst, abgewickelt, verschrottet, etwas auch verkauft bzw. übernommen.

Von den 51 000 Berufssoldaten zum Zeitpunkt des Anschlusses beantragten innerhalb weniger Wochen ca. 60 % ihre Entlassung aus der Bundeswehr. Das geschah, obwohl ihnen in der Regel klar war, daß sie sich aufgrund ihrer Qualifikation, wenn sie nicht über „marktfähige“ andere Kenntnisse und Fertigkeiten verfügten, in einer aussichtslosen Konkurrenzsituation befanden. 6300 begannen eine Umschulung bzw. Fortbildung.

Von über 35 000 Offizieren der NVA wurden am 3. 10. 1990 zunächst einmal 32 000 in Bundeswehruniformen gesteckt. In der Folgezeit blieben davon etwa 3160 übrig. Beachtet man die Stärke des Offizierskorps Anfang des Jahres 1990, dann handelt es sich hier um eine Größenordnung von nicht einmal 8 %.

Davon ausgehend ist es sachlich falsch, die Berufssoldaten der NVA generell als Überläufer abzuwerten.

**Dieter Meusel,
Oberstleutnant a. D. der NVA**



**In Portugal kann man dem kommunistisch geführten Bündnis mit dem Namen CDU nur Erfolg wünschen!
Aus: Avante!, Lissabon**

Die Zerschlagung des deutschen Faschismus und des japanischen Militarismus im II. Weltkrieg schuf günstige Bedingungen für den Sieg sozialistischer und nationaler Befreiungsrevolutionen. So wurde am 2. September 1945 die Demokratische Republik Vietnam für das gesamte Landesterritorium von Präsident Ho Chi Minh ausgerufen. Seitdem stand das vietnamesische Volk im schweren Kampf um seine Unabhängigkeit und Freiheit. 1954 erlitt der französische Kolonialismus in der Schlacht von Dien Bien Phu eine historische Niederlage. Das Genfer Indochinaabkommen vom Juli 1954 war das unbefriedigende Ergebnis. Denn der 17. Breitengrad wurde als militärische Demarkationslinie festgelegt, das Land also zeitweilig in Nord- und Südvietnam gespalten. Die imperialistischen Kräfte hatten damit Zeit gewonnen und hofften, die für 1956 geplanten gesamtvietnamesischen Wahlen zu gewinnen. Da sie aufgrund des sich verändernden Kräfteverhältnisses jedoch Zweifel an Sieg bei „freien Wahlen“ hatten, entfesselten die USA einen Aggressionskrieg. Ihr Ziel war es, Vietnam in einen südostasiatischen Brückenkopf Washingtons zu verwandeln.

Gestützt auf die allseitige Hilfe der sozialistischen Staaten führte das Volk Vietnams einen heldenhaften, über dreißig Jahre währenden verlustreichen Befreiungskrieg, der schließlich zum Sieg über die Okkupanten führte und mit der Proklamierung der Sozialistischen Republik Vietnam am 2. Juli 1976 seinen Abschluß fand.

Nicht zu vergessen ist die materielle und politisch-moralische Unterstützung der DDR und ihrer Bevölkerung für das vietnamesische Volk. Im Gegensatz dazu gewährte die BRD den USA-Aggressoren umfangreiche Hilfe. Ein Beispiel besonderer Perfidie war die Bereitstellung deutscher Schäferhunde zum Aufspüren der Tunnelsysteme der vietnamesischen Partisanen. Hatten die Tiere einen der Gänge entdeckt, sprühten die Amerikaner todbringendes Giftgas hinein.

Auf dem Weg zum Sieg hatte zweifellos die von der vietnamesischen Befreiungsfront am 30. Januar 1968 begonnene Tet-Offensive besonderes Gewicht.

Dabei ging die Befreiungsarmee von meist örtlich begrenzten Schlägen zu großangelegten Operationen in Divisions- und Armeestärke über. Die Gesamtplanung und gründliche Vorbereitung der Handlungen sowie das Zusammenwirken aller beteiligten Kräfte erfolgten unter Führung des legendären Generals Vo Nguyen Giap. Den vietnamesischen Militärs gelang es bei strengster Geheimhaltung, überlegene Kräfte und Mittel an den entscheidenden Stellen und zum geplanten Zeitpunkt zu konzentrieren. Die Tet-Offensive begann am 21. Januar 1968 mit einem konzentrischen Angriff auf den Stützpunkt der U.S. Marines in Khe Sanh nahe der Demarkationslinie. Er erfolgte mit solcher Wucht, daß die Amerikaner ein zweites Dien Bien Phu befürchteten und schleunigst von anderen Abschnitten

15 000 Mann Elitetruppen nach Khe Sanh verlegen mußten. Damit war ein wichtiger Gedanke General Giaps – die Täuschung und Überrumpelung der Aggressoren – gelungen. Die tatsächlichen Ziele der Nationalen Befreiungsfront Vietnams waren ihnen verborgen geblieben. Während der Besetzung Khe Sanhs begann am 30. Januar schlagartig die Offensive in allen Landesteilen Südvietnams.

Die Verblüffung der Interventionen und ihrer einheimischen Marionetten erklärt sich auch daraus, daß die Offensive am für die Vietnamesen besonders wichtigen Neujahrsfest eröffnet wurde. Binnen weniger Tage wurden fünf der sechs Großstädte, 36 von 44 Provinzzentren und 64 Kreisstädte Südvietnams überrannt. Stoßgruppierungen führten Angriffe auf die Hauptstadt Saigon, das Hauptquartier der US-Streitkräfte, die Botschaft

Mit dem Ruf „Ho-Ho-Ho-Chi-Minh“ wandten sich zehntausende Studenten gegen den verbrecherischen Krieg der USA in Vietnam.

Ein sehr wichtiges Ergebnis der Offensive bestand in der Bildung der Provisorischen Revolutionären Regierung Südvietnams am 6. Juni 1968. Sie wurde von allen sozialistischen Staaten und den meisten Ländern der dritten Welt diplomatisch anerkannt.

Für die USA und deren Verbündete blieb die militärische und politische Entwicklung in Vietnam nicht ohne Folgen. Sie erschütterte die Positionen der westlichen Führungsmacht von Grund auf. Die eigene Bevölkerung und die US-Soldaten waren nicht mehr vom Sinn des imperialistischen Krieges zu überzeugen. Angesichts hoher Verluste der amerikanischen Streitkräfte und bekanntgewordener

Vor 40 Jahren: Die Tet-Offensive der vietnamesischen Befreiungsarmee Unvergänglicher Ruhm

der Vereinigten Staaten, den Flugplatz und den Präsidentenpalast durch. In Saigon gelang es, zeitweise fünf der neun Stadtbezirke in die Hand zu bekommen. Rund um das Provinzzentrum Ben Tre wurden sämtliche Verteidigungsstellungen erobert. Die alte Kaiserstadt Hue an der Mündung des Hoang-Flusses wurde eingenommen und 26 Tage gehalten. Infolge der absoluten Luftüberlegenheit des Gegners, des massiven Einsatzes von Schiffsartillerie sowie der personellen Verstärkung der US-Kampfverbände auf ca. 542 000 Mann mußte die vietnamesische Befreiungsfront nach schweren Verlusten an Menschen und Material die Offensive abbrechen. Die Bombenangriffe der U. S. Air Force auf Wohnstätten, Industrie- und Verkehrsanlagen sowie die Landwirtschaft des Nordens, aber auch auf südvietnamesische Städte wie Hue und Ben Tre waren so gewaltig, daß die Zerstörungen nur mit der Vernichtung Dresdens vergleichbar sind.

Doch trotz des Abbruchs der Tet-Offensive wurde diese zum Wendepunkt des Vietnamkrieges. Die rückwärtigen Basen und das System der Straßen für den Nachschub (Ho-Chi-Minh-Pfad) wurden beträchtlich ausgebaut und damit Voraussetzungen für neue Angriffshandlungen gegen Städte und Stützpunkte geschaffen. Der Verlauf und die Ergebnisse der Tet-Offensive stärkten die politisch-moralische Einheit des vietnamesischen Volkes unter Führung seiner kommunistischen Partei. Die Solidarität der Völker erfuhr einen nie gekannten Aufschwung. Selbst in der alten BRD wurde die 68er Bewegung vom Geist dieses Kampfes inspiriert.

Kriegsverbrechen entwickelte sich in den Vereinigten Staaten eine Massenbewegung für Frieden in Vietnam.

Ende Januar 1968 leitete das Pentagon die blutigste Phase des Krieges ein. Das Massaker an etwa 500 Frauen, Kindern und Alten in My Lai (Son My) bleibt in der Erinnerung der Völker. Der 1961 begonnene Einsatz von chemischen Kampfstoffen (Agent Orange) zur Entlaubung des Regenwaldes wurde nun verstärkt fortgesetzt. Bis 1971 waren 76 Millionen Liter des dioxinhaltigen Giftes versprüht worden. Die Folge: schwerste Verkrüppelungen und zahlreiche Todesfälle. Deformierungen werden bis heute vererbt. Auch US-Soldaten waren betroffen. 1969 begann das Pentagon den „Wetterkrieg“ im Westen des Landes. Die Einsprühung chemischer Stoffe (Silbernitrat-, Ammoniumsulfatverbindungen) in die Wolken führten zur künstlichen Verlängerung der Regenzeit auf sechs bis sieben Monate und damit zu riesigen Schäden an der Natur.

Auch die von den USA ab 1969 betriebene „Vietnamisierung“ des Krieges brachte nicht den erhofften Sieg. Am 27. Januar 1973 mußte die Nixon-Administration in Paris ein Waffenstillstandsabkommen unterzeichnen, was den Abzug ihrer Truppen aus Südvietnam zur Folge hatte. Der Befreiungskrieg sollte jedoch noch bis zum endgültigen Sieg am 30. April 1975 anhalten. Damals sang man in Berlin: „Alle auf die Straße, rot ist der Mai, alle auf die Straße, Saigon ist frei!“ Vietnam ist noch heute ein Symbol für die Besiegbarkeit einer Weltmacht.

Dr.-Ing. Wolfgang Feix

Schwieriges Navigieren in Nicaraguas stürmischen Gewässern

Ortegas neues erstes Jahr

Am 10. Januar 2008 versammelten sich Hunderttausende auf dem Platz der Revolution in Managua, um den ersten Jahrestag der Regierung der Versöhnung und Nationalen Einheit zu feiern. In seiner Rede sagte Daniel Ortega, daß sich das von der FSLN angeführte Bündnis „Unida Nicaragua, triunfa“ im Wahlprogramm verpflichtet hatte, zusammen mit dem Volk ein neues Gesellschaftsmodell zu entwickeln. Deshalb habe die Regierung der Forderung nach Bildung der Räte der Bürgermacht zugestimmt.

Sofort nach der Amtsübernahme leitete Ortega Mannschaften Maßnahmen ein, um mittels internationaler Kooperation die wirtschaftliche Lage des Landes zu verbessern. Sie normalisierte die Beziehungen zu Kuba, Venezuela, Iran und Libyen. Mit vielen Ländern wurden neue Abkommen geschlossen. Unter der Vorgängerregierung Bolaños war Nicaragua Mitglied von CAFTA, des USA-Freihandelsvertrags für Mittelamerika, geworden. Das neue Kabinett trat ALBA, der Bolivarianischen Alternative zum USA-Freihandelsvertrag Südamerikas ALCA, bei. Von CAFTA profitieren jene, welche im Obersten Rat der Privatunternehmer COSEP vereint sind. Durch ALBA werden die kleinen und mittleren Produzenten gewinnen. Der Unternehmerverband stemmt sich gegen diese Entwicklung und hat mit der USA-Administration den stärkeren Verbündeten. Nicaragua ist auch Mitglied von PETROCARIBE geworden. Damit schuf die Regierung Grundlagen für die Stärkung und den Ausbau des Energiesektors auf lange Zeit.

Ortega Truppe hat Programme des Kampfes gegen den Hunger, der Landwirtschaft, der Alphabetisierung und Bildung, des Gesundheitswesens, des Verkehrswesens, der Energiewirtschaft und der Wasserversorgung aufgelegt. Sie verabschiedete das längst fällige Autonomiegesetz.

Bemerkenswert ist, daß bisher das aus FSLN, ehemaligen Liberalen, Indigenen YATAMA und Ex-Widerständlern bestehende Bündnis „Unida Nicaragua, triunfa“ gehalten hat. Die FSLN achtet darauf, daß die Partner alle Schritte mitgehen. Die Landvergabe an Demobilisierte der Sandinistischen Armee und des Widerstandes (der sogenannten Contra) sowie das Autonomiegesetz haben darauf positiv eingewirkt.

Im Gesundheitswesen und in der Bildung wurde die Privatisierung rückgängig gemacht, das Schulgeld erlassen und die kostenlose medizinische Grundversorgung wieder eingeführt.

Die Versorgung mit Energie und Trinkwasser ist nach wie vor problematisch. Die liberalen Parteien hatten im Zuge der Privatisierungsgorgien der Union Fenosa, einem spanischen Energiekonzern, das gesamte Verteilungsnetz zugeschanzt.

Dieses Unternehmen akzeptiert die Einspeisung von Energie aus den neuen und staatlichen Kraftwerken nur, wenn sie kostenlos erfolgt. Das führte dazu, daß die von der Kooperation Nicaragua-Venezuela ALBANISA geplanten Effekte noch nicht wirksam geworden sind. Die Regierung verhandelt immer noch mit Union Fenosa. Ein Durchbruch ist vorerst nicht in Sicht. Probleme gab es in der Versorgung mit Kraftstoff. ESSO hatte abgelehnt, jenes Rohöl zu bunkern, zu verarbeiten und zu verkaufen, das aus der Kooperation mit Venezuela stammt. Jedoch deutet sich hier ein positives Verhandlungsergebnis an.

Trotz großer Anstrengungen erreichte Ortega Kabinett noch keine einschneidenden Veränderungen. Außerdem haben der Hurrikan Felix und die ihm folgenden Überschwemmungen in den Regionen der Atlantikküste tiefe Spuren der Zerstörung hinterlassen und das Aufbauwerk gebremst.

Die neue Regierung bot allen Klassen und Schichten, Organisationen und Institutionen die Zusammenarbeit an, auch COSEP. Dieser erklärte indes seine Philosophie: „Indem wir Reichtum schaffen, bekämpfen wir die Armut.“ Daniel Ortega und sein Vize Morales antworteten darauf, daß man das Privateigentum respektieren, ihm aber keine Geschenke machen werde. Der Ton von COSEP ist daraufhin schärfer geworden. Nicaraguas Kapitalisten fordern Mitentscheidungsrecht in allen politischen, wirtschaftlichen und fiskalischen Fragen. Die rechte Opposition in der Nationalversammlung, die angeblich über die Reinheit der Demokratie wacht, unterstützt dieses undemokratische Verlangen. Die Regierung ist bereit, COSEP Rechte im Rahmen des Dekrets über die Räte der Bürgermacht einzuräumen.

Ortegas Equipe arbeitet mit der Versöhnungskommission zusammen, die von Kardinal Obando y Bravo geleitet wird und vor 20 Jahren im Ergebnis der Friedensverhandlungen von Esquipulas unter dem damaligen Präsidenten Daniel Ortega zustande kam. Das führte zu einem vorläufigen Frieden der katholischen Kirchenhierarchie mit der FSLN. Allerdings hat ihn die Regierung mit ihrer Zustimmung zu dem von den rechten Parteien kurz vor den Wahlen durchgepeitschten reaktionären Gesetz über das Verbot der therapeutischen Schwangerschaftsunterbrechung teuer bezahlt.

Die neue Regierung und die FSLN stützen sich bei der Dekretierung und Durchführung von Maßnahmen auf die Räte der Bürgermacht. Diese sind die Fortsetzung der in den Oppositionsjahren der FSLN entstandenen Bürgerkomitees, mit denen die Frente „von unten weiterregierte“. Die Räte der Bürgermacht werden von der rechten Opposition hart attackiert.

Die größte Gefahr droht Ortega Leuten von deren Gegnern in der Nationalversammlung, zu denen inzwischen auch die von der Europäischen Linkspartei als angeblich linke Alternative zur FSLN hochstilisierte Sandinistische Erneuerungsbewegung MRS gehört. Sie greift die neue Macht nicht frontal an, sondern schießt ihre vergifteten Pfeile auf die FSLN, auf den Präsidenten und dessen Ehefrau ab. Die rechte Opposition schürt angesichts der noch nicht gelösten Probleme Unfrieden und übt einen regelrechten Medienterror aus. Sie droht mit Boykott im Parlament und mit Neuwahlen. Sie bezichtigt Ortega und die FSLN, das Land in den Ruin zu führen, die Wirtschaft zu destabilisieren, die Demokratie zu untergraben und eine neue Diktatur errichten zu wollen.

Die Regierung schaffte es, mit dem Internationalen Währungsfonds ein Abkommen zu schließen. Das könnte in Gefahr geraten, wenn es ihr nicht gelingt, dem IWF den von der Nationalversammlung absegneten Haushalt vorzulegen. Die Opposition droht für den Fall mit Blockade, daß die von der Nationalversammlung zunächst bestätigten Räte der Bürgermacht nicht abgeschafft und der Amnestie für schon früher abgeurteilte ehemalige Funktionsträger wie Expräsident Alemán nicht zugestimmt wird.

Was hat es damit auf sich? Aus einem Bericht des Obersten Rechnungshofes der Republik ging hervor, daß die Zentralbank Nicaraguas in den Jahren 2000 bis 2002 per Präsidentendekret (damals war Alemán Staatschef) Kredite in Höhe von fast 6 Milliarden Cordoba an fünf andere Banken vergab, um diese vor dem Bankrott zu retten. Die Schulden dieser Privatbanken resultierten aus einer bevorzugten Kreditpolitik gegenüber Anhängern der Regierung Alemán.

Die FSLN spricht von der Fortsetzung der Sandinistischen Volksrevolution unter neuen Bedingungen. Sie versteht darunter den lateinamerikanischen Integrationsprozeß und die veränderten innenpolitischen Voraussetzungen.

Wolfgang Herrmann, Dreesch

Der Marxistische Bildungskreis der RF-Regionalgruppe Rostock

lädt zum **17. April um 15 Uhr** nach Evershagen, Maxim-Gorki-Straße 52 (Mehrgenerationenhaus), ein.

Prof. Dr. Christa Luft spricht über

Ökonomische Gesetzmäßigkeiten des entfesselten Kapitalismus

Unmittelbar vor der Wahl des Staatsrates erklärte Kubas Präsident Fidel Castro, er kandidiere nicht mehr für hohe Ämter, bleibe aber „ein Soldat der Ideen“. Schon kurz vor Jahreswechsel hatte er in einem Brief an das kubanische Volk angekündigt, fortan nur noch Berater sein und „Jüngeren den Weg nicht verstellen“ zu wollen.

Diese persönliche Entscheidung des großen Revolutionärs zeigt erneut, welche Eigenschaften eine kommunistische Führerpersönlichkeit auszeichnen sollten: nicht ewig auf Posten auszuharren oder Machtfülle zu demonstrieren, wenn das Leben Alternativen verlangt, sondern rechtzeitig einen anderen Platz einzunehmen.

Fidel Castro stand fast ein halbes Jahrhundert an der Spitze Kubas und rechtfertigte das durch die Qualität seines politischen Leitungsstils. Begründer des sozialistischen Karibikstaates und anerkannter Spitzenpolitiker der KP Kubas, wies er nicht nur dem eigenen Volk auf einzigartige und beispielgebende Weise den Weg, der zu historischen Errungenschaften führte, die für ganz Lateinamerika vorbildlich sind. Fidel widersetzte sich der haßerfüllten und feindseligen Politik des USA-Imperialismus, die sich

Fidel Castros Adieu ist kein Abschied Leninsche Führungsqualitäten



unter Bush noch verschärfte. Wie oft trachtete die CIA Castro nach dem Leben! Alle gegen ihn gerichteten Anschlagpläne scheiterten jedoch. Ebenso erfolglos blieb der immer wieder unternommene Versuch, Kuba

von seinem Kurs abzudrängen. Es war der Umsicht Castros und der von ihm formierten Führung Kubas zu danken, daß deren massenverbundene Politik beim Volk bis heute mehrheitliche Unterstützung findet.

Auch wenn er jetzt in die zweite Reihe zurücktritt und Raul seinen Platz im Staate einnimmt, kann man sich Kuba zu Fidels Lebzeiten ohne ihn nicht denken. Er bleibt bis zum letzten Atemzug der wichtigste Berater seiner Genossen und aller wahren Revolutionäre Lateinamerikas.

Besonders ist seine Fähigkeit zu Kritik und Selbstkritik hervorzuheben. Diese Offenheit und Volksverbundenheit haben ihm das Vertrauen und die Liebe der Kubaner eingebracht. Wenn Fidel fortan, wie er schrieb, seine Erfahrungen und Ideen, „deren Wert sich aus der außergewöhnlichen Epoche ergibt, in der ich gelebt habe“, den Jüngeren weitergeben will, dann beweist das nicht nur die Bescheidenheit und Größe dieses revolutionären Führers von Leninschem Format, sondern zeigt auch seine Überzeugung davon, daß die herangewachsenen und künftigen Generationen das Werk ihrer Väter verantwortungsbewußt fortsetzen werden.

Hätte es doch nur in allen sozialistischen Staaten Europas Spitzenpersönlichkeiten wie Fidel Castro, den Führer der KP Kubas, oder Vietnams Ho Chi Minh gegeben! Wie wäre deren Entwicklung wohl verlaufen, wenn sich die menschlichen und politischen Qualitäten solcher herausragenden Gestalten der internationalen Arbeiterbewegung auch dort durchgesetzt hätten?

Dr. Rudolf Dix

Albanische Separatisten unter dem Sternenbanner Das „unabhängige“ Kosovo

Am 17. Februar 2008 proklamierte die einstige Führung der antiserbischen Banditenorganisation UCK unter dem jetzigen „Premierminister“ und früheren Terroristenboß Hashim Thaci einseitig die „Unabhängigkeit“ der serbischen Provinz Kosovo. Das Gebiet will sich fortan als „souveräner Staat“ ausgeben. Die völkerrechtswidrige Abtrennung erfolgte unter dem rigiden Besatzungsregime von Truppen der USA, der BRD und anderer NATO-Mächte, die als UNO-Kontingente posieren. Nicht zufällig flatterten über den Demonstranten in der Regionalhauptstadt Pristina neben albanischen Fahnen auch unzählige Sternenbanner.

Der italienische General Fabio Mini – er war zwischen 2002 und 2003 Kommandierender der NATO-Verbände im Kosovo – ließ sich durch die Potemkinschen Dörfer der „Festsitzung des Parlaments“ nicht irreführen. Von der „Unabhängigkeit“ profitiere keineswegs die Bevölkerung des separierten Landstrichs. Vor allem jene, welche ohnehin bereits alle Fäden in der Hand hätten, bögen Nutzen aus ihr. General Mini nannte explizit Hashim Thaci, der „Geschäfte mit den Erdölgesellschaften macht“, seinen Amtsvorgänger Ramush Haradinaj, der vor dem Jugoslawien-Tribunal in Den Haag erscheinen mußte, den früheren „Ministerpräsidenten“ Agim Ceku und den steinreichen Unternehmer Behgjet Pacolli, „der neue Freiräume sucht, um Geld seines Imperiums anzulegen“.

Kosovo steht vollständig unter Kontrolle der NATO, die sich aus taktischen Gründen der UNO-Hilfsdienste versichert. Natürlich sind auch die EU und da in erster Linie die BRD involviert. Das abgetrennte Territorium – bislang auf Energieversorgung und Lebensmittelbelieferung aus Serbien angewiesen – ist wirtschaftlich allein nicht lebensfähig. Es besitzt faktisch keine Industrie. 60 % der Bewohner Kosovos sind arbeitslos – weit über die Hälfte der Bevölkerung ist jünger als 25 Jahre. Kosovo lebt vor allem von den Überweisungen zahlreicher Albaner, die sich in Westeuropa und Übersee eingerichtet haben. „Le Monde Diplomatique“ nannte den Separatistenstaat „eine soziale Zeitbombe“.

Die „internationale Gemeinschaft“ ist in der Kosovo-Frage gespalten. Während die imperialistischen Hauptmächte – besonders USA und BRD – den Bastard hätscheln und auf dem Schoß wiegen, lehnen Spanien und neun weitere EU-Länder eine Anerkennung Pristinas ab. Unmißverständlich wenden sich Serbien und Rußland, aber auch das Sicherheitsratsmitglied

China gegen die völkerrechtswidrige Proklamierung des neuen Gebildes, das überall dort Nachahmer finden könnte, wo es nationale Minderheiten gibt.

„Diese Entscheidung wird als unumkehrbar präsentiert, birgt aber das Risiko, verschiedene in der Region schwelende Brände zu reaktivieren“, bemerkte „Le Monde Diplomatique“.

Nach Bekanntwerden der Abtrennung Kosovos durch Thakis UCK-Regierung hat die Ständige Arbeitsgruppe des Internationalen Treffens der Kommunistischen und Arbeiterparteien am 16. Februar auf ihrer Tagung in Lissabon einen Beschluß

gefaßt, mit dem auf mögliche ernste Folgen einseitiger und eigenmächtiger Grenzveränderungen hingewiesen wird. Das Beispiel Kosovos könne Schule machen und neue Konflikte, Kriege und Interventionen nach sich ziehen. Alle Regierungen sollten sich deshalb der diplomatischen Anerkennung eines „unabhängigen Kosovo“ und der Entsendung von Truppen in die Region enthalten.



R. F., gestützt auf „Solidaire“, Brüssel

Warum man das Unrecht des Slánský-Prozesses nicht unterschlagen darf Der Wahrheit die Ehre geben

Der slowakische Nationalaufstand gegen die deutsch-faschistischen Besatzer und deren Marionette Tiso, angeführt durch den aus einem breiten Bündnis von Demokraten und Kommunisten hervorgegangenen Slowakischen Nationalrat und eine verzweigte Partisanenbewegung, die sich bereits zu einer Slowakischen Armee formiert hatte, behauptete sich in der zweiten Hälfte des Jahres 1944 fast drei Monate. Die herbeigerufene Übermacht der Deutschen zwang die Teilnehmer des Aufstands, sich bis zum Einmarsch der Roten Armee im Frühjahr 1945 in die Berge zurückzuziehen. Eine herausragende Persönlichkeit dieser Periode war der maßgeblich an der Volkserhebung beteiligte 43jährige Rudolf Slánský, ein jüdischer Kommunist. Seine Genossen hatten ihn schon 1929 als 28jährigen in das ZK der Tschechoslowakischen Kommunistischen Partei gewählt. Nach der Befreiung durch die Rote Armee wurde er 1945 Generalsekretär der Partei und war als solcher exponiert an der im „RotFuchs“ beschriebenen Umwälzung vom Februar 1948 beteiligt. 1951 wurde Slánský jedoch auf Verlangen Klement Gottwalds seiner Funktion enthoben.

Ende jenes Jahres stand er – in einem auf Moskauer Betreiben in Szene gesetzten Schauprozeß – wegen „titoistischer und zionistischer Umtriebe“ vor Gericht. Er wurde wie die meisten seiner Mitangeklagten zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Das auf fadenscheinige „Beweise“ und unwahre Behauptungen gestützte Urteil löste in der internationalen kommunistischen Öffentlichkeit unter den Bedingungen des Aufatmens im schwer erkämpften Frieden Bestürzung aus. Rudolf Slánský war bekannt und geachtet. Die Passanten der Prager Innenstadt oder in Bratislava erstarrten vor den Straßenlautsprechern, die das Verfahren live aus dem Gerichtssaal übertrugen. Der bereits Todgeweihte beschwor mit gebrochener Stimme seine Landsleute, dem neuen Generalsekretär und Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik Klement Gottwald treu zu folgen. Vielleicht hatte man Slánský 1951 für einen solchen Appell das Leben versprochen – wir wissen es nicht. Nach all dem, was geschehen ist, erscheint es mir bedenklich, 57 Jahre später dem „RotFuchs“-Leser von der „Prager Lektion“ zu berichten und Klement Gottwald als „lichte Gestalt“

darzustellen. Daß sich die Februar-Ereignisse „auf dem Boden der Verfassung“ vollzogen, kann nur glaubwürdig sein, wenn zugleich eingestanden wird, daß Präsident Gottwald nur drei Jahre danach den Boden der Verfassung verließ, um ein ihm empfohlenes Justizverbrechen – den Slánský-Prozeß – in Auftrag zu geben. So sahen in dem Beitrag (RF 121) nicht näher erwähnte „Folgen des Februarsieges“ aus. Es handelt sich dabei um düstere Kapitel der Geschichte, die durch Klitterung nicht aufgeheilt werden. Wenn wir uns schon an ein so widersprüchliches Thema heranwagen, sollten wir den Boden der Tatsachen nicht verlassen.

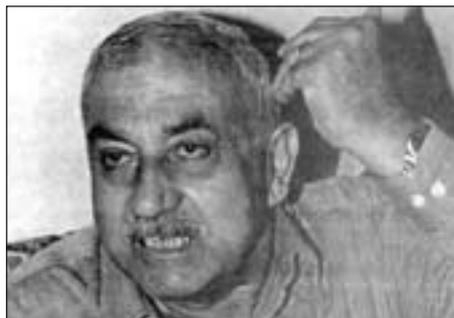
Die Beteuerungen des Kommunisten Rudolf Slánský auf der Anklagebank halfen nichts. Er wurde erst 1963, also zehn Jahre nach Stalins Tod, durch die KP der Tschechoslowakei rehabilitiert. Wir sollten die einst verstoßenen Genossen nicht auch noch heute verleugnen, weil das einer neuerlichen Verurteilung de facto gleichkäme, sondern – fern aller Opferrituale – lernen, ihren Mut, ihre Ergebenheit, ihren Kampfgeist zu bewundern, was sich positiv auf unsere gesamte Bewegung auswirken dürfte. **Walter Ruge**

Zum Tode von George Habash (1925–2008) Der palästinensischen Sache ergeben

George Habash (Al Hakim – der Doktor) war einer der bedeutendsten und standhaftesten Männer des linken Flügels der palästinensischen Befreiungsbewegung. Er ist unlängst in der jordanischen Hauptstadt Amman gestorben, wo er seit dem Jahr 2000 das Ghad-al-Arabia-Studienzentrum geleitet hatte.

Genosse Habash, ein zielklarer marxistischer Analytiker, der zeit ihres Bestehens ein verlässlicher Freund der DDR war, stieß schon während der britischen Protektoratsherrschaft über Palästina zum antikolonialen, antiimperialistischen und antizionistischen Widerstand. Nach dem Studium übte er zunächst eine zweijährige Lehrertätigkeit aus, bevor er 1944 an der Beiruter Amerikanischen Universität das Medizinstudium aufnahm. Als die UNO im Jahre 1948 der Bildung des Staates Israel zustimmte, wurden George Habash und seine Familie wie 700 000 andere Palästinenser durch die Zionisten aus ihrer Heimat vertrieben.

Gründer der Arabischen Nationalen Bewegung, die sich für den bewaffneten Kampf in den okkupierten Gebieten aussprach, arbeitete Habash zunächst als Arzt in verschiedenen Flüchtlingslagern auf libanesischem Boden. Nach der arabischen Niederlage im Jahre 1967



formierten er und seine politischen Mitstreiter die Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP), die eine besonders aktive Rolle in der Auseinandersetzung mit den israelischen Unterdrückern spielt. Während ihre Taktik nicht immer auf die ungeteilte Sympathie aller Freunde der palästinensischen Sache stieß, wurde die zunehmende Orientierung der PFLP auf marxistische Positionen unter Linken in aller Welt mit Sympathie begleitet. Zunächst in Libanon angesiedelt, sah sich die PFLP-Führung nach der israelischen Invasion und der Vertreibung der PLO von dort zur Übersiedlung nach Damaskus gezwungen.

Entschieden widersetzte sich die zum linken Flügel der PLO gehörende PFLP dem

von USA-Präsident Reagan scheinheilig initiierten „Friedensprozeß“, der 1985 zunächst im Abkommen von Amman gipfelte und später mit den Osloer Verträgen seine Fortsetzung fand. George Habash unterstrich stets das Recht der Palästinenser auf Rückkehr in ihre Heimat. Anlässlich der 6. Konferenz der PFLP im Jahre 2000 hielt er als deren Generalsekretär seine Abschiedsrede. Habashes Nachfolger wurde Abu Ali Mustafa.

R. F., gestützt auf einen Nachruf der PFLP („The New Worker“, London)



Wenn ich mich mit dem Satan einlasse, geht's mir schlecht, heißt es im Koran.

USA-Präsidentschaftsanwärter: Gemeinsamkeiten und Unterschiede Bush setzt auf McCain

Im November wird in den Vereinigten Staaten ein neuer Präsident bestimmt. Es ist so sicher wie das Amen in der Kirche, daß er aus einer der beiden großen Parteien hervorgehen wird, die das amerikanische Monopolkapital für das politische Wechselbad bereithält: den die erste Reihe der Monopolbourgeoisie repräsentierenden Republikanern George Bushs oder den Demokraten, die im imperialistischen Hauptland auch das Spektrum von Gewerkschaften und dort nicht existenter Sozialdemokratie mit abzudecken haben. Unabhängige Kandidaten wie „Verbraucherschützer“ Ralph Nader haben demgegenüber keine Chance.

Zwei Themen stehen im Mittelpunkt der nationalen Aufmerksamkeit: Innenpolitisch ist das die Forderung nach einer umfassenden Krankenversicherung für alle USA-Bürger und außenpolitisch das Verlangen nach Rückzug der amerikanischen Truppen aus Irak. Erst im Sommer werden die offiziellen Bewerber um das höchste Amt der Vereinigten Staaten auf den Nominierungskonventen beider Parteien endgültig gekürt. Doch schon jetzt steht bei den Republikanern die Anwartschaft von Senator John McCain fest. Der ehemalige Bomberpilot, der über Vietnam abgeschossen wurde, ist eine etwas gemäßigtere Neuaufgabe von Bush. Auf ihm ruhen deshalb die Erwartungen des militärisch-industriellen Komplexes – also der ultrareaktionären Allianz des Pentagons mit der USA-Hochrüstungsindustrie. McCain ist – wie der derzeitige Präsident – entschiedener Gegner des Projekts einer allgemeinen Krankenversicherung. Man muß wissen, daß gegenwärtig mindestens 47 Millionen USA-Bürger im Erkrankungsfalle überhaupt nicht versichert sind. Der republikanische Favorit lehnt jede staatliche Intervention auf diesem lukrativen Sektor ab. McCain hat 2003 Bushs Überfall auf Irak ausdrücklich begrüßt und lediglich bedauert, daß der seinerzeitige Kriegsminister Donald Rumsfeld nicht sofort genügend Truppen dorthin entsandt hat. Der Senator setzt sich überdies für die weitere Aufstockung des US-Kontingents ein. McCain gilt als fanatischer Verteidiger Israels. 2006 begeisterte er sich für dessen Angriff auf Libanon.

Bei den Demokraten ist das „Spiel“ noch nicht entschieden. Hillary Clinton vom rechten Flügel der sich eher volkstümlich gebenden zweiten großbürgerlichen Partei ging als beinahe sichere Siegerin in die Primaries – die Vorwahlen für Anhänger der jeweiligen Partei, die in den einzelnen Bundesstaaten abgehalten werden. (Die Bürger können sich nur als Stammwähler der Repu-

blikaner und der Demokraten, aber auch als Unabhängige eintragen lassen.)

Inzwischen ist Hillary Clinton von Barack Obama – einem jugendlich und attraktiv wirkenden Senator, der als Mulatte besonderen Rückhalt bei schwarzen Wählern, aber aufgrund seiner Ausstrahlung auch bei Frauen, Jugendlichen und Arbeitern besitzt, in die Schranken gewiesen worden. Da der Abstand zwischen beiden Kandidaten auch nach den restlichen Vorwahlen nicht sehr groß sein dürfte, kann nicht ausgeschlossen werden, daß der Nominierungskonvent der Demokraten sich am Ende dazu entschließt, beide Bewerber als Kandidaten-Tandem für die Ämter des Präsidenten und des Vizepräsidenten aufzustellen.

Hillary Clinton propagiert einen „amerikanischen Plan der Gesundheitsauswahl“, der 110 Milliarden Dollar im Jahr kosten würde. Ihr Projekt beruht überwiegend auf „privater Vorsorge“, sieht aber auch die Einbeziehung derjenigen USA-Bürger vor, die bisher keinerlei Zugang zu regulärer medizinischer Betreuung haben.

Außenpolitisch ist Frau Clinton eine entschiedene Verfechterin der USA-gestützten „Sicherheit Israels“. Auch sie bejahte den Überfall auf Libanon. Am 16. Januar erklärte sie im Verlauf einer Fernsehdebatte in Las Vegas, sie könne nicht garantieren, daß während ihrer vierjährigen ersten Amtszeit als Präsidentin „bereits alle Soldaten aus Irak zurückgekehrt“ seien. Sie versprach jedoch, mit dem Abzug zu beginnen. Als ihr Mann Bill das höchste Staatsamt bekleidete, unterstützte die damalige „First Lady“ die Intervention

in Haiti (1994), den Bosnien-Krieg (1995), den militärischen Konflikt um das Kosovo und die damit verbundenen Luftangriffe auf Belgrad (1999). In einem Telefongespräch mit Bill Clinton, das sie von Afrika aus führte, forderte sie ihn auf: „Besteh auf der Fortsetzung der Bombardierungen!“

Barack Obama stellt sich als „Hoffnungsträger“ und „Mann des Wandels“ dar. Er wird von der einflußreichen Kennedy-Familie unterstützt. Obama tritt für ein „universelles Gesundheitswesen“ ein und findet es ungerecht, daß Dutzende Millionen Amerikaner keinen Versicherungsschutz genießen. Übrigens gehörte er zu den ersten Politikern der Demokraten, die sich gegen den Irak-Krieg aussprachen. Im Oktober 2002 nahm er an einer Bewilligungsabstimmung im Senat nicht teil. Daraus sollte man jedoch keine voreiligen Schlüsse ziehen. „Ich bin nicht gegen jeden Krieg, nur gegen stupide Kriege“, erklärte dieser Vertreter der afroamerikanischen Bourgeoisie. Obama votierte mehrfach gegen die Bereitstellung von Geldern für die fortgesetzte Okkupation Iraks. Andererseits setzt er sich für die Aufstockung der USA-Streitkräfte um 65 000 Soldaten und 27 000 Marines ein, womit er eine entsprechende „Idee“ von Bushs Kriegsminister Robert Gates aufgreift.

Barack Obama hat seinerzeit den damaligen israelischen Premier Ariel Sharon zu dessen Kampf gegen die palästinensische Hamas ausdrücklich beglückwünscht und den Angriff auf Libanon begrüßt. Von ihm stammen die Worte, Israel sei „der größte Alliierte der USA in der Region“.

Clinton und Obama sprechen sich für eine rasche „Regularisierung des Status illegaler Einwanderer“ aus. Beide Senatoren haben jedoch im September 2006 für die Errichtung eines 1100 km langen „Sperrzaunes“ an der gesamten Grenze zu Mexiko gestimmt.

Das Fazit: Der Republikaner McCain ist ganz offensichtlich der Wunschkandidat der extremen Reaktionäre des Landes. Was die beiden Bewerber der Demokraten betrifft, so gibt es zweifellos Unterschiede. Hillary Clinton stützt sich überwiegend auf eine bourgeoise Wählerklientel, zu der auch viele Frauen aus anderen Volksschichten und USA-Bürger lateinamerikanischer Abkunft gehören. Doch auch aus Barack Obamas Weißem Haus dürften im Falle seiner Wahl auf Dauer kaum Signale eines realen Wandels zu erwarten sein. Andere Akzente – z. B. in bezug auf Kuba – sind allerdings nicht auszuschließen.



Die aussichtsreichsten USA-Präsidentschaftsanwärter sitzen auf Bergen von Geld.

**K. S., gestützt auf „Solidaire“,
Brüssel, und andere Quellen**

Der Internationale Währungsfonds (IWF) ist das Hauptinstrument zur „finanziellen Disziplinierung“ von Staaten und Völkern der Dritten Welt. Genauer ausgedrückt: zu deren ökonomischer Strangulierung. Er vergibt an die Regierungen schwach entwickelter Länder unter drakonischen Auflagen scheinbar verzuckerte Kredite und „Fördermittel“. Oder auch: Er ist ein Würgeisen aus Gold.

Einer der Vorgänger des heutigen IWF-Direktors Dominique Strauss-Kahn war übrigens der heutige Präsident der Bundesrepublik Deutschland Horst Köhler, der sich inzwischen mehr aufs Dauerlächeln eingestellt hat, das ihm sein hohes und nichtssagendes Amt vorzuschreiben scheint.

Doch wenden wir unsere Aufmerksamkeit lieber dem jetzigen Chef der in Washington angesiedelten mächtigen Institution zu. DSK – wie er kurz genannt wird – ist kein Christ-, sondern ein Sozialdemokrat, sogar ein namhafter Führer der französischen PS. Er diente nacheinander als Minister für Industrie, für Ökonomie und für Finanzen, war also ein intimer Vertrauter der Monopolbourgeoisie seines Landes – gewissermaßen Frankreichs Müller, Clement oder Steinbrück. Erst nachdem er sich hierdurch als rechter Flügelmann der PS bewährt hatte, wurde er für tauglich befunden, nun auch international von der Kette gelassen zu werden.

DSK war übrigens nicht nur Spielgefährte der Finanzoligarchie seines Landes, sondern leitete zwischenzeitlich auch die unter keinem günstigen Stern stehende Präsidentschaftskampagne des dama-

Ein „Sozialdemokrat“ an der Spitze des IWF: Dominique Strauss-Kahn Würgeisen aus Gold

ligen sozialistischen Parteichefs Lionel Jospin. Zu den persönlichen Freunden des heutigen IWF-Direktors gehört Monsieur Denis Kessler, Ex-Vizepräsident des allmächtigen Unternehmerverbandes Medef. DSK war selbst auch Vizepräsident des sogenannten Industriezirkels, der wichtigsten Konzernlobby Frankreichs, die der damalige Renault-Boß Raymond Levy 1994 gegründet hatte.

Etwas zu den Interna des IWF – der derzeitigen „Wirkungsstätte“ von Mr. DSK. Alle Macht dieses „Finanzinstituts“ konzentriert sich in den Händen eines Verwaltungsrats, an dessen Spitze der Direktor steht. Das Gremium ist eine Art „Aufsichtsrat“, dem die wichtigsten Vertreter des weltweiten Monopolkapitals angehören. Seine Funktion besteht darin, die „neoliberale“ Politik der Zentrale international durchzusetzen. Im IWF besitzen die USA de facto ein Vetorecht. Die einsetzbaren finanziellen Ressourcen der Institution werden derzeit mit 350 Milliarden Dollar ausgewiesen. Der IWF, der mit der Weltbank und anderen imperialistischen Organismen verzahnt ist, handelt mit den in seine Netze geratenen Regierungen „Strukturanpassungspläne“ aus. In der Praxis heißt das: Er schafft optimale Voraussetzungen für das Eindringen der multinationalen Unterneh-

men in die Volkswirtschaften schwacher und abhängiger Länder, denen stets mit weiterem Sozialabbau verbundene Forderungen nach „erhöhter Rentabilität“ auferlegt werden. Zu den konkreten Maßnahmen des IWF gehört die „Öffnung eines Landes für ausländische Investitionen und den Welthandel“, die „Liberalisierung und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes“ sowie die „Verschlankung des Staates“ durch aufgezwungenen Verkauf öffentlichen Eigentums. Die Budgets der als Opfer auserkorenen Staaten werden in der Regel durch erzwungene Steueranhebungen „ausgeglichen“. Wo immer der IWF in Aktion tritt, kommt es zum „Abbau von Arbeitsplätzen“.

Diesen mörderischen Organismus kommandiert jetzt der „Sozialdemokrat“ DSK. Um das Amt antreten zu können, brauchte er den Segen der USA. Das hindert den höchstdotierten Manager dieser führenden Instanz des Weltimperialismus keineswegs daran, sich weiterhin als „Mann des Fortschritts“ und der „französischen Linken“ auszugeben.

Wie man sieht, sind die sozialdemokratischen Parteien des Westens inzwischen zu den entschiedensten Verteidigern der Kapitalinteressen abgestiegen.

**R. F., gestützt auf
„Coordination Communiste“, Paris**

Den Hetzern ins Stammbuch



Ernst Thälmann mit einem sowjetischen Seemann und einem chinesischen Arbeiter auf dem Gautreffen des RFB Wasserkante in Hamburg am 21. Juni 1925.

Angesichts der vom Imperialismus und seiner Dalai-Lama-Agentur organisierten Verleumdungskampagne gegen Beijing bekräftigen wir unsere feste Verbundenheit mit den chinesischen Genossen.

Wir trauern um einen der Treuesten unter den Treuen.
Der große Arzt, standhafte Kämpfer und warmherzige Mensch

**Prof. Dr. med.
KURT FRANKE**

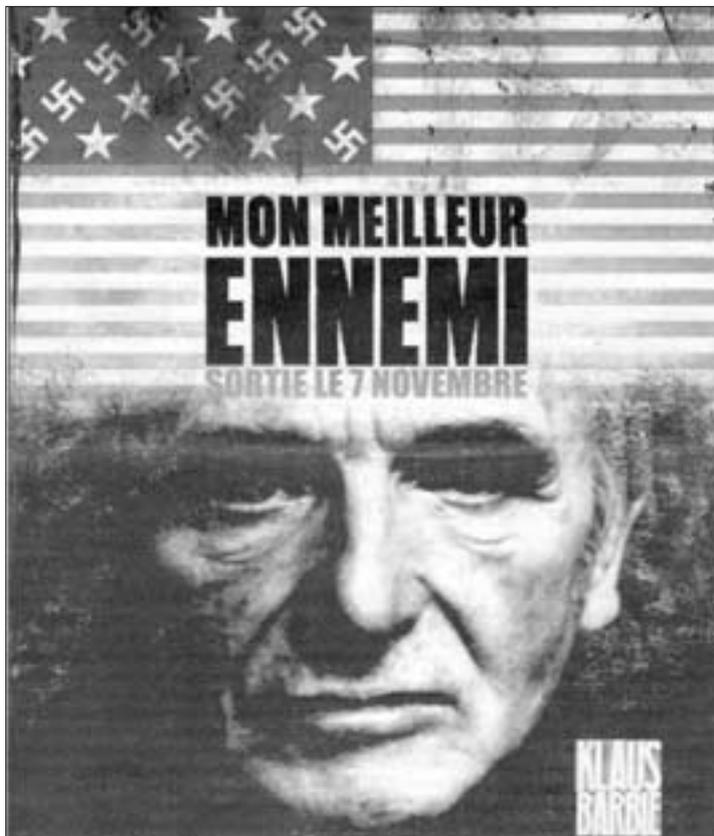
aus Berlin ist am 5. März im Alter von 81 Jahren an Leukämie gestorben.
Er war der Sache des Sozialismus und dem „RotFuchs“ fest verbunden.
Seiner Frau Anneliese und der Familie gilt unser Mitgefühl.

Aus dem „Schlächter von Lyon“ wurde ein Agent von CIC und CIA Klaus Barbies Metamorphose

Der Dokumentarist Kevin MacDonald hat im November 2007 seinen Film „Mein Lieblingsfeind“ präsentiert. Der anderthalbstündige Streifen schildert den Weg des als „Schlächter von Lyon“ in die Geschichte eingegangenen Gestapomanes Klaus Barbie vom Henker der Nazis zum Agenten der USA-Geheimdienste CIC und CIA. In Bolivien setzte er im amerikanischen Auftrag die Spürhunde einer Spezialeinheit der dortigen Armee auf die Fährte Che Guevaras.

Zu den Zeitzeugen, denen Mac Donald das Wort erteilt, gehören frühere CIA-Mitarbeiter, bolivianische Ex-Generäle, durch Barbie gefolterte französische Résistance-Kämpfer, ehemalige Minister und der Gestapochof selbst. Dessen Karriere verlief „geradlinig“: 1933 wurde er als 20jähriger vom Sicherheitsdienst (SD) der SS rekrutiert. 1942 schickte man den inzwischen Avancierten nach Lyon, wo sich zu jener Zeit der antifaschistische Widerstand bündelte. Barbie sollte „reinen Tisch“ machen. Er übernahm die für „politische Fälle“ zuständige Abteilung IV. „Ich war gekommen, um zu töten. Darin bestand meine Mission“, bekannte er Jahre später vor der Kamera. Der Gestapochof wütete unter Juden, Kommunisten und Partisanen. Barbie erprobte neuartige Vernehmungs- und Foltermethoden, darunter auch eine als „heißes Bad“ bekanntgewordene Tortur.

1946 wurde das Counterintelligence Corps (CIC) der Amerikaner auf den „Experten“ aufmerksam. Nach der Devise „Der Feind meines Feindes ist mein Freund“ stellte es Barbie unter seinen Schutz. Als erfahrener Kommunistenjäger paßte er genau in das Schema der USA-Geheimdienstler. Ein gewisser Robert Taylor rekrutierte ihn für das CIC. Barbie wirkte fortan beim Ausbau des Spionagesetzes der Amerikaner in Deutschland, Frankreich und Rumänien mit. Vier Jahre lang bewohnte er eine Luxusvilla und half dabei, die KPD und die FKP zu infiltrieren.



Klaus Barbie entwarf für das Militär seines „Gastlandes“ die Strategie zum Aufspüren der linken Freiheitskämpfer. Am 17. Juli 1980 war der deutsche Gestapomann abermals in einen bolivianischen Militärputsch verwickelt. Diesmal spielte er sogar eine Schlüsselrolle im Komplott rechtsradikaler Offiziere und seines eigenen antikommunistischen Netzwerks, die mit dem Geld des Drogenbarons Luis Arce Gomez den Staatsstreich organisiert hatten. Das Ziel war eine faschistische Achse, die bis nach Chile reichen sollte. Gomez erklärte in einer Botschaft: „Alle Gewerkschaftsführer und sämtliche Kommunisten müssen das Land sofort verlassen.“ Die bolivianische Kokainmafia und deren Regierung setzten ihre mit den Interessen der USA kollidierenden Geschäfte fort, worauf sie Washington fallen ließ. Das bedeutete auch für Barbie, der tief in die Operationen verstrickt war, das Ende. 1983

Ende der 40er Jahre wurde ihm der Boden in Europa zu heiß. Ehemalige Widerstandskämpfer hatten dem Gestapohenker nachgestellt und herausgefunden, daß er inzwischen für das CIC tätig war. Im Dezember 1950 verschaffte ihm dieses eine neue Identität. Er wurde auf der sogenannten Rattenlinie des Vatikans nach Lateinamerika ausgeschifft und nannte sich jetzt Klaus Altmann. Am 23. April 1951 traf er in La Paz ein. Bald schloß er Freundschaft mit hohen Chargen der durch das Pentagon personell gesteuerten bolivianischen Streitkräfte.

1964 kam eine Junta unter dem faschistischen General Barrientos an die Macht. 1967 vernichteten Truppen seines Regimes die Guerilla-Einheit Ernesto Che Guevaras.

wurde er an Frankreich ausgeliefert, und am 3. Juli 1987 verurteilte ihn ein Gericht in Lyon zu lebenslanger Haft. „Ihr alle habt mich gebraucht“, sagte der Gestapochof und spätere USA-Agent in seinem letzten Wort. „Doch heute stehe ich allein vor diesem Tribunal.“

Der Filmemacher Kevin MacDonald bekannte: „Ich wollte zeigen, daß der Faschismus durch die Sieger benutzt worden ist, um jene Welt zu schaffen, in der wir heute leben. Ich denke, daß der Film für das Verständnis unserer derzeitigen politischen Situation wichtig ist.“

R. F., gestützt auf einen Beitrag von Peter Mertens in „Solidaire“, Brüssel

Dr. Klaus Steiniger in Cottbus

Der RF-Chefredakteur ist am **12. April um 10.30 Uhr** in der dortigen Regionalgruppe zu Gast. Er spricht über

Probleme, Rückschläge und Erfolge der revolutionären Weltbewegung

Die Zusammenkunft findet im Brandenburger Hof, Friedrich-Ebert-Str. 33, statt.

Rolf Berthold in Erfurt

Der Botschafter a. D. und Vorsitzende des RF-Fördervereins spricht am **26. April um 10 Uhr** in der Gaststätte „Melchendorfer Klause“, Singerstraße 114, in Erfurt, auf einer Veranstaltung der Regionalgruppe.

Sein Thema:

China in der Welt von heute

Am **26. April** begeht der angesehene Arbeiterzeichner und langjährige Karikaturist des „RotFuchs“

Genosse

Heinz Herresbach

in Treuenbrietzen

seinen **70. Geburtstag**.

Heinz hat sich durch seinen parteiichen Standpunkt und seinen treffsicheren Strich große Sympathien bei vielen Freunden erworben.

Herzlichen Glückwunsch, lieber Weggefährte!

Die Lebensbeichte des Bundeswehrgenerals Komossa Nur Plaudereien aus dem Nähkästchen?

Der Generalmajor der Bundeswehr a. D. Gerd-Helmut Komossa hat ein Buch geschrieben. Nun ist das an sich kein Ereignis, über das man ein Wort verlieren müßte. Doch angesichts der anhaltenden Geschichtsfälschungen über die letzten 75 Jahre, angesichts der verleumderischen Theorie von den „zwei Diktaturen“ in Deutschland, angesichts aller Versuche, Faschisten demagogisch als „Nationalsozialisten“ den Kommunisten gleichzusetzen, empfehle ich politisch Interessierten, dieses Buch aufmerksam lesen.

Gerd-Helmut Komossa brachte nach eigener Auffassung all das mit, was ihn zum Bundeswehrgeneral befähigte: Mit seinem Geburtsjahrgang 1924 schaffte er es gerade noch, Leutnant der faschistischen Armee zu werden, und gegen die Rotarmisten zu kämpfen. Seine ostpreußische Herkunft war für den Soldatenberuf geradezu prägend. Und Kenntnisse der russischen Sprache brachten in den vier Jahren Kriegsgefangenschaft nicht nur bevorzugte Behandlung, sondern auch die Möglichkeit, den Kommunisten etwas von „Demokratie“ zu vermitteln. Komossa will mit seinem „Werk“ mindestens drei Anliegen bedienen:

Erstens will er einen Blick hinter die Kulissen eines „historischen Dramas“ gewähren, wobei die Zeit von 1955 bis 2005 im Mittelpunkt steht. Zweitens möchte er Deutschland und jene Deutschen, die Soldaten waren, in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen stellen. Und drittens soll der Versuch unternommen werden, das Verhältnis und die Zusammenarbeit zwischen deutschen und alliierten Militärs im Alltag ihres Dienstes vorzuführen.

Mir scheint, diesem Anliegen ist der General a. D. gerecht geworden. Das „historische Drama“ beginnt mit der Aufstellung von Streitkräften in der Bundesrepublik Deutschland. Ausgehend von einem unter „strengster Vertraulichkeit“ stehenden „Geheimen Staatsvertrag vom 21. Mai 1949“, in dem grundlegende Vorbehalte der Sieger für die Souveränität der Bun-

desrepublik bis zum Jahre 2099 (!) festgeschrieben seien, wurde gerade soviel Souveränität gewährt, wie für diesen Schritt nötig war. Im Staatsvertrag seien übrigens auch „der Medienvorbehalt der alliierten Mächte über deutsche Zeitungen und Rundfunkanstalten“ fixiert, wie auch die Regelung, daß „jeder Bundeskanzler Deutschlands auf Anordnung der Alliierten vor Ablegung des Amtseides die sogenannte „Kanzlerakte“ zu unterzeichnen hatte. Darüber hinaus blieben die Goldreserven der Bundesrepublik gepfändet.“ Der Autor klärt uns leider nicht darüber auf, ob die Regelungen auch weiterhin gelten.

In diesem Kontext entschließt sich der am Beginn einer Beamtenlaufbahn stehende Komossa, als Oberleutnant seine (Ost-)Erfahrungen in die Bundeswehr einzubringen. Und er fühlt sich wohl unter den alten Kameraden aus der Wehrmacht! Wer sonst, wenn nicht „die besten Soldaten der Welt“, hätten die Amerikaner gegen die kommunistische Gefahr unterstützen sollen? Und so dient sich Komossa durch NATO-Stäbe hoch, arbeitet an der Planung der nuklearen Vernichtung Europas mit, welche die Bundesregierung kaum interessiert. Er besucht Akademien, wird Chef des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) unter SPD-Minister Georg Leber, der ja wenigstens Unteroffizier im Zweiten Weltkrieg war: „Es erwies sich als eine glückliche Wahl, einen Verteidigungsminister zu ernennen, der als Soldat im Kriege an der Front gestanden und das Soldatsein auf der Mannschaftsstube erlebt hatte.“

Ob im Bundesministerium der Verteidigung oder als Kommandeur der unterschiedlichsten Kampfverbände, immer traf man auf Männer wie „Brigadegeneral Hantel, Ostpreuße und ein Soldat, wie ihn nur die Deutsche Wehrmacht hervorbringen konnte. Er war Leiter der Unterabteilung. Er kannte in der Erfüllung der Dienstpflichten keine Kompromisse, und was befohlen war, das wurde auch

gemacht. So hatte er es noch in den Spätjahren der Reichswehr gelernt. Man mag es nicht glauben, doch die Reichswehr mit ihrem Korpsgeist wirkte über die Wehrmacht hinaus noch tief in die Bundeswehr hinein. Wer in der Reichswehr gedient hatte, der war ein guter Soldat. Und wer die Kriegsschule besucht hatte, der war für jede gehobene Verwendung gut zu gebrauchen.“

Da kann man nur danken, Herr General, das ist endlich Klartext aus dem Munde eines Zeitzeugen. So sind nun mal die Ostpreußen, „also zuverlässig und treu, gewissenhaft und bescheiden.“ Und derart moderat plaudert General Komossa dann über seinen Anteil an der Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen durch einen persönlichen Brief an die sowjetische Führung, über Politiker, Militärs, Kriegsplanungen, Wagneroperen, Militärkonzerte, Truppenführung, Agentenabwehr, und immer wieder über aktuellste militärpolitische Fragen. Das geht über den Konflikt im Nahen Osten, Irak und Iran bis zur neuen Rolle Chinas und Rußlands. Und immer ist eine Prise revanchistisches Gedankengut („das mit Ostpreußen ist doch nicht gerecht“) enthalten.

Der Autor regte gegenüber dem Bundeskanzler 1993 an, die „Feindstaatenklausel“ aus der UN-Charta streichen zu lassen. Kohl interessierte dies kaum. „Und im Sommer 2005 fiel in New York die Entscheidung: Deutschland bleibt außerhalb des Sicherheitsrates. Die Sieger des Zweiten Weltkrieges bleiben 60 Jahre nach seiner Beendigung weiterhin unter sich (...). Für diesen schrecklichsten der Kriege der Neuzeit gibt es keinen formalen Friedensschluß. Und wenn es einen begründeten Verdacht für deutsches Fehlverhalten gibt, wie man dies auch immer interpretieren mag, dann können die Truppen der Siegermächte in Deutschland einmarschieren. Wir bleiben durch unsere Freunde ‚gesichert‘.“

„Deutsches Wohlverhalten“ allerdings bedeutet Teilhabe an den Kriegen unserer Tage, und auch an der Beute. Und da sieht der Autor Afrika als unser nächstes Interessengebiet. Aber auch die Gefahren, daß wir Deutschland an die Russen verkaufen, der Islam uns durchdringt, Russen und Chinesen sich zusammentun werden thematisiert.

Mit General Komossa präsentiert sich eine ambivalente Persönlichkeit. Im Plauderton schreibend weist er auf Brisantes wie auch Ungeheuerliches aus den Büros der NATO und der Bundeswehr hin. Er resümiert sein Leben und blickt kaum optimistisch in die Zukunft. Und er weiß offensichtlich, warum er dies so formuliert.

Richard Georg Richter

Gerd-Helmut Komossa: Die deutsche Karte. Das versteckte Spiel der geheimen Dienste. 216 Seiten. Ares-Verlag Graz, 19,90 €, EAN 978-3-902475-34-3

Angebot aus Königsbrück

Ein bedeutender Künstler der DDR – Prof. Rudolf Sitte, Bruder des großen Malers Prof. Willi Sitte – droht der Vergessenheit anheimzufallen. Seine einstmals hochgeschätzten Werke der baugebundenen Kunst sind vielerorts bereits geschleift worden. Der dem „RotFuchs“ eng verbundene Meister, dessen Atelier sich in einem Pavillon des Schlosses Hermsdorf befindet, hat eine eindrucksvolle Mappe mit seinen Lebenserinnerungen und 20 handabgezogenen, signierten Linol- und Holzschnitten geschaffen, die für 50 Euro (zzgl. Versandkosten) bei ihm in einer nummerierten Ausgabe zu beziehen ist.

Adresse: Prof. R. Sitte, Gartenstraße 25, 01936 Königsbrück, Telefon 0162/ 3719270

Nichts fürchtet das deutsche Kapital mehr als den Sozialismus, der ihm im Osten des Landes vier Jahrzehnte lang Macht und Eigentum entzog. Trotz aller Hetze ist er aus vielen Köpfen partout nicht herauszubekommen. Könnten sich nicht erneut Bestrebungen zeigen, der Herrschaft der Monopolbourgeoisie ein Ende zu setzen? Muß man da nicht alle Register ziehen, um die DDR, die den Wert eines Lebens ohne Ausbeuter bewies, zu verteufeln?

So etwa mögen diejenigen denken, die sich hinter der Amadeu-Antonio-Stiftung mit dem Ziel versteckten, ihre Wanderausstellung „Das hat's bei uns nicht gegeben. Antisemitismus in der DDR“ in Szene zu setzen. Ausgerechnet der antifaschistische deutsche Staat wird durch deren Urheber des Antisemitismus bezichtigt. Es ist das Verdienst des bekannten Staats- und Rechtstheoretikers Detlef Joseph, eine Fülle von Quellen und Fakten zusammengetragen zu haben, die diese Unterstellung ad absurdum führen. Die angeblichen Beweise der Schau werden – Tafel für Tafel – widerlegt. Der Autor konfrontiert sie mit den Realitäten der DDR und deren Vorgeschichte; von den weltanschaulichen Grundlagen der Marxisten über geschichtliche Erfahrungen bis zum Kampf der Arbeiterbewegung gegen die Rassenlehre des Faschismus und ihr Gipfeln im Massenmord. In der SBZ bzw. der DDR wurden die sozialen und politischen Wurzeln des Antisemitismus ausgerissen. Waren – und sind! – es doch die Ausbeuterklassen und deren Ideologie, die Feindschaft zwischen Völkern, Rassen, Nationen und Angehörigen unterschiedlicher Glaubensbekenntnisse schüren, um sie vom Kampf gegen ihre eigentlichen und gemeinsamen Feinde abzuhalten.

Als Semiten bezeichnet man Menschen jener Völkergruppe, welche sich semitischer Sprachen bedient (nach Sem, dem Sohn Noahs, laut Altem Testament) und in Vorderasien sowie in Nordafrika lebt. Zu ihr gehören Araber, Hebräer, Äthiopier u. a. Historisch richtet sich der Antisemitismus jedoch vor allem gegen Juden in aller Welt, vom Mittelalter bis in unsere Tage.

Der für seine nationalistischen Positionen bekannte Zionismus ist nicht mit dem Judentum identisch. Dessen Verfolgung in vielen europäischen Ländern gab Anlaß zu Bestrebungen, den über den Globus verstreuten Juden eine gemeinsame Heimat zu geben, vorzugsweise in Palästina, am Jerusalemer Tempelberg Zion (Konzeption Theodor Herzls in seinem Buch „Der Judenstaat“, 1896). Rechte zionistische Kreise verbündeten sich überall mit der finstersten Reaktion, um dieses Ziel zu erreichen, zeitweise sogar mit deutschen Faschisten.

Als die UNO-Vollversammlung 1947 die Teilung Palästinas in einen jüdischen und einen arabischen Staat beschloß, wurde das von der UdSSR (und auch von der SED) ausdrücklich begrüßt. Nachdem sich Israel dann jedoch in die proimperialistische Speerspitze gegen die arabischen Nachbarstaaten verwandelt hatte, konzentrier-

Antizionismus und Antisemitismus sind zwei völlig verschiedene Dinge

Eine verleumderische Wanderausstellung

te sich die Solidarität der sozialistischen Staaten und der kommunistischen Parteien verständlicherweise auf die Unterstützung des anticolonialen Kampfes der Araber. Diese Solidarität gegen die zionistischen Machthaber in Tel Aviv und deren internationale Schirmherren darf auf keinen Fall mit Antisemitismus und Feindschaft gegenüber Juden verwechselt werden. Sie hat damit nicht das geringste zu tun. Auch dürfen der rabiate Antikommunismus der herrschenden Kreise Israels und deren Haß auf alle fortschrittlichen Kräfte nicht mit der progressiven Einstellung vieler jüdischer Menschen durcheinandergebracht werden.

In der Führung von DDR und SED gab es sowohl Nichtjuden als auch Juden. Geehrt wurden bei uns alle Kämpfer des antifaschistischen Widerstandes, welcher Weltanschauung sie auch anhängen. Faschistische Verbrecher, darunter überführte Judenmörder, wurden von den Gerichten abgeurteilt, das Eigentum der IG Farben und anderer Konzerne, die aus dem mörderischen Antisemitismus der Nazibande Riesenprofite gezogen hatten, konfisziert. Sicher gab es auch in der DDR Fehler und Entstellungen der sozialistischen Gesetzlichkeit. So verdächtigte man Anfang der 50er Jahre bedauerlicherweise auch einige redliche Leute – darunter Genossen jüdischer Abkunft – zu Unrecht, DDR-Feinde zu sein. Sie wurden später rehabilitiert. Aber stets galt das Prinzip des kämpferischen Antifaschismus. Die jüdischen Gemeinden der DDR erhielten großzügige Unterstützung. Rabbiner Martin Riesenburger und andere prominente Friedenskämpfer aus seinem Umfeld wirkten aktiv in der Nationalen Front des

demokratischen Deutschland mit. Filme wie „Ehe im Schatten“ oder „Professor Mamlock“, die Bücher von Bruno Apitz, Peter Edel, Rudolf Hirsch und Rosemarie Schuder, TV-Streifen wie „Sterne“, „Nackt unter Wölfen“ oder „Die Bilder des Zeugen Schattmann“, Lieder von Lin Jaldati und Eberhard Rebling, wissenschaftliche Publikationen und Dokumentationen der verschiedensten Art, der gesamte Schulunterricht, in dem diese Thematik eine große Rolle spielte, waren Erziehung im Geiste des Humanismus und der Völkerfreundschaft. Antisemitische Hetze und gelegentlich vorkommende Schmierereien wurden strafrechtlich verfolgt.

Es ist zynische Manipulation, die Förderung der aggressiven zionistischen Außen- und Militärpolitik des mit Bush und Merkel verbündeten Staates Israel als „Unterstützung für Menschen jüdischen Glaubens“ auszugeben.

Zum Schluß seiner Schrift verweist Detlef Joseph auf einen Vorgang, den man gründlich zur Kenntnis nehmen sollte: Nach der Einverleibung der DDR durch die Bundesrepublik wurde die Berliner „Albert-Norden-Straße“ in „Cecilienstraße“ umbenannt. Könnte das zufällig damit zusammenhängen, daß der Jude Albert Norden, der „Rabbinersohn im Politbüro“, wesentlichen Anteil an der Herausgabe des Braunbuchs über „Kriegs- und Nazi-verbrecher in der Bundesrepublik und in Westberlin“ hatte? **Dr. Ernst Heinz**

Detlef Joseph: Vom angeblichen Antisemitismus der DDR. Kai-Homilius-Verlag, Compact Bd. 1, Berlin 2008, 112 Seiten, 7,50 Euro, ISBN 978-3-89706-401-0

„RotFuchs“-Leitartikel

Aus Anlaß des 75. Geburtstages von „RotFuchs“-Chefredakteur Klaus Steiniger Ende 2007 gab der Vorstand des Fördervereins der Monatszeitschrift einen Band mit allen Leitartikeln des Jubilars aus den zehn Jahrgängen des „RotFuchs“ seit dessen Gründung 1998 heraus. Beginnend mit einem Alarmruf gegen Kriegsvorbereitungen am Golf und einem Kommentar zum 14. Parteitag der DKP in Hannover bis zur Analyse der jüngsten Haßkampagne gegen die DDR in bundesdeutschen Medien bieten die Texte ein Panorama der jüngsten Geschichte.

Leitartikel von Klaus Steiniger 1998 bis 2007. „RotFuchs“, Berlin 2007, Großformat, 104 Seiten, Spendenempfehlung: ab 10 Euro.

Bezug: Armin Neumann, Salvador-Allende-Straße 35, 12559 Berlin, Tel.: 030/654 56 34, E-Mail: arminneumann@ewt-net.de

Siegfried Spantig will Mecklenburgs Geschichte für die Zukunft bewahrt wissen

Große Chroniken über kleine Leute

Mecklenburg ist ein besonderes Land. Wer da geboren wurde, wächst mit dem Gefühl grenzenloser Weite und offener Horizonte auf. Sein ihm eigener Charakter prägt die Menschen, die dort leben. Ihnen wird die Fähigkeit zu tiefer Verbundenheit und Freundschaft, aber auch der Hang zu Bedächtigkeit und sogar Sturheit nachgesagt. Wie auch immer der Akzent gesetzt werden mag, Mecklenburger sind Mecklenburger, und sie bleiben es, egal wohin der Weg sie führt. Das ist es vielleicht, was wiederum die Unverwechselbarkeit dieser Gegend ausmacht. Sie atmet auf eigentümliche Weise den Lebensrhythmus unzähliger Generationen, der über Jahrhunderte vor allem vom Kampf der einfachen Leute ums Dasein geprägt war. Die Geschichte der Region ist in erster Linie eine Geschichte von Schicksalen einzelner, ganzer Familien, Dörfer oder Städte. Sie hat sich in diesem so liebenswerten mecklenburgischen Menschenschlag tief eingegraben und ist dennoch nicht davor geschützt, verdreht oder gar vergessen zu werden.

Gegen diese Gefahren muß etwas getan werden. Siegfried Spantig aus Hagenow wird nicht müde, immer wieder darauf aufmerksam zu machen. Er gehört zu jenen, welche sich voll und ganz der Bewahrung der traditionsreichen Vergangenheit ihres Landstrichs widmen. Das ist um so dringlicher, als „die DDR bei der feindlichen Übernahme durch Bonn radikaler zerstört worden ist, als sich de-

ren Bürger hätten vorstellen können“. Er fordert: „DDR-Geschichtsschreibung muß von unten kommen, aus den Archiven der liquidierten Betriebe.“ Daß diese inzwischen fast vollständig vernichtet sind, ist eine Sache, eine andere aber, daß solches zugelassen wurde. Das Bemühen um Bewahrung unserer Identität darf dennoch nicht aufgegeben werden. Nach wie vor gehe es darum, Quellen und Zeugnisse der 40jährigen Geschichte der DDR aufzuspüren und in die richtigen Hände zu geben.

Spantig, Jurist und Heimatforscher, ist es gelungen, drei solcher Betriebsarchive zu retten. Und damit begann seine Arbeit. Bald schon erschien das erste Buch mit dem Titel „Auf Hagenower Flur gefunden“. Weitere folgten. „Von der Genossenschaftsmolkerei Hagenow zu den Danone-Milchwerken“, „Dorf in alten Zeiten und andere neue Heimatkunde“, „Bauern und Bürger aus Picher und Wittenburg“ sind nur drei von insgesamt 20 herausbrachten Chroniken, die in der Zeit von 1996 bis 2007 entstanden. Sie alle haben nur eine begrenzte Auflage. Von der jüngsten „Rad und Wagen aus Picher“, die über die Entwicklung des Handwerks berichtet, gibt es nicht mehr als 100 Exemplare. Doch immerhin. So wird nicht nur die mühevoll und akribische Kleinarbeit des Autors dokumentiert, sondern ein hochzuschätzender Beitrag geleistet, Vergangenes mit Licht und Schatten, Macht und Ohnmacht, vor allem aber in seinen Facetten eines

neu entstehenden wirklich menschenwürdigen Lebens festzuhalten.

Siegfried Spantig hat als Chronist Großes geleistet. Seine mit vielen Fotos und Originalquellen versehenen Bändchen sind schon heute unverzichtbar, wenn es darum geht, die Wahrheit über die DDR zu verteidigen. Sie werden für Schatzsucher künftiger Generationen eine wahre Fundgrube sein.

Bruni Steiniger



Geheimnisse meines Korrekturprogramms

Auf meinem Rechner habe ich die neueste Version des „Duden-Korrektors“ installiert. Doch der unermüdlich Suchende kennt oder erkennt nicht alles. Eigentlich dachte ich, daß er unpolitisch sei und mir lediglich helfe, eigene Rechtschreibschwächen abzustellen. Weit gefehlt, er tut noch mehr. Oder weniger? Ich möchte ein paar Kostproben servieren. Die rote Wellenlinie unter dem Adjektiv „notleidend“ zeigt mir einen Fehler an. Zugleich läßt mich der „Korrektor“ wissen, daß er dafür keine Änderungsvorschläge anzubieten habe. Der gedruckte Duden empfiehlt mir als eine Variante, die getrennten Worte „Notleidend“ zu verwenden. So etwas macht der „Korrektor“ nicht. Warum wohl? Hat er ein klein wenig mehr Schamgefühl, daß er mir rät, Not nicht größer zu schreiben? Ich belasse es also dabei.

Dann starte ich die Prüfung im Korrekturfenster. Fehler werden grün eingefärbt. Das geschieht sogleich mit den Worten „Schulsparen“, „Bettelmann“ und „Militärblöcke“. Ich lese, der veraltete Ausdruck sei erkannt worden. Man bittet mich höflich, einen gebräuchlicheren Begriff

zu verwenden. Na gut, Schulsparen – das war noch in meinen ersten Unterrichtsjahren, ist also recht antiquiert, stimme ich zu. Aber Bettelmann? Mir begegnet er überall, auf den S- und U-Bahnhöfen, in den Zügen und vor Warenhäusern mit überquellenden Angeboten. Militärblöcke sei ebenfalls überholt, teilt mir der imaginäre Korrektur mit. Hier scheint er recht zu haben, denn die Mehrzahl ist inzwischen verfehlt. Nur ein Block will heute das Weltgeschehen nach seinen Regeln bestimmen: die NATO.

Grün gefärbt schaut mich das Wort „Naziregime“ an. Mir wird mitgeteilt, daß zwar der umgangssprachliche Ausdruck erkannt worden sei, mir aber empfohlen werde, ein üblicheres Wort zu verwenden. Hier hat mein stummer Ratgeber wiederum recht. Es handelte sich zwischen 1933 und 1945 um Faschismus. Ich korrigiere mich.

Und weiter durchpflügt der „Korrektor“ meinen Text, um kompromißlos einzufärben, was er für falsch hält. Er stößt sich an Begriffen wie „Friedensfahrt“, „Staatsgemeinschaft“, „Abschnittsbevollmächtig-

ter der Volkspolizei“, „Volkskammer“ und „Völkergemeinschaft“. Er vermutet einen Dialekt und fordert mich erneut auf, gebräuchlichere Worte zu benutzen. Er betrachtet das Vokabular der Ostdeutschen als Mundart. O. k., beim Kürzel ABV kann ich es verstehen, wenn das ein Süd- oder Westdeutscher nicht draufhat. Auch die Friedensfahrt, die einst Millionen DDR-Bürger in ihren Bann zog, müssen profigewöhnte Wessis nicht kennen. Volkskammer ist für Jüngere ein böhmisches Dorf. Wie sollte der „Korrektor“ darauf kommen, daß so das Parlament eines unabhängigen Staates hieß – ohne horrende Diäten, ohne Selbstbedienung, ohne hinterhältige Lobbyistenarbeit und ohne 23 Prozent Juristenanteil. Doch warum die Völkergemeinschaft nur als Ossi-Slang betrachtet wird, ist mir ein Rätsel. Der aktuelle „Duden-Korrektor“ läßt darauf schließen, daß an der Werkbank seiner Entstehung nur die Sieger von 1989/90 gestanden haben. Die Unterlegenen sollen sich gefälligst mit dem Alphabet und dem kleinen Einmaleins beschäftigen.

Helmut Holfert

Verfasser meisterhafter Essays und fabulierender Geschichtenerzähler

Eberhard Hilschers sprachliche Virtuosität

Der Literaturwissenschaftler, Biograph, Essayist, Herausgeber, Erzähler, Romancier und Dichter Eberhard Hilscher kam am 28. April 1927 in Schwiebus (heute Swiebodzin) zur Welt. Von 1947 bis 1952 studierte er Germanistik, Pädagogik und Geographie an der Berliner Humboldt-Universität. Seit 1953 war er freier Schriftsteller. Hilscher wandte sich früh ästhetischen, philosophischen und naturwissenschaftlichen Themen sowie der Weltliteratur zu. Er schrieb Ende der 50er Jahre einen unveröffentlichten Roman über Robert Schumann. Auch sein umfangreiches lyrisches Schaffen ist noch unbekannt. Hilscher erwarb sich einen Namen mit seinen mehrfach verlegten, international geschätzten Monographien über Arnold Zweig (1967), Thomas Mann (1968) und Gerhart Hauptmann (1969, stark erweiterte Neuausgabe 1987). Ebenfalls sprachlich bestechend sind seine glänzenden Essays über Hauptmann, Feuchtwanger, Musil, Hesse, Canetti und die Brüder Mann in dem Band „Poetische Weltbilder“ (1977), dessen erweiterte Neuausgabe unter dem Titel „Neue poetische Weltbilder“ (1992) erschien. Als Romancier profilierte sich Hilscher mit „Der Morgenstern oder die Verwandlungen eines Mannes, Walther von der Vogelweide genannt“ (1976) – er erschien 1992 unter dem Titel „Der Dichter und die Frauen“, „Die Weltzeituhr, Roman einer Epoche“ (1983) und „Venus bezwingt den Vulkan“ (1992).

Im „Morgenstern“ erhob der Autor den Minnesänger in seiner bunten, gefährlichen Welt zum Romanhelden und vermittelte eine ungewöhnliche Sicht auf diesen und seine Zeit, aber auch auf ein Kapitel europäischer Zeit- und Kulturgeschichte. Hilscher führte den Leser von Deutschland nach Wien, Paris, Sizilien, Ungarn und Rom. Er strebte auch Gegenwartsbezüge an, indem er mehrfach „Experimentalkapitel“ einfügte, die auf Grund ihrer Diktion zum historischen Teil kontrastierten. Diese zweite Zeitebene war nach 1945 angesiedelt. In den Kontrastkapiteln wurde Überlebtes dem Spott preisgegeben, beleuchtete Hilscher zeitgenössische Auffassungen über Wahrheit, Freiheit, Leben und menschenwürdiges Dasein. Der respektable Künstler-Roman war ein neuer Typ des historischen Romans, da Vergangenheit und Gegenwart mittels neuer Strukturen kunst- und anspruchsvoll verknüpft und in Beziehung zueinander gesetzt wurden. Der „Morgenstern“, von dem bis 1982 drei Auflagen vorlagen, wurde bis 1989 in 38 Rezensionen bewertet.

In der „Weltzeituhr“ reflektierte Hilscher vielfältige welt-, wissenschafts-, kultur- und lebensgeschichtliche Begebenheiten zwischen 1928 und 1962. Die fiktive Biographie des Guido Möglich wechselte u. a.

mit historischen Miniaturen über bedeutende Zeitgenossen und deren gravierende Leistungen auf wissenschaftlich-technischem und kulturellem Gebiet in jener Periode. Allen voran betrachtete der Autor Albert Einstein, Norbert Wiener, Fritz Straßmann, Konrad Zuse, aber auch Pablo Picasso, Albert Schweitzer, Bertolt Brecht, Thomas Mann, Dmitri Schostakowitsch und viele andere. Er inspizierte, stark verdichtet und kunstvoll komponiert, nationale und Weltgeschichte und zugleich Wissenschafts- und Kulturgeschichte des 20. Jahrhunderts. Kernpunkt waren Entmilitarisierung und Abrüstung unseres Planeten und der Appell Hilschers, die Spekulationen mit dem Tod der Menschheit endlich aufzugeben. Zur „Weltzeituhr“ liegen 73 Rezensionen und Berichte vor. Elke Mehnert sah in dem Roman, wie sie in der „ndI“ schrieb, „Spielraum für Leserphantasien“.

In Hilschers „Venus bezwingt den Vulkan“ verliert ein Maler sein Augenlicht und rekapituliert sein Leben, indem er Tonbänder bespricht. Auf diese Weise wird eine viereinhalb Jahrzehnte währende Individualgeschichte vorgestellt, die in andere Schicksale eingebettet ist. Zahlreiche Beziehungen zur Malerei, Literatur, Musik, zu kunsttheoretischen Fragen, zur Porträtkunst und zu Kunstfälschungen werden berührt. Hilscher geht auf moder-

ne Augen Chirurgie, Kernphysik, Computertechnik, Rohstoffvergeudung, Umweltgefahren und Reaktorkatastrophen ein. Wiederum beleuchtet der Schriftsteller Menschheitsprobleme und die Bedrohung jeglichen Lebens, wirft er Schlaglichter auf Gefahren im ausgehenden 20. Jahrhundert.

An Eberhard Hilschers intellektuell-experimentellen Romanen rühmte man deren „Gedankenreichtum und philosophische Dimension“ (Theun de Vries), ihre „sprachliche Virtuosität“ (Heinz Kamnitzer) und „einsame Qualität“ (Adolf Muschg). Folglich zählt man sie zu Röechtz zur „modernen Erzählkunst“ (J. Günther). In „Dichtung und Gedanken“ (2000) legte Hilscher 30 Essays vor. Der Leser entdeckte Auseinandersetzungen mit Gerhart Hauptmann, Thomas Mann, Robert Musil und Arnold Zweig sowie fundierte Studien über Voltaire, Nietzsche, Feuchtwanger, Laxness und andere. Klaus Bellin konstatierte zu Hilschers Essays: „Das Sympathische, das Reizvolle an seinen Texten ist ihre Leichtigkeit.“ Der historische Erzähler wußte in seinen Büchern Literarisches, Musikalisches und Bildkünstlerisches, Philosophisches und Naturwissenschaftliches zu verdichten.

Eberhard Hilscher starb am 7. Dezember 2005 in Berlin.

Dieter Fechner

Am **13. April** begeht Genosse

Kurt Schamel aus Waren/Müritz seinen **91. Geburtstag**.

Wir gratulieren ihm sehr herzlich.

Ihren **85. Geburtstag** feiern

Egon Bethge (1. April) aus Berlin, und
Johann Uhink (20. April) aus Harburg.

Unseren **80jährigen** liebe Grüße aus Berlin:

Kurt Jendrek (2. April) aus Leipzig, unsere Autorin
Brigitte Marx (4. April) aus Zörbig,
Hermann Glöckner (7. April) aus Dresden und
Walter Andresson (22. April) aus Schwedt.

Zu den **75jährigen** zählen fortan „RotFuchs“-Aktivist

Günter Schmidt (12. April) aus Coswig,
Rolf Bruß (18. April) aus Rostock, und
Hansjörg Kosebach (25. April) aus Gotha.

Zu den **70jährigen** stoßen „RotFuchs“-Autor

Dr. Klaus-Dieter Mund (18. April) aus Oberschöna und
Peter Rüterbusch (11. April) aus Rostock.

Wir beglückwünschen ein starkes Kontingent neuer **65jähriger**:

Carla Skobjin (2. April) aus Frankfurt/Oder,
Rolf Burger (3. April) aus Harra, den Cottbusser Aktivisten
Albrecht Schauerhammer (3. April),
Bernd Bräunig (6. April) aus Naumburg,
Greta Lautsch (21. April) aus Berlin,
Iris Harnack (25. April) aus Halle, unseren Autor
Dr. Ernst-Jürgen Langrock (28. April) aus Hoyerswerda und
Peter Stolte (29. April) aus Potsdam.

Verein und
Redaktion
beglückwünschen
unsere
verdienten
Veteranen

Zille und ick ... hätte so mancher Berliner aus den Armenvierteln NO, Prenzlberg, Mitte oder um den Alex herum, wo das Lumpenproletariat zu Hause war, sagen können. Hunderttausende vegetierten dort in Elendswohnungen, mit denen man einen Menschen genauso zu erschlagen vermochte wie mit einer Axt, um ein Wort Zilles aufzugreifen. Wer kennt nicht dessen Zeichnungen von überfüllten Wohnküchen, in denen drei Generationen hauseten, dazu Urväterutensilien, weil alles gebraucht wurde, nichts ersetzt werden konnte. Obendrein noch der Schlafbursche, der hinterm Vorhang in einer Mauerische pennte. Der Verfasser dieser Zeilen hat als Junge so etwas in der Wohnung seiner Großmutter im Armenviertel von Breslau selbst erlebt. Er sagte dazu: „Bei meiner Oma gibt es eine Schnarch-Wand.“ Kindermund! Überhaupt war der Schlaf-

sein Milieu, aber die Umstände, in die er hineingeboren wurde, zunächst in Sachsen und später in Berlin, wohin der Vater über Dänemark vor den Gläubigern und der Wechsel-Haft geflohen war, in einem mickrigen Zimmer in der Kleinen Andreasstraße nahe dem heutigen Ostbahnhof. Zum Spielen hatte Heinrich nicht viel Zeit, er mußte arbeiten, aber er lernte auch fleißig. Das Lernen wurde zur Devise seines Lebens. „Das, was du im Kopf hast, kann dir später niemand mehr wegnehmen“, sagte er oft zu seinen Kindern. Er war auch ständig von der Angst verfolgt, wieder unter solchen Umständen wie in seiner Jugend leben zu müssen. Tucholsky, der ihn sehr gut kannte, sagte das Wichtigste über Zille: „Da, wo das Proletariat zum Lumpenproletariat wird, wo es sich nicht mehr lohnt zu arbeiten, wo es überhaupt keinen Sinn mehr macht, etwas

ich abseits; ich gebe Hungernden und Darbenden, die ich kenne. Ich habe mit meinen Bildern und Sprüchen vielleicht was getan – vielleicht! Aber, wenn ich helfen kann, tue ich es am liebsten in den hungernden Mund – gleich –, nicht auf Vertröstung, wie es 1914 war.“ Unterschrieben war der Brief mit: Heinrich Zille, Professor an der Akademie der Bildenden Künste – ein Titel, auf den er sonst keinen großen Wert legte.

In vielen bürgerlichen Lexika wird der Zeichner immer wieder als Meister burlesker Szenen in Eck- und Stehkneipen sowie Freibädern abgetan, als Komiker, erotisch-pikanter Satiriker und Darsteller von deftigen Volkstypen mit ordinärem Einschlag, als populärer Schilderer der Berliner Lumpenproletarier mit bissigen Kommentaren, als zeichnerischer Autodidakt mit Gefallen an Hintertreppenromanzen, als sonderbarer Kauz, der allerdings großen Erfolg beim breiten Publikum hatte.

In der Jetzt-Zeit, die verblüffende Parallelen mit der Ära Zilles aufweist und in der blankester Profit-Kapitalismus dominiert, in der also die Bereicherungssucht der Herrschenden und ihrer Politiker immer offener, schamloser und grotesker wird, während Millionen Menschen beim Existenzkampf ihre Würde zu bewahren versuchen, wird Heinrich Zille wieder sehr aktuell. Deswegen wurde sein 150. Geburtstag in den Medien der Bourgeoisie auch nicht besonders festlich begangen. Das Menetekel, das von seinen Zeichnungen ausgeht, ist zu stark. Übrigens war man in der DDR bei der politischen und künstlerischen Zille-Rezeption um ein Erhebliches weiter.

Zille schaute schon immer genau hin, sowohl als Zeichner als auch als Rezipient der Volksmeinung, die er notierte. Er wollte den einfachen Menschen nahe bleiben. In einem Brief schrieb er dazu: „Meine Bilder sollen in Kneipen und Kaschemmen hängen, denn da kommen die meisten nämlich her und sollen auch wieder hin. In't Lokal können die Leute se wenigstens sehen, in't Museum jeht ja doch keener.“ Ein besonderes Kapitel wäre Zille und den Kindern zu widmen. Er zeichnete sie oft und mitunter in den elendsten Umständen. Sie rührten ihn am meisten. Da gibt es Aussagen, die einem den Atem stocken lassen: „De olle Schulzen sacht, mit de Zuckerschnur uffhängen, iss'n süßer Tod.“ Zille schrieb, was an Aktualität nicht zu überbieten ist: „Wir leben in einer Zeit, in der das Kind schon als Sklave geboren wird.“ Und der Schriftsteller Georg Hermann traf im Vorwort zu Zilles erstem Bildband „Berliner Rangen“, der 1908 erschien, die Feststellung: „Ja, versteht man denn nicht, wie durch all seine Blätter stets wieder nur der eine Schrei geht: Aber die Kinder! Aber die Kinder! ...“ Über deren Behandlung kann man heutzutage nur in potenziertem Maß dieselben Schandtatzen täglich aus der Zeitung erfahren. Zille sagte damals über seine Art der Darstellung: „Es tut weh, wenn man das Elend als Witz verkaufen muß.“

Manfred Hocke



Warum Heinrich Zille nicht nach dem Geschmack reicher Leute ist

Das war sein Milljö

bursche als Witwenröster eine wiederkehrende Figur bei Zille, der gesunder Erotik nicht abhold war, aber auch deren soziale Abhängigkeitsformen kritisch zeichnete.

Der DEFA-Film „Zille und ick“ nach Peter Rabenalts Musical „Der Maler von Berlin“ versucht den sozialkritischen Akzent beizubehalten, um der Gefahr einer proletarischen Idylle entgegenzuwirken. Der Balance-Akt gelang nicht immer, auch hat das Musical keine „Ohrwürmer“ aufzuweisen, Melodien, die im Gedächtnis bleiben, zu Schlagern werden, wie etwa in der „Westside-Story“. Aber es war ein respektabler filmischer Versuch, sich in diesem Genre Zille zu nähern, wie das internationale Presse-Echo bewies. Das Stück war neulich, spät abends, im FAB (Fernsehen aus Berlin) zu sehen.

Der Film spielt um 1900 in Berlin, Zille ist Anfang 40, hat jahrzehntelang bei der Photographischen Gesellschaft gearbeitet, wird aus Kostengründen entlassen, was ein böser Einschnitt für ihn ist. Eine freundschaftliche Beziehung hat er zu der Hinterhofsängerin Jette, die aus dem Milljö heraus will, zum Tingeltangel geht, verführt und sitzengelassen wird, dann doch beim Schlafburschen Ede aus der elterlichen Wohnung landet, der eine ehrliche Haut ist und es gut mit ihr meint. In diese Konstruktion ist das ganze Milieu der Zille-Zeit eingehängt, eigentlich nicht

zu tun, da, wo man sich fallen läßt, da hat er sich zu einer Größe emporgereckt, die erschreckt.“

Erschreckt ist auch das bürgerliche Feuilleton anlässlich seines 150. Geburtstages wegen der überraschenden Aktualität der Zille-Figuren und deren Sprache aus der Kaiserzeit, über die Ähnlichkeit zum „Prekariat“ unserer Tage, den obdachlosen Pennern mit dem schlechten Gebiß und den verfilzten Haaren, die an Suppenküchen Schlange stehen, auf kirchliche oder private Wohltätigkeit angewiesen sind, auf die sogenannte Tafel. Die kapitalistische Werte-Gesellschaft produziert ständig Erscheinungen mit ähnlichen Symptomen, vererbt sie sozusagen von Generation zu Generation als Marken- und Gütezeichen.

Zille arbeitete sich raus aus dem Milljö, aber er blieb dem „fünften Stand“ immer verbunden, ließ sich nicht korrumpieren, weder durch Geld noch durch Posten. Einer seiner wichtigsten Briefe stammt aus dem Jahr 1924. Er ist eine Art politisches Vermächtnis, Antwort auf eine Meinungs Sondierung: „Liebe Leute, auf Ihre Rundfrage kann ich nicht anders antworten: Ich bin seit dem 14. Lebensjahr (1872) Sozialist. Seit 1914 nicht mehr. Seitdem die Kommunisten das sagen und verfolgen, was früher die Sozialdemokraten tun wollten, aber nicht getan haben, bin ich Kommunist. Eigentlich aber stehe

Leserbriefe an RotFuchs



Am 13. Februar fand in Griechenland ein weiterer Generalstreik statt. Er legte das ganze Land lahm. Hunderttausende Werktätige aus allen Bereichen der Arbeitswelt nahmen an der machtvollen Aktion teil. Die Gewerkschaften P.A.M.E. (die der KP nahestehende Arbeiter-Kampffront), die mit dem DGB vergleichbare G.S.E.E., der Beamtenbund A.D.E.D.Y., die K.K.E. (Kommunistische Partei Griechenlands), die sozialdemokratische P.A.S.O.K., die Verbände der Rechtsanwälte, der Krankenhausärzte, der Baumechaniker und der Architekten sowie der Rentnerbund, der Journalistenverband und andere Organisationen haben den Generalstreik unterstützt. Sämtliche Airports und Häfen waren gesperrt. Die Bahn schickte nur jeweils einen Zug in jede Richtung. Die Krankenhäuser arbeiteten mit Notbesetzung. Stadtbusse und U-Bahnen fielen völlig aus. Auch die Banken hatten nur einen Notdienst eingerichtet. Die Post blieb dicht. Zum ersten Mal war die Beteiligung der staatlichen und städtischen Angestellten hundertprozentig. Im Bauwesen lag sie bei 90 Prozent, bei Privatfirmen zwischen 60 und 80 Prozent. Nie zuvor hatte ein Generalstreik in Griechenland eine so hohe Beteiligung.

Um was ging es? Im Mittelpunkt stand die Verteidigung der Sozial- und Rentenversicherung. Anlaß war die geplante Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Zugleich ging es um die Sicherung der Arbeitsplätze.

Sokrates Papadopoulos, Thessaloniki

Ich bin Mitglied der Linkspartei. Der SED gehörte ich seit 1957 an. Für mich war und ist es unerträglich, die unsachlichen Ausfälle gegen die Genossin Wegner zur Kenntnis zu nehmen, wie sie ganz im Sinne des bürgerlichen „Mainstreams“ auch von verantwortlichen Genossen des Parteivorstandes der „Linken“ zu vernehmen waren und sind. Genauso unerträglich ist es für mich, aus deren Munde das Predigen der Konfrontation mit der DKP, die Abkehr vom gerade erst beginnenden solidarischen Zusammenwirken mit diesen Genossen zu erleben. Ich denke, daß es uns sehr gut anstünde, das Wirken der DKP, wie wir das seit 1968 verfolgen konnten, zu achten und durch gemeinsames Auftreten in deutschen Parlamenten deutlich zu machen, daß es uns wirklich um vereintes Handeln der Linken in unserem Land geht. Die Abgrenzung von der DKP muß verhindert werden! Ich weiß, daß ich nicht allein so denke. Die Genossinnen und Genossen meiner Basisorganisation Schwaan in Mecklenburg beziehen mehrheitlich den gleichen Standpunkt. Bei meiner Vortragstätigkeit als Spezialist zu Fragen des Nahen Ostens, die mich schon in viele Städte zwischen der Ostseeküste und Berlin geführt hat, konnte ich feststellen, daß die überwiegende Zahl der Teilnehmer, meist Mitglieder der Linkspartei, genauso denkt.

Bernd Fischer, Vorbeck

Wenn ich auch derzeit nicht organisiert bin, denke ich doch, auf der richtigen Seite zu stehen. Aus diesem Grunde möchte ich Christel Wegner meine Hochachtung und Bewunderung im Hinblick auf ihr mutiges Eintreten für die Sache der Arbeiterklasse aussprechen. Das Gegeifer der bürgerlichen Medien ist ja für die Kommunisten in der BRD nichts Neues. Sie sehen sich schon seit Jahrzehnten der Verfolgung, Diskriminierung und Kriminalisierung ausgesetzt.

Es ist natürlich vollendeter Blödsinn, wenn behauptet wird, Christel Wegner wolle die „Stasi“ wiederhaben. Mit Recht hat sie gesagt, daß ein Staat, der die großen Produktionsmittel in Volkseigentum überführt hat, sich vor inneren und äußeren Feinden schützen muß.

Als Bürger, der nach dem Krieg aktiv die DDR mit aufbauen half, habe ich die Angriffe ken-

nengelernt, derer wir uns von Beginn an zu erwehren hatten. Zugleich weiß ich, daß wir unsere besten und treuesten Genossen in die Sicherheitsorgane entsandten. Daß sie lange Zeit erfolgreich ihren Aufgaben nachkamen, spürt man an dem Haß, mit dem sie noch heute verfolgt werden.

Namhafte Vertreter der „Linken“ distanzieren sich natürlich von Christel Wegners Äußerungen. Sie schwafeln von „Stalinismus“ und plappern die politischen Totschlagsargumente des Klassengegners nach. Wenn ein „Linker“ von angeblichen Verbrechen der „SED-Diktatur“ spricht, besorgt er nur dessen Geschäfte.

Reinhard Wecker, Falkensee

Politisch links und gar in der Nähe von Kommunisten zu sein, ist von den Mächtigen dieses Landes mit Häme belegt, wird gesellschaftlich geächtet. Die politisch-kabarettistische Einlage um die Wahlen in Hessen, Niedersachsen und Hamburg war wohl ein amüsantes Beispiel, wenn es nicht im Grunde so ernst wäre.

Traurig werde ich, wenn ich mich bei einigen Verantwortlichen der Rosa-Luxemburg-Stiftung nicht gerade wie bei Marx fühle und dabei an Rosa Luxemburg denken muß. Traurig bin ich auch, wenn ich höre, daß sich führende Persönlichkeiten der „Linken“ gegen das gesellschaftliche Eigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln mit der Bemerkung aussprechen, die DDR habe ja gerade auf diesem Gebiet einen kolossalen Mißerfolg bewiesen. Und dennoch soll das Ziel ihres politischen Handelns ein Sozialismus, gar noch ein demokratischer sein.

Ich kann nur sagen: Vorsicht! Unter dem Namen „Sozialismus“ hat es in der Geschichte viele gefährliche Irrwege gegeben, die der revolutionären Bewegung schadeten und der Reaktion in die Hände spielten. Eben, weil manche Sozialismusendeutungen in heutiger Zeit gegen die DDR gerichtet sind, möchte ich vor Mißbrauch warnen. Einige ihrer Verfechter arbeiten in Wirklichkeit nur den bourgeois Machtverhältnissen zu, werden ihnen aber in keiner Weise gefährlich.

Arno Reinhold, Schwerin

Seit Wochen verbreiten die bürgerlichen Medien ihre Haßtiraden gegen eine von der niedersächsischen Bevölkerung gewählte DKP-Genossin. Christel Wegner sitzt rechtmäßig im Landtag. Ihre Äußerungen waren ehrlich, wobei sie den auf der Lauer liegenden Klassenfeind offenbar unterschätzte. Ihre Meinung, eine sozialistische Gesellschaft brauche nach aller Erfahrung wiederum zu ihrem Schutz ein entsprechendes Organ, wird ihr jetzt als „Hochverrat“ angekreidet. Dabei besitzt die imperialistische BRD bekanntlich selbst knallharte Sicherheitsorgane, denen sie zur Tarnung ein demokratisches Mäntelchen umhängt und die sie unter Bezeichnungen wie Verfassungsschutz oder Bundesnachrichtendienst agieren läßt.

Udo Hammelsbeck, Drübeck

Wunderbar – einfach super und treffend genau haben Sie es formuliert. Ihr Artikel „Fracksauen“ hat mir in der Seele Freude ausgelöst. Ich habe ihn mit Vergnügen gelesen. Unbedingt weiter so!

An Frau Christel Wegner meine Solidarität und herzliche Grüße.

Roland Schwarzenberger, Bruchsal

Die auf Betreiben der FDP veranstaltete aktuelle Stunde im Bundestag zu den Kandidaturen von DKP-Mitgliedern auf Listen der „Linken“ offenbarte den Geisteszustand deutscher Parlamentarier. Politische Beschränktheit ist mit unglaublicher Dummheit gepaart. Es handelt sich um Kleingeister mit dumpfen Haßgefühlen auf die Linken, geistigen Provinzialismus. Kurz: Absonderungen typisch deutscher Michelmtützen-träger. So gebärden sich demokratisch gewählte und bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit das Wort Demokratie im Munde führende Abgeordnete des Bundestages.

Nimmt man die Absonderungen der meisten von ihnen zur Kenntnis, muß man wirklich Sorge

haben, daß nach dem Einzug der „Linken“ nun auch in die Hamburger Bürgerschaft folgendes passiert: 1. der Verfassungsschutz wird in die „Stasi“ umgewandelt. 2. Man enteignet sämtliche Besitzer von Maschinen. 3. Alle Handwerker vom Bäcker bis zum Schuster haben ihr Eigentum bei dem nun durch Kommunisten geführten Stadtstaat abzuliefern.

Und wie sieht das mit den Frauen aus? Im Kommunismus sind sie ja Gemeineigentum, was man allerdings auch in Hamburgs Herbertstraße seit langem erprobt.

Schaum vor dem Mund. Gift und Galle speiend wird in Deutschland auf die Linke eingedroschen. Der Kommunist ist immer noch das Schreckgespenst mit großem Maul, gefletschten Zähnen und dem Messer dazwischen. Alles wie vor 75 Jahren. **Reiner Neubert, Berlin**

Der Leserbrief von Helmut Putzger im RF 121 widerlegt die Einschätzung von Götz Dieckmann nicht, daß die rechten Kräfte in der PDS diese „Schritt für Schritt in den Opportunismus geführt ...“ haben, sondern bestätigt sie. Ich beschränke mich auf nur wenige Gedanken. Da „Die Linke“ keine „monolithische Partei“ ist, dürfte erst „überübermorgen“ über Sozialismus „philosophiert“ werden. Man stelle sich vor, dann ist Revolution und keiner geht hin, weil die verbeamteten Linkspolitiker an den Dienstleistungen gebunden sind, die Mitglieder des Bundestages sowie deren Mitarbeiter nicht nach Volkskammerkonditionen arbeiten und pensioniert werden wollen, die einfachen Parteimitglieder nicht mehr wissen, was Revolution ist und erfordert, während dem Rest der Bürger durch „praktische Politik“ die sozialen Grausamkeiten per Almosen erdulden gemacht wurden. Wenn „Die Linke“ Sozialismus will, dann darf sie nicht erst „überübermorgen“ den zuletzt Genannten und den neu hinzugekommenen Christen, linken Gewerkschaftern, ehemaligen Sozialdemokraten und vielen aufrechten Demokraten, die schon Erfahrungen mit der Almosenpolitik haben, aber von Revolution und Sozialismus nur die Darstellung der Ausbeuter und Rechten aller Parteien kennen, veranschaulichen, was Revolution und Sozialismus wirklich sind. Hier trifft zu: Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben. **Hans Schneider, Erfurt**

In seinem Beitrag „Absage an Dieterichs Alchimie“ (RF-Extra in Nr. 116) arbeitet Prof. Ingo Wagner überzeugend die Unhaltbarkeit der Thesen des D. heraus. Wichtiger erscheint mir jedoch die dargelegte Forderung nach Ausarbeitung einer marxistischen Theorie für den Sozialismus im 21. Jahrhundert zu sein. Wer, wenn nicht wir, kann dafür sorgen, daß nach aller Kritik diese wichtige Botschaft positiv besetzt wird.

Weniger einleuchtend erscheint mir die nur angedeutete generelle Richtung zur Ausarbeitung einer marxistischen Theorie der Sozialismus-Entwicklung in unserem Jahrhundert. Wieso formuliert Prof. Wagner: „Solche sozialismustheoretischen Aussagen können sich nur auf einer abstrakt-allgemeinen Ebene bewegen ... Erst im Verlauf der Geschichte kann zu historisch-konkreten Präzisionen übergegangen werden.“? Also wann? Übermorgen, vielleicht in einem Jahr?

Es geht mir doch eigentlich nur darum, Bewegung in die Theorie zu bringen, das nicht der „Geschichte“ zu überantworten! Und: In Vietnam, China, Kuba und jetzt in Südamerika – speziell in Venezuela – experimentiert man doch in unterschiedlicher Weise, um zum Sozialismus zu gelangen. Also: Wieviel Marktwirtschaft „verträgt“ der Sozialismus, was muß unbedingt vergesellschaftet werden, wie beteiligt man die Beschäftigten an den Ergebnissen der Arbeit? Und ganz wichtig: Wie gestaltet man eine wahrhaft sozialistische Demokratie? Nochmals: Jetzt – nicht morgen oder in weiter Zukunft, findet doch in Teilen der Welt zum Ärger unserer Gegner immer noch der Aufbau des Sozialismus statt.

Wie lange wollen wir also warten mit unserer Theorie vom Sozialismus in diesem Jahrhundert? **Hans-Joachim Wagner, Berlin**

Seit das Logo der Partei „Die Linke.“ verwendet wird, denke ich, der ich der Partei nicht unwohl-gesonnen begegne, über Hintergründe für die Gestaltung nach. Der Beitrag von Peter Franz im RF 121 aktivierte mich. Abgesehen davon, daß das Logo von den Farben schwarz-weiß-rot dominiert wird, was ich nicht so schön finde, fällt auf, daß der Schriftzug nach rechts zieht. Driftet etwa die ...? Nein, nur der Schriftzug fällt nach rechts. Viele Schriften neigen sich in diese Richtung. Schrift, die nach links drängt, sieht nicht gut aus. Nehmen wir den günstigsten Fall: Dieses Logo wurde so gewählt, um zu verdeutlichen, daß sich alles gegen Rechts stemmt, der klitzekleine rote Wimpel über dem i eingeschlossen. Dieses grafische Element könnte aber auch ein roter Pfeil sein, der in die linke Richtung zeigt. Ein bißchen klein, aber immerhin.

Stärker wirkt bei mir der Eindruck, daß die schwere Masse nach rechts zieht. Und dann ist da der Punkt hinter „Die Linke.“ Im Duden suchte ich nach einer möglichen Erklärung. Brauchbares fand ich nicht. Ich bin wohl dem Alten zu sehr verhaftet, einfach noch immer nicht angekommen. Schauerlich der Gedanke, dieser Punkt könnte das Ende einer Entwicklung bedeuten oder im Sinne von „Bastal“ verstanden werden sollen. Die roten Wimpelchen, die als Abzeichen angeboten werden, sind hübsch, unauffällig.

Punktum: Es gibt „Die Linke.“ und die hat dieses Erscheinungsbild. Sie präsentiert sich nach rechts fallend oder hoffentlich gegen Rechts drängend. Ein geradestehender Schriftzug mit geradlinigen, aufrecht trutzigen Buchstaben, blauen vielleicht oder roten, hätte mir den Umgang mit dem Logo und möglicherweise mit der Partei erleichtert.

Der stämmige „RotFuchs“ ist mir lieb, denn unmißverständlich, bei Wahrung der Einheit von Inhalt und Form.

Gerhard Hoffmann, Frankfurt/Oder

Wir erleben gegenwärtig ein Schauspiel der Extraklasse: Angehörige der deutschen Großbourgeoisie zeigen sich über einige „Schwarze Schafe“ aus ihren Reihen „moralisch entrüstet“. Die staatstragenden Medien schwelgen in ausführlichen Berichten darüber, wie einige zum Abschluß Freigegebene ihre Supermillionen in Liechtenstein vor der Steuer versteckt haben. Damit soll der Eindruck erweckt werden, deutsche „Leistungsträger“ täten so etwas nicht. Die Wirklichkeit: Es handelt sich fast nur um schwarze Schafe. Bestenfalls dieses oder jenes weiße Exemplar, das Seltenheitswert besitzt, ist darunter. Das makabre Schauspiel bestätigt Marxens Fußnote im „Kapital“, in der er den britischen Gewerkschafter Thomas Joseph Dunning zitiert: „Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. 10 % sicher, und man kann es überall anwenden; 20 %, es wird lebhaft; 50 %, positiv waghalsig, für 100 % stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 % und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens.“

Der Galgen droht heute nicht, jedenfalls nicht dem Kapital.

Hans Rehfeldt, Berlin

Der Artikel „Rechts – links – Mitte?“ von Peter Franz (RF 121) kennzeichnet die politische Situation und den Zusammenhang von Mitte und Rechts in zutreffender Weise.

Meine Meinung: Der Antikommunismus der Faschisten und die entsprechende Doktrin heute Regierender sind im Grunde Zwillinge. Das ist historisch belegt. Hier liegen auch die Wurzeln abgestimmter Manipulierung. Erfundene, hochstilisierte „Missetaten des MfS“, Geschichtsklitterung durch Vertreter des Staates und der Parteien, die Firma Birtler und Co., gleichgeschaltete Medien, auf Fälschung bedachte Film- und Fernsehproduktionen oder entsprechende Literatur, der damit synchronisierte Einfluß auf Schulen, Universitäten und andere Bildungseinrichtungen, Merkels aufgewärmte „Volksgemeinschaft“ – all das zeigt, daß die Gleichschaltung durch den Klassengegner und seine politischen Erfüllungsgehilfen funktioniert. Es geht ihnen darum, die Menschen durch Ver-

drehungen, Unterstellungen, Halbwahrheiten und Lügen für immer neue Feindbilder empfänglich zu machen und Schritt für Schritt in einen kriegsbereiten Zustand zu versetzen. Der „große Bruder“ jenseits des Atlantik dient dabei als Vorbild.

Gert Thiede, Suhl

Nun wissen wir dank des Herrn Böhmer endlich, daß es an der DDR lag, wenn rund 20 Jahre nach ihrem Ende im kapitalistischen Deutschland Kinder getötet werden. Böhmer war DDR-Bürger. Aber wahrscheinlich lebte er in einem anderen Land als ich. Mir begegnete die DDR als besonders kinderfreundlich. Schulkinder erhielten für 55 Pfennig am Tag ein warmes Essen. Alle Kinder hatten Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildung, ohne daß ihre Eltern dafür zahlen mußten. Für einen symbolischen Preis reisten sie in die Ferienlager. Ihre Soldatenväter mußten sich nicht am Hindukusch herumtreiben.

Meine DDR war ein Land, in dem ein Vier-Pfund-Brot nur 1,23 Mark kostete, wo eine Busfahrt quer durch Rudolstadt 15 oder 30 Pfennig machte, eine Kinokarte für jedermann erschwinglich war. „Kinderarmut“ kannte keiner. Ich wurde 1959 geboren und erlebte eine wunderschöne, unbeschwerte Kindheit in der DDR. Meine eigenen Kinder, die 1982 und 1987 zur Welt kamen, hatten dieses Glück nur noch wenige Jahre. Inzwischen lernten sie Begriffe wie Arbeitslosigkeit, Praxisgebühr, Zuzahlung, Lehrstellenmangel und ähnliches.

Es stimmt, daß in der DDR Frauen über ihren Körper selbst entscheiden durften und sich keiner hochnotpeinlichen Befragungsrunde durch Kirche und Staat stellen mußten, wenn sie ungewollt schwanger wurden. Dem geborenen Leben aber galt alle Fürsorge des Staates. So war meine DDR! Die des Herrn Böhmer habe ich nicht kennengelernt.

Karsten Tittel, Rudolstadt

Immer wieder führen gesellschaftliche und daraus resultierende private Verhältnisse in Deutschland zu tragischen Geschehnissen. Jüngste Beispiele sind eine Reihe von Kindestötungen. Neugeborene werden von ihren alleingelassenen, mit scheinbar unlösbaren Problemen konfrontierten jungen Müttern ihres Lebens beraubt.

Da meldet sich ein völlig überforderter und offenbar wegen geistiger Beschränktheit in die Politik gewechselter ehemaliger DDR-Gynäkologe. Er weiß: Das ist ein Erbe aus DDR-Tagen. Die jungen Mütter „in den neuen Ländern“ hätten eine „leichtfertiger Einstellung zu werdendem Leben“. Er erinnere sich, daß eine Frau zu ihm gekommen sei, die wegen eines bevorstehenden Sommerurlaubs in Bulgarien den Abbruch ihrer Schwangerschaft wünschte.

Dieser Ministerpräsident eines deutschen Bundeslandes ist ein besonders erbärmlicher Typ. Zunächst einmal sind fast alle heute auf tragische Art betroffenen Mütter vom Alter her gar nicht mehr mit einer DDR-Realität konfrontiert gewesen.

Im übrigen sei daran erinnert, daß das Gesetz zur Legalisierung der Schwangerschaftsunterbrechung innerhalb geregelter Fristen vom Westen deshalb als das einzig wirklich demokratisch zustande gekommene Gesetz der Volkskammer betrachtet wird, weil es mit Gegenstimmen christlicher Abgeordneter verabschiedet worden ist. Frauen mußten sich bis zur 12. Woche nicht entwürdigenden Erklärungen unterziehen, so daß es verwundert, wenn sich ausgerechnet Böhmers Bulgarienurlauberin zu einer solchen genötigt sah.

Gerhard van de Sand, Werneuchen

Die Kundgebung zum 75. Jahrestag der illegalen Tagung des ZK der KPD vom 7. Februar 1933 betrachtete ich als sehr gelungen. Mein ehemaliger Verteidigungsminister Armeegeneral a. D. Heinz Keßler traf mit seiner Rede nicht nur thematisch den Kern des Anliegens der Veranstaltung, sondern gewann auch die Herzen aller anwesenden Genossen und Freunde. Ich danke

ihm für diese großartige Rede und wünsche ihm bestmögliche Gesundheit.

Werner Jäger, Oberst a. D., Potsdam

Der Autor Günter Freyer hat ein Ereignis der Kämpfe der mitteldeutschen Arbeiterklasse gegen den faschistischen Terror 1933 auf sehr anschauliche Weise lebendig werden lassen. Angesichts zunehmender neofaschistischer Aktivitäten gerade auch in Sachsen-Anhalt ist die Erinnerung an den „Eislebener Blutsontag“ von großer Aktualität. Ich hätte es begrüßt, wenn vom Autor die Tatsache einbezogen worden wäre, daß dieses Verbrechen in der DDR geahndet wurde. Der Prozeß fand am Tatort statt: in der Eislebener Friedrich-Ludwig-Jahn-Turnhalle. Am 18. Juni 1949 begannen die Verhandlungen. Sie wurden am 3. August mit dem verurteilenden Richterspruch abgeschlossen.

In der BRD hingegen, wo die eigentlichen Drahtzieher der Bluttaten Unterschlupf gefunden hatten, blieben die Täter unbehelligt.

Ich habe als Jugendfunktionär mit Genossen Bernard Koenen einige Jahre eng zusammengearbeitet. Er erzählte uns, wie er 1933 durch den Hieb mit einem Feldspaten ein Auge einbüßte. Der Sohn eines jüdischen Leipziger Augenarztes, damals Student, habe ihn im Sportwagen zur Klinik seines Vaters gebracht, der Bernard dann operierte.

In den 50er Jahren meldete sich übrigens ein Pfleger, der Genossen Koenen damals betreut hatte. Er überreichte ihm sein durch ihn einst sichergestelltes KPD-Mitgliedsbuch, das er während der Nazizeit aufbewahrt hatte.

Dieter Itzerott, Torgau

Dem Leitartikel in Nr. 121 („Verheißung oder Flop?“) stimme ich voll und ganz zu. Er trifft den Nagel auf den Kopf.

Beim Lesen fiel mir eine Episode ein. Meine vierjährige Urenkelin wollte unvermittelt von mir wissen, wo der Wolf sei. Ich vermutete ihn im Wald. Nach dem RF-Artikel wußte ich es besser. Er ist nicht im Wald, sondern treibt in Brüssel sein Unwesen, wo er Ausschau nach neuen Opfern hält.

Meine kleine Johanna erklärte mir, wie sich der Wolf verstellte. Er frißt Kreide und taucht seine Pfoten ins Mehl. Mit Rotkäppchen hat er zuerst Blumen gepflückt, um sie später zu verschlingen. So wie die Geißlein. Die Mutter hatte ihnen verboten, die Tür zu öffnen, aber ein Geißlein hat das nicht befolgt. Der Wolf hat sie alle gefressen. Nur eins hat er nicht gekriegt.

Mit erhobenem Zeigefinger sagte Johanna: „Oma, Du darfst keinem aufmachen. Der Wolf zieht immer etwas anderes an. Er ist auch freundlich. Doch wenn Du öffnest, dann verschluckt er Dich. Merk Dir das, Oma!“

Meine Überlegung: Wissen die „Europäischen Linken“ nicht, was ihnen droht, oder wollen sie es nicht wissen? Vor aller Augen spielt sich auf unserem Kontinent und in der Welt ein Klassenkampf ab, der an Schärfe kaum zu überbieten ist.

Im Manifest von Marx und Engels heißt es wie über dem „RotFuchs“-Titel: Proletarier aller Länder, vereinigt Euch! Warum ist diese Forderung wohl noch nicht erfüllt?!

Brigitte Marx, Zöbzig

Angesichts weiterer Wahlen auf verschiedenen Ebenen wird die Linkspartei in Zukunft nicht um die entscheidende Frage herumkommen: wie sie es mit Macht und Eigentum hält. Die Einstellung dazu müßte zuerst in der Berliner Führungsetage entschieden werden. Das Ziel der Verstaatlichung sollte unbedingt bejaht werden. Ein erster Schritt könnte nach meiner Meinung in bezug auf die sogenannte öffentliche Daseinsvorsorge getan werden. Das verspricht Erfolg, weil die Mehrheit der Menschen sich der schädlichen Auswirkungen von Privatisierungsmaßnahmen in diesem Sektor immer stärker bewußt wird.

Die Linkspartei hat für sich die Frage der Macht- und Eigentumsverhältnisse zu klären. Entscheidet sie sich dabei für eine Sozialdemokratisierung, wird sie bisher gewonnenes Vertrauen wieder verlieren. Wenn nur auf eigene Macht-

beteiligung und persönliche Karriere geschieht wird, geht der Kampf unweigerlich verloren. Die Ergebnisse der Wahlen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern sollten als warnende Signale verstanden werden.

Klaus Buchheister, Bremen

Nun hat die kriminelle UCK im Kosovo nach unzähligen Morden ihr Ziel erreicht. Viele Einheimische und kosovarische Serben wurden umgebracht oder vertrieben. Der Rest wird unterdrückt. Das Land gehört den fremden Eindringlingen.

Und das tollste daran ist, daß Außenstehende dieses Unrecht auch noch obendrein belohnen. Was Hitler nicht schaffte – die Völker und Kulturen zu vernichten –, das tut das Vereinte Europa nun mit Bravour.

Wahrlich, ein toller Sieg der Menschlichkeit!

Gisela John, Lübeck

Es ist nicht verwunderlich, daß USA-Verteidigungsminister Gates auf der unlängst in München abgehaltenen Sicherheitskonferenz erklärte, es gebe NATO-Verbündete, die zum Kämpfen bereit seien, und solche, auf die das nicht zuträfe. Diese Bemerkung verband er mit der Warnung vor einer möglichen Spaltung der NATO. Wenn Gates auch hinzufügte, damit sei Deutschland nicht gemeint, hält er doch seine Forderung an die Merkel-Regierung aufrecht, endlich Kampftruppen nach Afghanistan zu entsenden. Ich gehe davon aus, daß die BRD diesem Druck auf Dauer nicht standhalten wird. Minister Jungs Zusicherung, ab Sommer 2008 werde die Bundeswehr 200 Soldaten für die „Schnelle Eingreiftruppe“ zur Verfügung stellen, ist ein erster Schritt in dieser Richtung.

Ein Interview mit dem ehemaligen BRD-Verteidigungsminister Struck in der Zeitschrift „Chrismon“ läßt Schlimmeres befürchten. Darin lautet eine Frage: „Kürzlich sagte ein US-General, die Deutschen müßten wieder töten lernen. Was muß die Jugend lernen?“ Antwort Struck: „Sie soll lernen, daß wir internationale Verantwortung haben. Und daß diese Verantwortung bedeuten kann, daß wir töten müssen, und wir auch getötet werden können. Das müssen die Deutschen lernen.“

Hat die deutsche Sozialdemokratie zu der Position des jetzigen SPD-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag nichts zu sagen?

Dr. Dieter Lehmann, Dresden

Der „RotFuchs“ entwickelt sich beständig weiter, das ist gut und notwendig. Es darf aber niemand vergessen werden. Bisher sind alle angesprochen, vom Arbeiter bis zum Wissenschaftler, vom Schüler bis zum Rentner. Allen kann man es nicht recht machen, aber der RF hat es bisher vorbildlich verstanden, durch Themenvielfalt die meisten zu erreichen. Besonders wichtig sind mir in diesem Zusammenhang die Leserbriefe: Sie verbinden und haben ein Niveau, von dem andere Zeitungen und Zeitschriften nur träumen können. Kein Wunder: Wie sollen sie vernünftige Post erhalten, wenn sie ihre Leser erst verdummen?

Norbert Kornau, Hannover

Hohe Anerkennung für den Beitrag von Dr. Peter Nitze in der Februar-Ausgabe. Seit der Zerschlagung der DDR sind nunmehr fast 18 Jahre vergangen. Selbst für Bürger, die über Jahrzehnte in der DDR gelebt und ihre Wirklichkeit mitgestaltet haben, ist es heute dringend geboten, auch die Errungenschaften im Bildungswesen akribisch aufzubereiten, da sonst manches in Vergessenheit gerät.

Dr. Dr. Ernst Albrecht, Dormagen

In der Debatte über die Ursachen unserer Niederlage entsteht bisweilen der Eindruck einer Art Fußballreportage. Die gegnerische Mannschaft dreht Däumchen, und unser Team ist bemüht, ständig Eigentore zu schießen. Diese Vorstellung bestärken manche Autoren auch noch geschichtlich. Nach dem Tode des letzten großen Torschützenkönigs im Jahre 1953 habe es nur noch Mannschaftsführer gegeben, die das Eigentoreschießen zum Prinzip erhoben hätten. Nach 1975 sei dann eine internationale

Vereinbarung getroffen worden, daß die Gegenmannschaft gar nicht mehr auf dem Spielfeld erscheinen müsse. Sie habe jetzt von der Zuschauertribüne aus verfolgen können, wie der frühere Widerpart um Eigentore bemüht gewesen sei. 1986 wurde dann das neue Denken im Fußball erfunden. Das Spiel auf das eigene Tor wurde nun durch ein Elfmeterschießen neuer Art ersetzt, bei dem es keinen Torwart mehr gab.

Bezogen auf das reale Leben hat es scheinbar keinen international koordinierten und zentral geleiteten antikommunistischen kalten Krieg gegeben, der es erforderlich machte, eine ebenso international koordinierte und zentral geleitete Gegenwehr zu organisieren. Die militärische Bedrohung des Sozialismus wurde aufrechterhalten und durch zusätzliche Operationen auf ideologischem, politischem und vor allem wirtschaftlichem Gebiet gegen dessen Existenzbedingungen ergänzt. Die so erzeugten Schwierigkeiten für ein weiteres Voranschreiten der Revolution in den sozialistischen Ländern wurden genutzt, um die Widerstandskraft und das Zusammengehen von Kommunisten, Sozialisten, Friedenskräften, Antifaschisten und bürgerlichen Demokraten durch Antikommunismus zu schwächen und zu lähmen. Seitdem die sozialistischen Länder Europas ausgeschaltet worden sind, setzt man den kalten Krieg in neuen Formen fort. Der Klassenfeind erhält dabei Schützenhilfe durch „Linke“, die behaupten, Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus seien ursächlich für die Niederlage aller humanitären Kämpfe in der Vergangenheit gewesen.

Hans Kölsch, Berlin

Von den Fotos blickt uns eine triste Gestalt entgegen. „Welchen Sinn aber macht Hubertus Knabes suggestive Dämonisierung der DDR?“, fragt Paul Kaiser in der „Berliner Zeitung“. „Hubertus Knabe ist kein Dampfplauderer, eher ein genau dosierender Provokateur. Ihm geht die Munition aus, doch die Waffe hält er noch immer im Anschlag.“ (!)

Eben diesen Eindruck hatte ich, als sich vor einigen Monaten in Knabes „Gedenkstätte“ einige sachkundige ehemalige Mitarbeiter des MfS zu Wort meldeten. Kaisers lesenswerter Beitrag liefert zudem ein makabres Dossier zum Direktor dieses „Hauses“. Der „Gedenkstätten“leiter wird dem Leser des BZ-Artikels folgendermaßen vorgeführt: „Im Osten, meint Hubertus Knabe mit milder Stimme, hätten nach dem Umbruch nicht ein paar wenige, sondern Zehntausende in Haft gehört.“ So erhält Kaisers Überschrift „Von einem, der auszog, das Fürchten zu lehren“ ihren grausigen Hintergrund.

Walter Ruge, Potsdam

Müssen wir als Volk nicht protestieren, wenn ein deutscher Minister von der „Verteidigung“ am Hindukusch spricht? Wer hat sich wirksam aufgelehnt, als Goebbels 1941 erklärte: „Wir wollen uns endlich einmal an den Futternapf der Welt setzen. Bisher haben wir nur um blasse Ideale gekämpft, diesmal geht es um wichtigere Dinge: um Kohle, Eisen, Öl und vor allem um Weizen.“

Und Göring schwelgte damals: „Eier, Butter, Mehl, Schlächtereien, Konservenfabriken, Keksfabriken, Nudelfabriken, das alles gibt es in der Ukraine in einem Ausmaß, wie Sie sich das nicht vorstellen können. Wir werden dafür sorgen, daß das alles richtig erfaßt wird.“

Hitler sprach Klartext: „Wir haben die Pflicht, in den besetzten Gebieten zu entvölkern. Ohne den Willen zu Grausamkeiten geht es nicht. Wir brauchen einen Raum ohne Menschen.“

Frage: Um was geht es den BRD-Deutschen 2008 am Hindukusch?

Während meiner Archivarbeit stieß ich auf die oben wiedergegebenen Worte. Man stelle sich das vor, Goebbels sprach über die Sowjetunion als den „Futternapf der Welt“, die Ukraine sei „vollgestopft mit Lebensmitteln“.

Lobten solche Leute damals nicht indirekt den Kommunismus, den sie doch andererseits bekämpften?

Heinz Weiß, Pflückuff

Der Bundesgerichtshof hat unlängst eine Entscheidung getroffen, die Kernfragen der sogenannten Eigentums- und Erbrechtsfreiheit berühren. Er hat festgestellt, daß Verantwortungsträger des Landes Brandenburg „in sittenwidriger Weise“ etwa 10 000 Erben von Bodenreformgrundstücken das Eigentum entzogen haben. Dieser Vorgang ist um so skandalöser, als inzwischen nahezu jeder „angeschlossene“ DDR-Bürger weiß, daß beim Erwerb von Grundeigentum strengste gesetzliche Voraussetzungen vorliegen müssen, bevor Änderungen im Grundbuch vorgenommen werden dürfen. Dies gilt vor allem dann, wenn der Fiskus (Bund, Land oder Gemeindeverband) ein ihm zustehendes gesetzliches Erbrecht geltend machen will. Ein solcher Eigentumserwerb setzt zwingend voraus, daß zu prüfen ist, ob die im Grundbuch eingetragenen Eigentümer noch Erbberechtigte haben oder nicht. Erst bei Vorliegen eines Negativbescheids kann das jeweilige Bundesland im Grundbuch eine Neueintragung beantragen und rechtswirksam durchsetzen.

Die zuständigen brandenburgischen Verantwortungsträger haben aber nicht nur die gesetzlichen Formvorschriften zum Schutz des Eigentums und Erbrechts mit Füßen getreten, sondern auch verfassungswidrige Enteignungen und Enterbungen vorgenommen. Nach Artikel 14 Absatz 2 des Grundgesetzes können Enteignungen nur zum Wohle der Allgemeinheit und aufgrund eines Gesetzes erfolgen. Beide Vorbedingungen waren in den betreffenden Fällen nicht gegeben. Am Rande sei bemerkt, daß sich inzwischen die brandenburgische Staatsanwaltschaft des Vorgangs angenommen hat und prüft, ob Ermittlungen wegen Untreue oder Betrugs einzuleiten sind. Ministerpräsident Platzeck hat sich unterdessen de facto entschuldigt.

Der hier geschilderte Vorgang ist dem Wesen nach nichts anderes als Machtmißbrauch. Er verdeutlicht, daß es um die ständig beschworene Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik keineswegs zum besten bestellt ist.

Prof. Dr. Manfred Naundorf, Rangsdorf

In Sachen Reallohnsteigerung ist Deutschland unter den EU-Staaten seit vielen Jahren ganz weit hinten. Deshalb, so meinen manche Kritiker, wird es auf Dauer mit dem Aufschwung wohl nichts werden. Jeder kennt das Schlagwort: „Autos kaufen keine Autos.“ Nun brummt der Laden trotzdem, was u. a. daran liegt, daß die deutschen Kapitalisten mit ihren wohlfeilen Waren die „chinesischen Mauern“ im In- und Ausland schleifen. Das hätte bei ständigen Lohnerhöhungen natürlich so nicht geklappt. Überhaupt wird in Kapitalkreisen über den Witz nur müde gelächelt, das Geld, welches man zu vereinnahmen und zu vermehren gedenkt, erst ausschütten zu sollen. Unternehmen handeln „betriebswirtschaftlich“, koste es die Allgemeinheit und den einzelnen Bürger, was es wolle. Da können Löhne gar nicht niedrig genug sein! Der einzige Antrieb kapitalistischer Produktion heißt Höchstprofit, nicht aber Wohlfahrt.

Dr. Walter Lambrecht, Gelbensande

Als Arbeiterveteran würde ich gern noch manche wichtige Lebenserfahrung besonders den jüngeren Menschen mit auf den Weg geben, damit sie verstehen und erkennen, wer ihr Freund und wer ihr Feind ist. In dieser Gesellschaft, die täglich neue Gaunereien und Verbrechen hervorbringt, ist ein fester Klassenstandpunkt der einzig reale Lebenskompaß. Wir alle wissen, daß der Mensch ein Produkt seiner Verhältnisse ist. Nur damit läßt sich erklären, wo die täglichen Hiobsbotschaften von Kindesmord durch die Eltern, Erschießung von Schülern durch Schüler, Übertölpeln alter Menschen, schuldhaft verursachte schwere Arbeitsunfälle usw. ihre Ursache haben. Das ist nicht der „Preis der Freiheit“, wie Spitzenpolitiker der CDU/CSU behaupten. Die eigentliche Ursache dieser Entwicklung liegt in der brutalen, rigorosen kapitalistischen Ausbeutergesellschaft. Das ist mein Fazit im neunten Lebensjahrzehnt.

Manfred Wulf, Glauchau



... und morgen die ganze Welt

Grafik: Klaus Parche

Am **11. April** um **16.30 Uhr** spricht RF-Chefredakteur **Dr. Klaus Steiniger** auf einer Zusammenkunft der **Regionalgruppe Berlin** in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstraße 203–205, über das Thema

Wer bedroht die BRD?

Mitglieder, Leser und Interessenten sind herzlich eingeladen.

Der Vorsitzende des „RotFuchs“-Fördervereins, Botschafter a. D. **Rolf Berthold** spricht am **19. April** um **14 Uhr** in **Gera**, Burgkeller am Markt, über das Thema

Neues aus Fernost

Besonderes an der Entwicklung in China

Interessierte sind willkommen. Veranstalter ist unsere Regionalgruppe.

Die „RotFuchs“-Regionalgruppe **Strausberg und Umgebung** lädt gemeinsam mit der dortigen TIG von ISOR zum **24. April** um **17 Uhr** in das STIC, Garzauer Chaussee, zu einer Veranstaltung mit dem Thema

Wahrheit und Lüge über die Grenzsicherung der DDR

Es spricht Oberstleutnant a. D. **Günter Ganbauge**, ehemaliger Leiter des Informationszentrums am Brandenburger Tor.

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 gegründete „RotFuchs“ ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift für Politik und Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft.

Herausgeber:
„RotFuchs“-Förderverein e. V.

Chefredakteur: Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)
Rheinsteinststraße 10, 10318 Berlin,
☎ 030/561 3404, Fax 030/56493965
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de
(Redaktionsadresse)

Layout: Egon Schansker

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net

Autorenkreis:

Dr. Martin Baraki	Dr. Hans-Dieter Krüger
Rolf Berthold	Rudi Kurz
Dr. Manfred Böttcher	Prof. Dr. Hans Lutter
Dr. Vera Butler (Melbourne)	Wolfgang Mäder
Wolfgang Clausner	Bruno Mahlow
Prof. Dr. Götz Dieckmann	Dr. Bernhard Majorow
Ralph Dobrawa	Prof. Dr. Fred Matho
Dieter Fechner	Wolfgang Metzger
Dr. Peter Fisch	Prof. Dr. Harry Milke
Bernd Fischer	Frank Mühlefeldt
Peter Franz	Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Günter Freyer	Richard Georg Richter
Prof. Dr. Georg Grasnack	Prof. Dr. Werner Roß
Dr. Ernst Heinz	Walter Ruge
Dr. Dieter Hillebrenner	Karl Schlimme
Manfred Hocke	Gerhard Schmidt
Prof. Dr. Hans Heinz Holz	Prof. Dr. Horst Schneider
Hans Horn	Fritz Teppich
Dr. Klaus Huhn	Dr.-Ing. Peter Tichauer

Künstlerische Mitarbeit:

Karlheinz Effenberger
Klaus Parche
Heinrich Ruynat

Internet-Präsentation des „RotFuchs“ und akustische Ausgabe
(für Sehbehinderte):
Sylvia Feldbinder

Versand und Vertrieb:
Armin Neumann
Salvador-Allende-Straße 35
12559 Berlin ☎ 030/654 56 34
arminneumann@ewt-net.de
Marianne Ahrens, Sonja Brendel,
Bruni Büdler, Hans Ludwig,
Harry Schreyer, Peter Barth
u. v. a. m.

Redaktionsschluß ist jeweils der **15.** des Monats.

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Unser Konto: „RotFuchs“-Förderverein, Konto-Nr. 2 143 031 400
Berliner Sparkasse (BLZ 100 500 00)

Finanzen: Jürgen Thiele, Wartenberger Str. 44,
13053 Berlin, ☎ 030/981 56 74